Dennis Eversberg

Dividuell aktiviert

Wie Arbeitsmarktpolitik Subjektivitäten produziert

campus

© Campus Verlag GmbH

International Labour Studies – Internationale Arbeitsstudien

Herausgegeben von Klaus Dörre und Stephan Lessenich

Band 7

Dennis Eversberg, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Jena.

© Campus Verlag GmbH

Dennis Eversberg

Dividuell aktiviert

Wie Arbeitsmarktpolitik Subjektivitäten produziert

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.d-nb.de abrufbar.
ISBN 978-3-593-50059-1

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Copyright © 2014 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.
Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach
Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).
Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.
www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Dank 9

1. Einleitung 11

2. Warum »Aktivierung«? 29

   2.1 Regulationstheorie: Unwiderrufliches Ende des Fordismus, Finanzialisierung und »funktionale« Dividualisierung 30

   2.2 Postoperaismus: »Biokapitalismus« und die raum-zeitliche Dimension von Dividualisierung 40

   2.3 Zwischenfazit: Die Grenze des Ökonomismus 45

   2.4 Klassenreproduktion im Übergang zum organisierten Kapitalismus 50

   2.5 Die zweite Welle von Umstellungsstrategien 65

   2.6 Diskursive Verarbeitungen von Dividualisierung 77

   2.7 Aktivierung: Die Erzeugung marktförmigen Handelns 86

   2.8 Fazit: Zwei Schlussfolgerungen 93

3. Elemente einer feldtheoretischen Konzeption des Arbeitsmarkts 97

   3.1 Bourdieus Feldbegriff: Verwendung und Hintergrund 98

   3.2 Feld und Markt 101

   3.3 Arbeitsmärkte als Felder – was heißt das? 107

   3.4 Fazit: Von den Strategien zu den Technologien 139

4. Das Dispositiv der Arbeitskraft 147

   4.1 Analytik der Macht statt Theorie der Macht 149

   4.2 Kritik der juridisch-diskursiven Machtkonzeption 150

   4.3 Macht und Widerstand 153

© Campus Verlag GmbH

4.4 Wie die so verstandene Macht untersuchen? Vier Regeln ... 158
4.5 Vom juridischen zum militärischen Modell? ... 160
4.6 Von der Allianz zur Sexualität, vom Beruf zur Kompetenz ... 163
4.7 Die Chronologie der Techniken ... 168
4.8 Klasseneffekte ... 171
4.9 Fazit: Zwei Bestimmungen des Dispositivbegriffs ... 178

5. Dispositive als strukturierte strukturierende Strukturen ... 183
5.1 Foucaults »Bilderverbot« ... 184
5.2 Suspendierung der Universalien: Das Dispositiv als *strukturierte* Struktur ... 190
5.3 Foucaults Klassenbegriff: Das Dispositiv als *konkret strukturierende* Struktur ... 194
5.4 Realitätsproduktion im »Mikro-Makro-Kreislauf« ... 201
5.5 Dispositive und Dispositionen als Elemente von Verhältnissen der Realitätsproduktion ... 206
5.6 Fazit: Eine machtkritische »Bifokalbrille« ... 214

6. Forschungsstrategien und Forschungstechniken ... 217
6.1 Datenmaterial und Erhebung ... 218
6.2 Evaluationsforschung und reflexive Forschungshaltung ... 221
6.3 Theoriegeleitete qualitative Forschung ... 224
6.4 Die Analyse von KapUZe »als Dispositiv«: Strategien und Technologien der Realitätsproduktion ... 230
6.5 Habitus-Hermeneutik und empirische Analyse von Machtwirkungen ... 241
6.6 Fazit: Machtförmige Realitätsproduktion erforschen ... 252

7. Feld der Aushandlungsbedingungen ... 255
7.1 Legitimität im arbeitsmarktpolitischen Feld ... 256
7.2 Wie es zu KapUZe kam ... 257
7.3 Die NORMATEMP-Stiftung ... 259
7.4 Das IAB ... 260
7.5 NORMATEMP ... 262

© Campus Verlag GmbH

7.6 Die Bundesagentur ... 270
7.7 Fazit: Konkurrierende Legitimationsprinzipien ... 281

8. Realität des Programms – Die politische Rationalität von KapUZe ... 287
8.1 Grundsätzliches ... 289
8.2 Wissen: KapUZe als Politik der Wahrheit ... 299
8.3 Macht: KapUZe als Politik des Realen ... 311
8.4 Subjektivierung: KapUZe als Politik des Subjekts ... 334
8.5 Artikulation: Die Konstitution einer »Projektlogik« über die Dimensionen hinweg ... 353
8.6 Fazit: Die Programmatik von KapUZe als kontrollgesellschaftliche Utopie ... 361

9. Felder der Umsetzungsbedingungen ... 367
9.1 Altstadt ... 368
9.2 Carlsberg ... 374
9.3 Fazit: Marktorientierter Pragmatismus ... 379

10. Administrative Realitäten ... 383
10.1 Wissen – Politik der Wahrheit ... 385
10.2 Macht – Politik des Realen ... 399
10.3 Subjektivierung – Politik des Selbst ... 423
10.4 Artikulation – Die Gesamtlogik der Projektpraxis ... 437
10.5 Fazit: Die Projektpraxis als Hybrid zwischen Disziplin und Kontrolle. 444

11. Techniken und Praktiken: Subjektive und subjektivierende Wirkungen ... 449
11.1 Methodische Vorbemerkungen ... 449
11.2 Gelobtes Land Betrieb: Die Arbeitseinsätze ... 461
11.3 Das Leiharbeitsverhältnis – Arrangements mit der Prekarität ... 499
11.4 Qualifizierung – Die Schwierigkeiten der Produktion von Kompetenzsubjekten ... 510
11.5 Die Beziehung zum Coach – Das Fördern und Fordern der Dividualität ... 526

© Campus Verlag GmbH

11.6 Die Wirkungen von KapUZe als Gesamtensemble 534
11.7 Fazit: Dynamiken der Praxis – Klasseneffekte 610

12. Schluss: Individualismus als Verteidigungsposition 625

Quellen 657

Literatur 661

© Campus Verlag GmbH

Dank

Daniel Behruzi, Natalia Berti, Peter Bescherer, Melanie Booth, Ulrich Brinkmann, Jasmin-Marei Christen, Veit Dieterich, Klaus Dörre, Susanne Draheim, Barbara Duden, Silke van Dyk, Christoph Ellinghaus, Thomas Engel, Barbara Eversberg, Timo Ferber, Judith Fiebelkorn, Heiko Geiling, Hendrik Giese, Thomas Goes, Alice Gorel, Stefanie Graefe, Anja Gregor, Kerstin Grimm, Janett Grosser, der Hans-Böckler-Stiftung, Tine Haubner, Dörte Hein, Michael Hofmann, Hajo Holst, Dasten Julián Vejar, Johannes Katzan, Helen Kohlen, Christoph Köhler, Thomas Köhler, Alexandra Krause, Andrea Lange-Vester, Stephan Lessenich, Dimitri Mader, Kai Marquardsen, Maik Matthias, Svenja Matusall, Ingo Matuschek, Stephan Meise, Bernd Mex, Barbara Muraca, Oliver Nachtwey, Matthias Neis, Rüdiger Otte, Ruth Pappenhagen, Kerstin Pätzold, Erik Petter, Werner Rabusch, Günter Regneri, Tilman Reitz, Anna Richter, Dominik Rigoll, Alex Ruske, Ilka Scheibe, Karin Scherschel, Christine Schickert, Karen Schierhorn, Felix Schürmann, Larissa von Schwanenflügel, Ingo Singe, Jan Sparsam, Frederic Speidel, Rebekka Streck, Christel Teiwes-Kügler, Stephan Thiemann, Christoph Thieme, Tom Urban, Michael Vester, Helga Wolf, Peter Wolf – und ganz besonders den Teilnehmenden des Projekts KapUZe in Altstadt, Bernhausen, Carlsberg und Domtal, die mir von ihren Erlebnissen erzählt haben. Ohne sie alle hätte ich das nicht schreiben können.

Dennis Eversberg
Jena, Februar 2014

© Campus Verlag GmbH

© Campus Verlag GmbH

1. Einleitung

Es mag wenig originell sein, eine Studie über »aktivierende Arbeitsmarktpolitik« mit dem Verweis auf das zentrale programmatische Dokument der Einführung eines solchen Politikmodells in der Bundesrepublik Deutschland zu beginnen. Die folgende Darstellung der Grundidee der »aktivierenden« Arbeitsmarktpolitik nach dem Grundsatz »Eigenaktivitäten auslösen – Sicherheit einlösen« rechtfertigt dies aber allemal, bündelt sie doch auf einen Blick die drei zentralen Aspekte der Stoßrichtung, mit der diese Politik auf Menschen, die keiner bezahlten Beschäftigung nachgehen, einwirken soll, und damit die zentralen Parameter der *Produktion subjektiver Realitäten*, um die es in diesem Buch gehen soll:

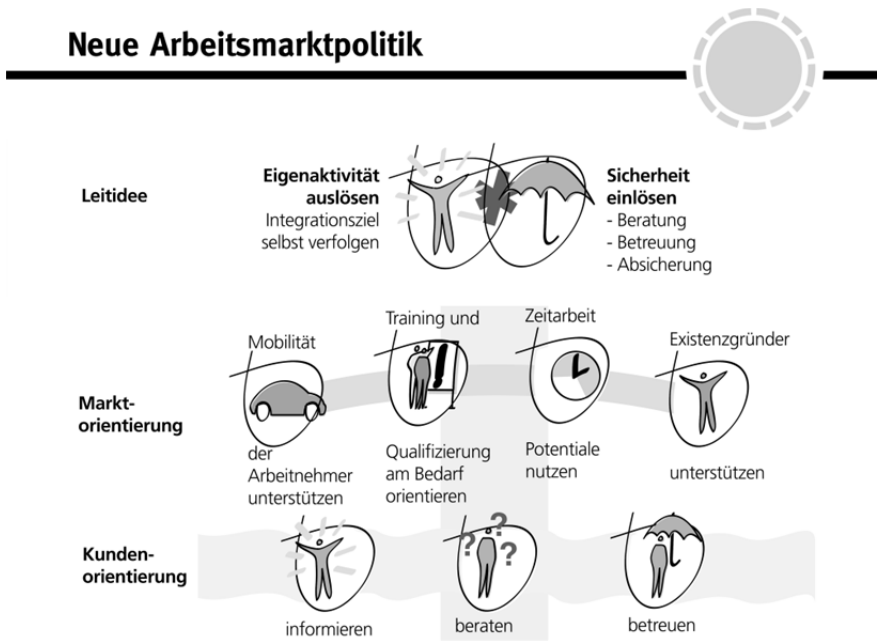

Abb. 1: »Neue Arbeitsmarktpolitik«. Darstellung aus dem Bericht der Kommission »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«

Quelle: Hartz u.a. 2002, nicht nummeriertes Blatt zwischen S. 44 und 45

© Campus Verlag GmbH

Erstens wird mit der »Leitidee« auf den Typus des Verhältnisses zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und dem Individuum verwiesen, das diese Politik konstruieren soll: Das Ziel ist, dass die Einzelnen selbst handeln, »aktiv« werden (»Eigenaktivität auslösen«), um sich die Einlösung des wohlfahrtsstaatlichen Versprechens von Hilfe und Absicherung zu verdienen – ein Verhältnis der individualisierten Verpflichtung auf das Allgemeine, in dem das Individuum seiner Verpflichtung gegenüber »der Gesellschaft« nachkommen soll, indem es sich um das bemüht, was als seine individuellen Interessen bestimmt wird (»Integrationsziel selbst verfolgen«). Schon darin outet sich die hier grafisch verdichtete politische Philosophie als Beispiel einer »*neosozialen*« Rationalität der doppelten Inpflichtnahme für das eigene Wohlergehen *und* das »der Gesellschaft« (Lessenich 2008: 85–90).

Zweitens wird sofort und unmissverständlich klargestellt, was die Größe ist, auf die sich die[1] Einzelne zu verpflichten hat: *Der Markt*. Die »Eigenaktivitäten« müssen sich darauf richten, den Anforderungen »des Marktes« gerecht zu werden – sei es durch Akzeptanz weiter Pendelwege oder Bereitschaft zu Umzügen (»Mobilität der Arbeitnehmer unterstützen«), sei es durch Anpassung der eigenen Fähigkeiten an die Erwartungen der Unternehmen (»Training und Qualifizierung am Bedarf ausrichten«), durch das Hinnehmen unsicherer, gering bezahlter und Planungsfähigkeit beschränkender Beschäftigungsbedingungen (»Zeitarbeit – Potentiale nutzen«) oder auch durch die selbständige Vermarktung der eigenen Arbeitskraft auf eigenes Risiko (»Existenzgründer unterstützen«). In jedem Fall soll die Arbeitslose *selbst aktiv* sein, um sich *dem Markt* anzupassen, sie soll ihre Arbeitskraft als Ware betrachten, die es zu verbessern und optimal am Markt zu platzieren gilt, kurz: sie soll sich selbst kommodifizieren. Umstände, die der Eingliederung in den Markt entgegenstehen, sind abzubauen, nützliche, aber bislang nicht zum Verkauf angebotene Fähigkeiten sollen leichter zugänglich gemacht und wenn nötig verbessert werden. In dem Bestreben, menschliche Potentiale, die marktförmiger Verwertung zuvor entzogen waren, verfügbar zu machen, zielt diese Rationalität also auch auf die Ermöglichung einer auf diese Potentiale gerichteten »inneren Landnahme« (Dörre 2009).

Und *drittens* schließlich ist es *die Person der Arbeitslosen*, auf die sich die Intervention richtet (»Kundenorientierung«). Aufgabe der öffentlichen Institutionen ist es, die »Eigenaktivitäten« der »Kundin« durch Information, Orientierung und Unterstützung zu fördern und ihre Anpassung an den Markt mit den verfügba-

1 Sofern es keine geschlechtsneutralen Alternativen gibt, verwende ich in diesem Buch im Interesse der besseren Lesbarkeit Bezeichnungen für Menschen oder Gruppen von Menschen grundsätzlich in der weiblichen Form – alle, die keine Frauen sind, sind selbstverständlich mitgemeint. Sofern ich dennoch von der männlichen Form Gebrauch mache, ist damit in der Regel auf rein männliche Gruppen oder Einzelpersonen verwiesen. Eine Ausnahme bildet lediglich der nicht auf Körperlichkeit verweisende, aus meiner Sicht nicht vergeschlechtlichte Theoriebegriff des *Akteurs*, den ich unverändert verwende.

© Campus Verlag GmbH

ren politischen Instrumenten zu ermöglichen. Der Weg zur doppelten Inpflichtnahme und zur Herstellung der Verfügbarkeit für den Markt führt stets über die Nutzung der Machtpotentiale und politischen Technologien, die zur Verfügung stehen, *um das Denken, Fühlen und Handeln der betroffenen Menschen zu beeinflussen.*

Erster Grundsatz: Die Frage nach der Macht

»Aktivierung« präsentiert sich hier also als Strategie *macht*förmiger Einwirkung auf die subjektive Verfassung von Individuen, durch die diese im »gesellschaftlichen« Interesse auf aktives Handeln verpflichtet und die Herstellung von Passung zu den Anforderungen des Marktes zum Erfolgsmaßstab dieses Handelns erklärt werden. Damit ist über die konkreten Formen politisch-administrativen Intervenierens, die sich mit dieser Zielsetzung in Programmatik wie Praxis verbinden, noch nichts gesagt, wohl aber über Menschenbild und Politikvorstellungen eines Modus der Herstellung des Sozialen: Menschen gelten als form- und anpassbar, insbesondere aber als zur Selbstanpassung fähig, »der Markt« dagegen erscheint als unbeeinflussbare Größe, deren Diktate anzuerkennen und zu befolgen sind. Arbeitsmarktpolitische Interventionen geraten folglich zu Technologien der *Erzeugung von aktiv handelnden*, sich aus freien Stücken an den Bedarfen »des Markts« orientierenden *Arbeitsmarktsubjekten*. In guter soziologischer Tradition ist dies der erste Grundsatz der Perspektive auf den Gegenstand »Arbeitsmarkt«, die ich hier theoretisch begründen und auf ein empirisches Beispiel anwenden will: Es geht um *Macht*, und zwar um eine Macht, die auf die *Subjektivität* derer zielt, über die sie ausgeübt wird, und diese zu *modifizieren* sucht.

Über Struktur und Logiken von Politiken der »Aktivierung« ist auch und gerade aus machtkritischer Perspektive viel geschrieben worden.[2] Darüber hinaus wurden gerade die Hartz-Reformen – also jene politischen Restrukturierungsmaßnahmen, durch die die oben wiedergegebene »Leitidee« von der Aktivitäts-Absicherungs-Relation als oberste Handlungsmaxime arbeitsmarktpolitischer Intervention institutionell verankert werden sollte – in ihren Folgen durch ein beispiellos aufwendiges evaluierendes Forschungsprogramm untersucht.[3] Angesichts dessen ist es umso erstaunlicher, dass die Frage, inwiefern denn »aktivierende« Arbeitsmarktpolitiken in ihrer Praxis ihren programmatischen Kernan-

2 Zu Logik und Bedeutungen von »Aktivierung« s. etwa Lessenich 2008; 2009a; 2009b; Ludwig-Mayerhofer u.a. 2009: 18ff.; Serrano Pascual/Magnusson 2007; FH Frankfurt/M. u.a. 2008: 249ff. Für Kritik aus unterschiedlicher Perspektive vgl. Knuth 2006; Kocyba 2004; Wolf 2006.

3 Die Ergebnisse sind unter anderem dokumentiert in WZB/infas 2006; IZA u.a. 2006; COMPASS u.a. 2006; ZEW u.a. 2006a; 2006b; IAB u.a. 2006; RWI u.a. 2006; ISO/Ochs 2006; infas 2006; IAW/ZEW 2008; FH Frankfurt/M. u.a. 2008; ifo/IAW 2008; zusammenfassend BMAS 2006.

© Campus Verlag GmbH

spruch – die Hervorbringung von ihrem Selbstverständnis nach aktiven, sich aus eigenem Antrieb um Teilhabe am ökonomisch gerahmten, kommodifizierten Prozess der Produktion des Gesellschaftlichen bemühenden Subjekten – eigentlich einlösen, bisher kaum gestellt wurde.

Diese Frage aber ist es, die für diese Studie erkenntnisleitend sein soll und die ich, wie durch das bis hierher Gesagte schon angedeutet, aus einer den Intentionen machtförmiger Bearbeitung von Subjektivität gegenüber grundsätzlich kritischen Perspektive zu stellen suche. Wenn ich hier also untersuche, ob »Aktivierung« ihre Ziele erreicht, dann richtet sich dies nicht auf die Erhöhung der Effektivität »aktivierender« Interventionen, sondern auf eine Kritik der Formen von Zurichtung, Unterordnung und Zwang, die solche Politiken erzeugen – und zwar nicht nur dort, wo diese intentional ausgeübt werden, sondern auch und gerade da, wo sie sich »hinter der Kulisse« programmatischer Versprechen von Integration, sozialem Aufstieg und Selbstbestimmung auf *strukturellem* Wege materialisieren. Dazu entwickle ich nach einer historisch-soziologischen Kontextualisierung von »Aktivierung« (Kapitel 2) zunächst auf theoretischer Ebene eine machtkritische Analyseperspektive auf Arbeitsmärkte und Arbeitskraft, ausgehend von Pierre Bourdieus Konzepten des *Feldes* und des *Habitus* beziehungsweise der *Dispositionen* sowie von einer konstruktivistisch-strukturalistischen Reinterpretation des *Dispositiv*begriffs Michel Foucaults (Kapitel 3–5). Diese wende ich dann mit Hilfe qualitativer Methoden auf das empirische Beispiel der an benachteiligte Jugendliche gerichteten »aktivierenden« Pilotmaßnahme KapUZe (»Kompetenzaufbau durch persönliche Unterstützung in der Zeitarbeit«)[4] an, um herauszuarbeiten, wie sich deren Rationalitäten und Technologien über mehrere Ebenen hinweg – von den Intentionen der Programmatik bis in die Wahrnehmung und die Handlungen der zuvor arbeitslosen Teilnehmenden hinein – brechen und welche Auswirkungen auf deren subjektive Verfasstheit sowie auf ihre Position im sozialen Raum der Klassen sie erzeugen.

Aus der Untersuchung der »Machtstruktur« des Projekts KapUZe auf diesem Wege und mit diesem theoretischen Rüstzeug hat sich ein zentraler Befund ergeben, der der Darstellung meiner Forschungsergebnisse in diesem Buch als strukturierende Kernthese zugrunde liegt und der auch in seinem Titel bereits angedeutet ist: »Aktivierung« ist nicht, wie häufig unterstellt,[5] ein Programm der Individualisierung, sondern eines der *Dividualisierung*. Wie zu zeigen sein wird, ist die Ausübung von Macht innerhalb »aktivierender« Politikformen wie KapUZe darauf angelegt, die bearbeiteten Subjekte mit den Anforderungen von »flexibilisierten«, kleinteilig und kurzzyklisch reorganisierten Arbeitsprozessen kompatibel zu machen, innerhalb derer – diktiert durch den kapitalistischen Imperativ

4 Pseudonymisierte Bezeichnung

5 Diese Sicht vertreten mit ganz unterschiedlicher Begründung z.B. Howard (2012), McDonald/Marston (2005), Clarke (2005) sowie Peck/Theodore (2000).

© Campus Verlag GmbH

der optimalen Ausnutzung aller der Verwertung zugeführten Ressourcen – auf menschliche Arbeitskraft nunmehr auf *sub-individueller* Ebene zugegriffen wird.

Ausgangspunkt: Eine doppelte Kritik

Ausgangspunkt meines Herangehens an die Erforschung von »Aktivierung« ist eine Kritik der beiden grundsätzlichen Ansätze der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Gegenstand – der quantifizierenden arbeitsmarktpolitischen Evaluationsforschung auf der einen und der Mehrheit der machtkritisch argumentierenden Arbeiten zum Thema, darunter die sich auf Foucault berufenden Gouvernementalitätsstudien sowie qualitativ-empirische Arbeiten zur subjektiven Verarbeitung von »Aktivierung«, auf der anderen Seite.

Meine Kritik an den vor allem quantitativen Ansätzen, die den Mainstream der Arbeitsmarktforschung bilden, richtet sich im Kern darauf, dass diese, indem sie »den Arbeitsmarkt« als eine Sphäre freien wirtschaftlichen Austausches und »Arbeitsmarktpolitik« als regulierendes, rahmensetzendes Eingreifen des Staates in diesen Markt konzipieren, die Macht- und Herrschaftsphänomene, auf denen das »Funktionieren« dieser Sphäre gesellschaftlicher Wirklichkeit grundlegend beruht, weitgehend unsichtbar machen. Diese Forschungen *leugnen* nicht etwa den Machtcharakter »aktivierender« Arbeitsmarktpolitik, sondern sie *dethematisieren* ihn konsequent, indem deren Interventionen als staatliches Handeln zur Herstellung eines Ausgleichs zwischen »Angebot« und »Nachfrage« kontextualisiert werden, dessen Legitimation sich nur auf den Erfolg dieses ausgleichenden Eingreifens begründen kann. Infolge dieser Dethematisierung sind die Ergebnisse des Reformprozesses zwar im Hinblick auf dessen institutionelle Faktoren und auf die quantitativ messbaren Größen des Erfolgs »am Markt« (Integrationsquoten, Dauer der erzielten Integrationen) in beispielloser Dichte dokumentiert – aber darüber, ob denn die zum zentralen Ziel erklärte Anpassung der Subjektivität der Arbeitslosen an den Markt eigentlich stattfindet, ist aus den tausenden Seiten der Evaluationsberichte wenig bis nichts zu erfahren. Das hängt ohne Zweifel damit zusammen, dass den *politischen* Akteuren[6] mehr oder weniger egal war, ob die Arbeitslosen nun *wirklich, praktisch* »aktiv« wurden, weil sie das Einwirken auf deren Subjektivität primär als Mittel zum Zweck der Senkung von Arbeitslosenzahlen und öffentlichen Ausgaben sahen. Auftrag der Evaluationsforschung war es, das Interesse der Politik an wissenschaftlich »har-

6 Und erinnern wir uns: Die Autorinnen des Hartz-Konzepts waren mehrheitlich eben keine Politikerinnen, sondern »Expertinnen« aus der Wirtschaft. Acht von 15 Mitgliedern der Kommission waren Unternehmer, Unternehmensberater oder bekleideten leitende Funktionen in Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden.

© Campus Verlag GmbH

ten« Indikatoren zu bedienen, die eine klare, objektivierbare Beurteilung des Erfolgs der einzelnen Interventionsinstrumente erlauben sollten. Und weil die politische Intention hinter den Reformen von Anfang an vor allem in der möglichst schnellen Senkung der als politischer Notstand wahrgenommenen hohen Arbeitslosenzahlen bei gleichzeitiger Reduzierung der Kosten bestand, konnte »Erfolg« hier nichts anderes meinen als die Integration in bezahlte Beschäftigung. Als dominierender Ansatz arbeitsmarktpolitischer Evaluationsforschung haben sich daher ökonometrische Verfahren durchgesetzt, die die Effekte eines Instruments in Zahlen oder Anteilen der »erfolgreich Integrierten«, also derer, die zu einem bestimmten Zeitpunkt nach der Behandlung (»treatment«) mit dem Instrument in einem bezahlten Arbeitsverhältnis waren, zu »messen«. Ein Maßnahmetyp gilt demnach als erfolgreich, wenn die Rechenergebnisse einen positiven »Treatment-Effekt« (IZA u.a. 2006; WZB/infas 2006) für die Teilnahmegruppe gegenüber einer vergleichbaren, mit Nichtteilnahme »behandelten« Gruppe belegen, oder wenn positive makroökonomische Effekte nachweisbar sind.[7] Obwohl in der Hartz-Evaluationsforschung auch eine Reihe anderer quantitativer und qualitativer[8] Methoden zur Anwendung kam, waren es gerade die Resultate der quantitativen Kontrollgruppenvergleiche mit ihrem ostentativen Anspruch auf wissenschaftliche Belastbarkeit, die für ihre öffentliche und politische Wahrnehmung bestimmend waren.

So nützlich die ökonometrische Vorgehensweise aus einer politisch-technokratischen, vor allem an schnellem und einfachem Rat für die politische Entscheidungsfindung interessierten Sicht sein mag, so wenig verrät sie darüber, ob und gegebenenfalls wie sich die angeblich im Zentrum der Intervention stehenden Einstellungen und Handlungsmuster der Betroffenen verändern. Die quantifizierende Evaluationsperspektive dient so als Stütze eines politischen Standpunkts, der jede Form bezahlter Beschäftigung prinzipiell als besser oder wünschenswerter definiert als jede andere denkbare Situation (»Sozial ist, was Arbeit schafft«) und dem eine gestiegene Zahl »erfolgreicher Integrationen« als per se gut erscheint. Eine Sichtweise auf die Realität, die positive Wirkungen an der Ausprägung eines einzigen quantitativen Indikators ablesen zu können

7 Für eine methodologische Begründung und Erläuterung der in der Evaluation der Hartz-Reformen angewandten Messkonzepte und Verfahren s. Hagen/Spermann 2004.

8 Qualitative Methoden kamen vor allem in den Implementationsanalysen zu den regionalen Unterschieden in Struktur und Handeln der Institutionen zur Anwendung, die wesentlich auf Expertinneninterviews beruhten (FH Frankfurt/M. u.a. 2008: 10) Ferner wurden auch Interaktionen zwischen Fachkräften und ihren Klientinnen beobachtet. Diese qualitativen Elemente steuern aus der Sicht der hier aufgeworfenen Fragen aber kaum Brauchbares bei. So wurden die Fallbeobachtungen in der Evaluation selbst nicht inhaltlich analysiert, sondern nur durch quantifizierenden Vergleich der in den Betreuungsinteraktionen jeweils auf verschiedene Themen verwendeten Zeit ausgewertet (FH Frankfurt/M. u.a. 2008: 265ff.). Teilweise inhaltliche Auswertungen wurden erst nachträglich vorgenommen (Kolbe/Reis 2008; Kolbe 2011, 2012).

© Campus Verlag GmbH

meint, muss aber gegenüber jedem ethisch begründeten Zweifel an den positiven Qualitäten der angewendeten Technologien indifferent bleiben.[9] Thematisieren lassen sich solche Zweifel nur aus der Sicht einer soziologischen Forschung, die sich eben nicht für politisch diktierte Erfolgskriterien, sondern für die arbeitsmarktpolitisch erzeugten »subjektiven« und »objektiven« Realitäten interessiert.

Und hier schließt meine zweite Kritik an: Die Kritik einer ihrem Selbstverständnis nach machtkritischen[10] Forschung, die sich vornehmlich an *Programmen* der Macht mit ihren idealen Funktionslogiken und Subjektfiguren abarbeitet und aus der Analyse solcher Programme Aussagen über das Funktionieren zeitgenössischer Technologien des Regierens ableiten zu können beansprucht. Die Autorinnen der an Foucaults Überlegungen zu den Rationalitäten moderner Machtausübung (Foucault 2004b; 2004a) orientierten *gouvernementalitätsanalytischen* Schule, die solche Forschungen unternehmen, haben eine Vielzahl luzider Studien vorgelegt, die hinsichtlich des potentiell herrschaftsförmigen Gehalts augenscheinlich harmloser oder gar emanzipatorisch gewandeter Konzepte zeitgenössischen Regierens zweifellos großen aufklärerischen Wert haben. Sie arbeiten in der Regel aus Ratgeberliteratur, Handbüchern oder Regelwerken die immanenten Rationalitäten der Technologien heraus, die diese Schriften den von ihnen Adressierten zur geplanten Selbstbeeinflussung oder auch zur Beeinflussung Anderer anempfehlen, um die freiwillige Unterordnung ihrer selbst oder dieser Anderen unter bestimmte Zwecke zu erreichen.[11] Dieses »Entlarven« getarnter Herrschaftstechnologien läuft aber Gefahr, zunehmend zum reinen Gestus zu verkommen, solange diese Arbeiten stets bei der Analyse der gerade durch die überkonsequente logische Zuspitzung, die der Ansatz erfordert, im Ergebnis als widerspruchsfrei und »sauber« dargestellten Realität der Program-

9 Das ist nicht nur eine Frage der politischen Kontrolle dieser Technologien. Meine Annahme ist in der Tat, dass es ein Irrtum ist, zu meinen, dass es eine »bessere«, von einseitiger Dominanz wirtschaftlicher Interessen und politischer Kalküle befreite »Aktivierung« von positivem, für die Betroffenen nützlichem Charakter geben könne. Vielmehr scheinen mir »aktivierende« Technologien der Klasse jener »destruktiven Werkzeuge« anzugehören, die grundsätzlich nicht kollektiv kontrollierbar sind und die deshalb »zwangsläufig zu mehr Reglementierung, Abhängigkeit, Ausbeutung oder Ohnmacht« führen (Illich 1998: 48).

10 Mit »Machtkritik« meine ich – hierin selbst einem Foucaultschen Machtbegriff verbunden – nicht eine prinzipielle *Opposition* gegen jede Form von Macht als etwas *Bösem*, sondern eine Haltung des grundsätzlichen *Verdachts* gegenüber jedem zur Technologie geronnenen Typus von Macht als etwas *Gefährlichem*, das stets auf die ihm immanenten Gefahren hin befragt werden muss: »Die Arbeit des Denkens besteht nicht darin, das Übel zu entlarven, das allem, was existiert, im Geheimen innewohnen würde, sondern die Gefahr zu erahnen, die in allem droht, was gewöhnlich ist, und alles zur Frage zu machen, was festgefügt ist« (Foucault 2005b: 751).

11 Einen Überblick des thematischen Spektrums der von den Gouvernementalitätsstudien behandelten Gegenstände bieten die Beiträge in Bröckling u.a. 2004. Gouvernementalitätstheoretische Arbeiten zu den Themenbereichen Arbeit und Arbeitsmarkt sind z.B. Bröckling 2000; 2003; 2007; Rau 2010; Kocyba 2004; Opitz 2004; Pühl 2003; Walters 1996 und Dean 1995.

© Campus Verlag GmbH

me stehen bleiben. Stattdessen gälte es sich der Frage zu stellen, ob die stilisierten Führungs- und Selbstführungsweisen, die dort beschrieben und präskriptiv zur Norm deklariert werden, denn irgendetwas mit denjenigen Praktiken zu tun haben, die sich in den Praxisfeldern entfalten, von denen man vermutet, dass sie den normierenden Kräften dieser Programme unterliegen. Zudem werden auch die realen, nicht-linearen und vielfach gebrochenen *Auswirkungen* auf Situation und subjektive Verfasstheit der Betroffenen ausgeblendet, indem mit der vordergründig ethischen Begründung, kein Herrschaftswissen über Menschen erzeugen zu wollen, eine implizite Anthropologie des durch machtförmige Interventionen beliebig formbaren Menschen angewendet wird. Im schlimmsten Fall, so meine Befürchtung, kann diese Haltung faktisch zum Gegenteil dessen führen, was sie bezweckt, indem die Steuerungsintentionen der »Aktivierungs«-politik durch die Behauptung der potentiell unendlichen Anpassungsfähigkeit der Menschen an äußere Anforderungen im Ergebnis noch gestützt werden. Diese Kritik soll an dieser Stelle nur angedeutet sein – sie wird der Leserin im Verlauf des Buchs immer wieder begegnen (siehe vor allem Kapitel 4 bis 6). Die Gouvernementalitätsstudien dienen mir auch in der empirischen Fallstudie als machtkritischer Bezugspunkt, auf den ich – teils in kritischer Würdigung, teils in dezidierter Abgrenzung – immer wieder zu sprechen kommen werde. So schuldet nicht nur die programmatische Analyse des »Aktivierungs«projekts KapUZe (Kapitel 8) ihre konkrete Gestalt der kritischen Auseinandersetzung mit den Gouvernementalitätsstudien, sondern die exemplarische Untersuchung der Praxis und Wirkungen von »Aktivierung« ist insgesamt so angelegt, dass sie auch als methodische Kritik der inhärenten Begrenzungen dieser Forschungsrichtung mitsamt der von ihr mutwillig erzeugten und bewusst tradierten Blindstellen in der machtkritischen Analyseperspektive lesbar sein soll.

Ein weiterer wichtiger, nicht immer explizit machtkritischer, aber in seinem Interesse für die Sicht- und Handlungsweisen der Betroffenen den politischen Steuerungsintentionen gegenüber zumindest skeptischer Strang von Arbeiten zur »Aktivierungs«politik sind die qualitativen Forschungen zu deren Wirkung und subjektiver Verarbeitung.[12] Sie belegen ein ums andere Mal, dass die empirisch vorfindlichen Haltungen und Praktiken der Adressatinnen oft nur wenig gemein haben mit den Selbstführungsmodi, die ihnen die »Anrufungen« der »aktivierungs«politischen Programme scheinbar abverlangen. Diese Forschun-

12 Vgl. unter anderem. Dörre u.a. 2013a; 2008a; 2008b; Bescherer u.a. 2008; Baethge-Kinsky u.a. 2006; 2007; Bartelheimer 2008; Behrend/Ludwig-Mayerhofer 2008; Bauer u.a. 2010; Hirseland/Ramos Lobato 2010; Ludwig-Mayerhofer u.a. 2007; 2008; 2009; Sondermann u.a. 2007; Wenzel 2008; Ames 2007; Kolbe 2012. Eine Reihe dieser Forschungsprojekte wurden vom IAB in der Absicht in Auftrag gegeben, die – auch dort als Problem erkannte – weitgehende Ausblendung der Erfahrungen und der subjektiven Sicht der Betroffenen durch das quantifizierende Programm der Evaluationsforschung auszugleichen (s. Ludwig-Mayerhofer/Promberger 2008 sowie die weiteren Beiträge in Heft 1/2008 der *Zeitschrift für Sozialreform*).

© Campus Verlag GmbH

gen verhalten sich gewissermaßen spiegelbildlich zur Perspektive der Gouvernementalitätsstudien, indem sie die von diesen systematisch ausgeblendete Ebene der praktischen Wirkungen von »Aktivierung« auf die Betroffenen ins Zentrum stellen und sich darauf konzentrieren, unter Verwendung von Interviews und Beobachtungen deren Praktiken und Deutungen im Umgang mit Anforderungen und Zumutungen zu rekonstruieren. Relativ wenig Aufmerksamkeit kommt demgegenüber den komplexen Intentionen, Rationalitäten und Verwendungsweisen der politischen Instrumente zu, die jene Anforderungen erzeugen. Programme und Gesetze wirken nie direkt auf die Menschen ein, sondern immer vermittelt durch die von den Interessen, Gewohnheiten und Handlungsrestriktionen der lokalen Akteure der Arbeitsverwaltung gebrochenen Formen der Praxis. Deshalb ist empirisch oft nicht ohne weiteres erkennbar, ob zwischen der Ebene der programmatischen Präskription und den Erfahrungen der Betroffenen ein Zusammenhang besteht, und wenn ja, wie dieser beschaffen ist. Dieses Problem wird von den qualitativen Wirkungsstudien mitunter reproduziert, wenn sie ihre primäre Analyseeinheit nicht in den politischen Instrumenten und Technologien suchen, deren Wirkung sie erforschen, sondern in den befragten Individuen, also den Arbeitslosen, Hilfebedürftigen oder Maßnahmeteilnehmerinnen. Indem diese mit ihren »Aneignungspraktiken« oder »Verarbeitungsformen« verglichen, kontrastiert und typisiert werden, entstehen interessante soziale Topologien, die aber nur wenig Rückschlüsse auf Wirkweisen einzelner Interventionsformen erlauben.[13] Die Vermittlung zwischen programmatischer und Erfahrungsebene durch die Umsetzung der reformierten Praxis auf der Mesoebene der arbeitsmarktpolitischen Institutionen wird damit weder in den gouvernementalitätstheoretischen Arbeiten noch in den qualitativen Forschungen umfassend zum Thema gemacht, so dass die Wirkungen in beiden Fällen tendenziell als Ergebnis *einer* uniformen »Reformlogik« erscheinen.[14] Die-

13 Es gibt inzwischen einige Studien, in denen ausgehend von der Kritik an der Gouvernementalitätsschule versucht wurde, Wirkungen qualitativ-empirisch in den Blick zu nehmen. Einige dieser Arbeiten reproduzieren dabei ein weiteres Mal die epistemologische Lücke zwischen Programm- und Erfahrungsebene, indem sie zunächst Programmatiken gouvernementalitäts- oder diskursanalytisch untersuchen, um dann direkt auf die Erfahrungsebene zu springen und dort in Interviews oder Beobachtungen nach den »Wirkungen« der von ihnen identifizierten diskursiven Verschiebungen zu suchen (Truschkat 2008; Legnaro/Birenheide 2008). Einen anderen, meinem eigenen Vorgehen nicht ganz unähnlichen Zugang wählt Ott (2011), die am eng umgrenzten Gegenstand der Praxis des »Profiling« durch ethnografische Beobachtung die Formen der praktischen Erzeugung von »Kompetenz« und »Inkompetenz« untersucht und sich dabei nicht in der Falle jener Lücke verfängt. Anders als ich hat sie aber keinen Begriff von der Dauerhaftigkeit des inkorporierten Sozialen und lässt im Sinne des Foucaultschen »Bilderverbots« (s.u., Kap. 5.1) die sozialstrukturelle Ebene außen vor.

14 Deutlich wird das seitens der qualitativen Wirkungsforschung etwa am Vorgehen von Ludwig-Mayerhofer u.a. (2009), die in ihren – ansonsten hinsichtlich der lokalen Praxis ausgesprochen fundierten und aufschlussreichen – Forschungen die beiden Rechtskreise des SGB III (Arbeitslosenversicherung) und SGB II (Grundsicherung) nicht scharf unterscheiden und die

© Campus Verlag GmbH

se epistemologische Lücke ist von der qualitativen Forschung – anders als von der Gouvernementalitätsschule – durchaus nicht gewollt, sondern scheint sich aus dem forschungspraktischen Problem zu ergeben, dass der Aufwand einer systematischen, methodisch adäquaten Berücksichtigung aller drei Ebenen – Programmatik, institutionelle Praxis, Erfahrung/Umgangsweisen – extrem hoch ist. Sie gilt es aber zu schließen, wenn aus machtkritischer Perspektive die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen diesen Ebenen und die Modi der Konzentration und Dispersion von Macht über sie hinweg erkennbar werden sollen.

Fragestellungen und Vorgehen

Von der Ausgangsfrage, *ob* »Aktivierung« ihre »subjektiven« Ziele erreicht, lassen sich in machtkritischer Absicht zwei Teilfragestellungen ableiten:

- *Wie* sollen Menschen so beeinflusst werden, dass sie zu aktiven Arbeitsmarktsubjekten werden, und wie wird in der Praxis versucht, auf dieses Ziel hinzuwirken?
- Und: *Was* geschieht in der Konfrontation zwischen den Anforderungen, die sich aus dem politischen Imperativ der »Aktivierung« ergeben, und den gewohnten Sicht- und Handlungsweisen derjenigen, auf deren Selbstverhältnis er zielt? Werden sie tatsächlich in der intendierten Weise beeinflusst, oder was geschieht sonst?

Die Arbeit an einem im umfassenderen Sinne kritischen Verständnis der *Praxis* von »Aktivierung« und ihrer *Wirkungen* auf die Betroffenen erfolgt in zwei großen Etappen:

Im *theoretischen Teil* (Kapitel 3–5) bestimme ich die Begrifflichkeiten und die grundlegenden Weisen des wissenschaftlichen Sehens der machtkritischen Soziologie des Arbeitsmarkts, die ich anschließend empirisch zur Anwendung zu bringen gedenke. Dabei geht es mir darum, einen Rahmen abzustecken, in dem sich die subjektiven Auswirkungen von »Aktivierungs«programmen überhaupt interpretieren lassen, ohne dies auf die Frage nach »Erfolg« oder »Misserfolg« des Programms zu reduzieren. Die zentralen theoretischen Ankerpunkte dieses Vorhabens finde ich bei zwei »Dauerbrennern« machtkritischer Sozialtheorie: *Erstens* bei der praxeologischen Soziologie Pierre Bourdieus mit ihrem Fokus auf die Dialektik von objektiviertem und inkorporiertem Sozialem, *Feldern* und *Habitus* oder *Dispositionen*, und *zweitens* bei einer spezifischen Lesart der Analytik der Macht Michel Foucaults, die sich an seiner operativen Verwendung des Be-

Auswirkungen der Praxis der Institutionen beider als Ergebnisse ein und derselben »aktivierenden« Logik behandeln.

© Campus Verlag GmbH

griffs des *Dispositivs* orientiert. In der Auseinandersetzung mit Bourdieu lote ich zunächst aus, inwieweit sein Begriff des *Feldes* für eine soziologische Diagnose gegenwärtiger Veränderungsprozesse im Arbeitsmarkt nützlich ist. Hierbei stellt sich heraus, dass einiges dafür spricht, dass Arbeitsmärkte in den letzten Jahrzehnten verstärkt Eigenschaften von Feldern im Bourdieuschen Sinne entwickelt haben und dass die Position sozialer Akteure und Gruppen in diesen Feldern besonders eng an deren Stellung im sozialen Raum, also in der Klassenstruktur, gekoppelt ist (Kapitel 2 und 3). Die an Bourdieu geschulte Perspektive kann damit die Relevanz einer auf die Veränderung der Positionierungen von Akteuren in Arbeitsmärkten und damit mittelbar auf Verschiebungen in der Positionsstruktur dieser Felder angelegten politischen Strategie wie »Aktivierung« für die Zusammensetzung sozialer Klassen, also für gesellschaftliche *Herrschafts*verhältnisse, aufzeigen.

Mit der »aktivierenden« Strategie selbst kann sie aber wenig anfangen, weil sie über kein Vokabular verfügt, um die von dieser Strategie organisierte *Arbeit an der Subjektivität* – die Versuche, mit unterschiedlichen Mitteln das Angebot an Arbeitskraft an die vorhandene oder potentielle Nachfrage nach ihr anzupassen – zu untersuchen. Genau hier erweist sich Foucaults Dispositivbegriff als hilfreich, den ich ausgehend von seiner operativen Anwendung im ersten Band seiner Geschichte der Sexualität, *Der Wille zum Wissen* (Foucault 1977), in der wenig zur Kenntnis genommenen Bestimmung als *strategische Verkettung taktischer Machtverhältnisse* rekonstruiere (Kapitel 4). Er erlaubt es, nachzuzeichnen, wie ausgehend von einer strategischen Anforderung (»urgence«) – hier: Notwendigkeit der Anpassung des Arbeitskräfteangebots an die Nachfrage – verschiedene Diskurse und Technologien eine Verbindung eingehen, die darauf gerichtet ist, Subjekteffekte zu erzeugen, die dieser Zielsetzung entsprechen. Analog zu Foucaults Analyse des »Dispositivs der Sexualität« (ebd.) gilt es hier zu zeigen, dass »Arbeitskraft« ebenso wie »Sexualität« nichts natürlich Gegebenes, sondern in ihren empirischen Formen ebenso wie in den herrschenden Vorstellungen von ihr historisch erzeugt ist. Dabei gehe ich von einer gegenwärtig vor sich gehenden Überlagerungsbewegung historischen Maßstabs aus, in der das Dispositiv des *Berufs* als über Jahrhunderte hinweg hegemonial gewordene Verfassungsform von Arbeitskraft nach und nach ergänzt und teilweise abgelöst wird von einem kleinteiligeren, »flexibilisierten«, nicht durch kollektive Identitäten und Ansprüche, sondern durch individuelle Fähigkeitsrepertoires und personalisierte Verantwortungszuweisungen gekennzeichneten *Kompetenzdispositiv*.

In der Verbindung beider Perspektiven werden dann die aus der Verkettung sozialer Machtverhältnisse resultirenden Bündelungen und Verdichtungen von Macht in Technologien und Programmen der Realitätsproduktion sowie deren formierende Wirkung »zurück« in lokale Machtbeziehungen hinein als Elemente eines übergreifenden »Mikro-Makro-Kreislaufs« erkennbar (Kapitel 5).

© Campus Verlag GmbH

Im Anschluss daran erläutere ich in einem methodischen Kapitel, wie ich die bis hierher begründete theoretische »Bifokalbrille« unter Rückgriff auf hermeneutische ebenso wie »interpretativ-analytische« (Dreyfus/Rabinow 1982) Methoden für das empirische Vorgehen forschungspraktisch handhabbar gemacht habe, auf welche Daten ich dabei zugreifen konnte, was der Kontext der Evaluationsforschung für meine Arbeit bedeutete und mit welcher Haltung ich mich dem Gegenstand zu nähern bemüht war (Kapitel 6).

Im *empirischen Teil* (Kapitel 7–11) folgt dann die Anwendung dieser Forschungskonzeption in der empirischen Fallstudie zu der »aktivierenden« Pilotmaßnahme KapUZe, an der in den Jahren 2007/2008 in mehreren Regionen Ost- und Westdeutschlands jeweils einige Dutzend zuvor arbeitslose, Leistungen des SGB II beziehende Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von unter 25 Jahren teilnahmen. Die Maßnahme eignet sich insofern gut als Beispielfall »aktivierender Arbeitsmarktpolitik«, als sie ihrer Konzeption nach eine ganze Reihe typischer Elemente solcher Politiken miteinander verbindet: Im Rahmen einer »Public-Private Partnership« zwischen der Bundesagentur und dem Leiharbeitsunternehmen NORMATEMP[15] wurden die Jugendlichen von der jeweiligen ARGE an das Unternehmen überwiesen, das sie in einer »Standort- und Potenzialbestimmung« auf Eignung prüfen und bei entsprechendem Ergebnis einstellen sollte. Ziel war die Erhöhung der »Beschäftigungsfähigkeit« der Teilnehmenden, die durch drei Kernelemente erreicht werden sollte:

- Sie sollten von NORMATEMP *als Leiharbeitskräfte eingestellt*, als solche *eingesetzt* und dadurch an »richtige Arbeit« gewöhnt werden,
- in einsatzfreien Zeiten sollten sie durch *modularisierte Qualifizierung* zusätzliche arbeitsrelevante Kompetenzen vermittelt bekommen,
- und dabei sollte sie ein sozialpädagogisch geschulter »*Coach*« begleiten und unterstützen.

Dieses Projekt war sowohl in seinem Maßstab – in der ostdeutschen Stadt Altstadt und dem westdeutschen Carlsberg, die ich hier vergleichend betrachte, gab es je 30 Teilnahmeplätze – als auch hinsichtlich der beteiligten institutionellen Akteure relativ überschaubar, und in seiner Konzeption verbanden sich eine Vielzahl typischer Elemente eines »Aktivierungs«regimes. Aus diesen Gründen eignet sich KapUZe sehr gut, um beispielhaft empirisch zu untersuchen, wie sich als politische Programmatik formulierte Intentionen in lokale Praxis, also in die Beziehungen zwischen Arbeitsmarktinstitutionen und Arbeitskraftbesitzerinnen vor Ort übersetzen und wie sie sich auf das Leben der Betroffenen auswirken. Damit soll keine Repräsentativität KapUZes als »Miniaturausgabe« der gesamten »Aktivierungs«politik beansprucht sein – es kommen nicht alle denk-

15 Alle im Zusammenhang mit KapUZe genannten Namen von Orten und konkreten Akteuren (mit Ausnahme der Bundesagentur für Arbeit und des IAB) sind pseudonymisiert.

© Campus Verlag GmbH

baren Mechanismen zum Einsatz und die Zielgruppe ist zu speziell. Gerade dies ist für mein Anliegen aber ein Vorteil, denn die Gruppe der langzeitarbeitslosen Jugendlichen ist für »Aktivierung«, also für ein politisches Programm, das sich auf die Anpassung der Subjektivität potentieller Arbeitskräfte an die Bedarfe »des Marktes« richtet, ein vordringlicher Adressatinnenkreis – die Kosteneinsparung durch ihre »Integration« verspricht besonders hoch auszufallen, und ihre Problemlagen gelten als noch nicht verfestigt, kurz: eine erfolgreiche Beeinflussung scheint bei ihnen besonders gut möglich und besonders wünschenswert. Anders als viele ältere Langzeitarbeitslose, denen auch nach den Reformen allenfalls eine Art von »Als-Ob-Aktivierung« (Scherschel u.a. 2009: 13) zuteil wird, stehen Jugendliche besonders im Fadenkreuz der Bearbeitung. Deshalb – und wegen der hohen Voraussetzungen der Verwendung in der Leiharbeit – werden in einem Projekt wie KapUZe die Anforderungen an die Teilnehmenden besonders deutlich formuliert und besonders vehement in Praxis umgesetzt. Die eingesetzten Instrumente mögen also das methodische Arsenal der »Aktivierung« nicht voll ausschöpfen, aber es ist doch davon auszugehen, dass sie hier mit besonderer Konsequenz zur Anwendung kommen.

Auf der Grundlage der umfassenden qualitativen Daten, die ich durch meine Beteiligung an der Evaluation dieses Projekts[16] sammeln konnte, versuche ich mich an einer exemplarischen Beantwortung der beiden Teilfragen. Dabei steht zunächst die Frage des *Wie* im Vordergrund: Die Darstellung der Forschungsergebnisse entfaltet sich um die kritische Analyse der Programmatik von KapUZe herum (Kapitel 8), die ich in einer an die Gouvernementalitätsstudien angelehnten Perspektive vornehme, aber in mehreren Schritten dezentriere: Zunächst durch die vorgängige Explikation der in ihre Erstellung eingegangenen Interessen der beteiligten Akteure mit Hilfe von Bourdieus Feldkonzept (Kapitel 7), und dann durch die Rekonstruktion der von den Bedingungen und Akteurskonstellationen der lokalen Felder (Kapitel 9) gebrochenen Formen der Umsetzung der programmatisch vorgesehenen Rationalitäten und Technologien an den beiden von mir verglichenen Projektstandorten (Kapitel 10). Dieses Vorgehen soll es erlauben, ein differenziertes Bild von Form und strategischer Ausrichtung der *objektivierten sozialen Strukturen* zu gewinnen, in denen sich »Aktivierung« manifestiert – ihrer Wissensformen und -prozeduren, der sozialen Technologien des Einwirkens auf Situation und Handeln Anderer, der Versuche der Beeinflussung ihres Selbstverhältnisses, kurz: der diversen Elemente des »aktivieren-

16 Die durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung koordinierte Evaluation des Projekts fand in ihrem qualitativen Teil zwischen Mitte 2007 und Anfang 2009 am Lehrstuhl für Arbeits-, Wirtschafts- und Industriesoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena statt. Sie wurde von Prof. Klaus Dörre und Ulrich Brinkmann geleitet und von Karin Scherschel und mir bearbeitet. Die Ergebnisse der qualitativen und der (vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführten) quantitativen Evaluation sind dokumentiert in Brinkmann u.a. 2011.

© Campus Verlag GmbH

den« Dispositivs sowie ihrer übergreifenden strategischen Anordnung in seinem programmatischen ebenso wie in seinem praktischen Aggregatzustand.

Die *Was*-Frage, gestellt im letzten und längsten Kapitel (Kapitel 11), richtet sich dann schließlich auf die *Praxis* der »Aktivierung« in KapUZe, verstanden als die Konfrontation dieser objektivierten mit den von den Teilnehmenden *inkorporierten sozialen Strukturen*, also ihren *Dispositionen:* den zu Körperlichkeit geronnenen Erfahrungen, aus denen ihre Subjektivität besteht. Dabei gehe ich quer zu den einzelnen Fällen vor und orientiere mich stattdessen – wie schon in den vorangehenden Kapiteln – an den Wissensformen und Technologien sowie den spezifischen Formen ihrer Artikulation miteinander. Es geht in diesem Schritt darum, diverse Formen von *subjektiven* (vorhandene, überdauernde Dispositionen kommen unter veränderten Umständen in veränderten *Selbstführungspraktiken* zum Ausdruck) und *subjektivierenden Auswirkungen* (durch das Einwirken der objektivierten verändern sich die inkorporierten sozialen Strukturen, also das *Selbstverhältnis*) zu unterscheiden, herauszuarbeiten, wie sich diese zueinander verhalten, an welchen Unterschieden und Ungleichheiten zwischen den Dispositionen und sozialen Positionen der Teilnehmenden die Technologien ansetzen und wie sie solche Differenzierungen ihrerseits erzeugen oder modifizieren.

Zweiter Grundsatz: Machtfragen sind Klassenfragen

Zwar sind »aktivierende« Politiken kein rein arbeitsmarktbezogenes Phänomen (siehe die Beispiele weiterer Anwendungsbereiche der »Aktivierungs«logik bei Lessenich 2008: 108–128), aber Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik sind doch diejenigen Felder, auf denen in den auf Lohnarbeit zentrierten Gesellschaften Europas und Nordamerikas die Entwicklung solcher Konzepte die größte Bedeutung und die umfangreichste Ausarbeitung und praktische Verbreitung erfahren hat.[17] Diese Tatsache verweist, ebenso wie die von der Hartz-Kommission selbst ins Zentrum gestellte »Marktorientierung«, darauf, dass es Veränderungen im Herzen *kapitalistischer,* genauer: nachfordistischer, ökonomisch-technologisch flexibilisierter und finanzialisierter kapitalistischer Gesellschaften sind, die zu der seit bald zwei Jahrzehnten andauernden Konjunktur »aktivierender« Politikkonzepte geführt haben. Bevor ich den oben umrissenen Zyklus meiner theoretisch-empirischen Argumentation beginne, gehe ich in der historisch-soziologischen Hinführung des folgenden Kapitels diesen – keines-

17 S. z.B. zu frühen Versuchen in Australien Dean 1995; Mcdonald/Marston 2005, zu Großbritannien Daguerre 2004; Daguerre/Taylor-Gooby 2004; Walters 1996; 2000, international vergleichend Dingeldey 2011; Serrano Pascual/Magnusson 2007; Konle-Seidel/Eichhorst 2008. Als deutschen Stichwortgeber in der Reformphase s. Schmid 2001; 2002.

© Campus Verlag GmbH

wegs linear ökonomisch determinierten, sondern politisch und sozial schwer umkämpften, auf politische Weichenstellungen ebenso wie auf massenhafte alltägliche (Klassen-)Praktiken zurückgehenden – Formwandlungen des Kapitalismus nach. Dabei versuche ich den Gegenstand »Aktivierung« schärfer zu konturieren, indem ich nicht frage, *was* »aktivierende« Arbeitsmarktpolitik ist, sondern in historischer Perspektive einen Deutungsvorschlag unterbreite, »warum alles so gekommen ist wie's gekommen ist« (Die Sterne, zit. nach Lessenich 2008: 7) Das unvermeidliche Ende des fordistischen Klassenkompromisses und des »Wachstumsstaats« (Castel), die damit einhergehende erhöhte Bedeutung des Weltmarkts für die Gewinnerzielung der Unternehmen und die Verstärkung des Wettbewerbsdrucks durch die Finanzialisierung der global vernetzten Ökonomie, der durch neue digitale Technologien ermöglichte beispiellose Grad an Flexibilität des Zugriffs auf Arbeitskraft sowie die ihrerseits flexibilisierten, auf diversifizierten »Portfolios« entstandardisierter kultureller und sozialer Kapitalien beruhenden Reproduktionsstrategien von Klassenfraktionen der kulturellen und ökonomischen Eliten sind Elemente, die ich in der Deutung der (Vor-)Geschichte von »Aktivierung« als Kontext und Bezugsgrößen der weiteren Argumentation entwickle. Diese Darstellung, für die ich mich theoretischer Versatzstücke aus der Regulationstheorie (2.1), dem Postoperaismus (2.2) sowie der Klassenanalyse Pierre Bourdieus (2.4/2.5) bediene, soll etwas klarstellen, was sich aus dem oben formulierten ersten Grundsatz, dem analytischen *Primat der Macht*, noch nicht notwendig ergibt: Den zweiten Grundsatz, nach dem diese Macht *klassenmäßig* codiert ist, dass sie also an den in flexibilisiert-kapitalistischen Gesellschaften bestehenden Klassendifferenzen ansetzt und ihrerseits strategisch darauf angelegt ist, durch ihre Interventionen solche Klassendifferenzen zu erzeugen, zu vertiefen oder anderweitig zu beeinflussen.

Das Verständnis von *Klasse,* dessen Möglichkeiten ich dabei auszuloten versuche, begründe ich vor allem in den Kapiteln 4 und 5 in der Auseinandersetzung mit dem in der Sekundärliteratur weitgehend ignorierten Klassenbegriff Foucaults. Es bestimmt sich einerseits strikt der marxistischen Tradition gemäß als *Stellung zu den Produktionsmitteln,* geht aber andererseits weit über die häufig mit dieser Bestimmung verbundenen simplifizierenden Vorstellungen eines dichotomen Gegensatzes zwischen einer mächtigen Eigentümerinnen- und einer unterworfenen Lohnabhängigenklasse hinaus, indem es – hierin gestützt auf Bourdieus Kapitalbegriff sowie auf postoperaistische Thesen – zugleich auf einem radikal ausgeweiteten Verständnis von »Produktion« und »Produktionsmitteln« basiert. Es geht darum, die Engführung auf die Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen aufzugeben und unter »Produktion« auch die vielfältigen Formen der *Herstellung von Menschen* und ihrer Eigenschaften sowie *von sozialen Beziehungen* zu erfassen, die in einer Gesellschaftsformation wie der gegenwärtigen koexistieren. Das Ziel ist, zu einer im Vergleich zu klassisch-marxistischen

© Campus Verlag GmbH

Klassenkonzeptionen erheblich differenzierteren, weit weniger ökonomistischen Vorstellung von Klasse und Klassenstruktur zu gelangen, ohne andererseits in Behauptungen von der »Auflösung« der Klassen oder in Vorstellungen einer ausdifferenzierten, aber herrschaftsneutralen sozialen »Schichtung« zu verfallen. Ohne dass ich den Anspruch erhebe, eine auf diesem Klassenbegriff basierende umfassende Gesellschaftsanalyse vorlegen zu können, brauche ich ihn doch, um meiner zentralen These der *Dividualisierung* empirisch nachgehen zu können.

Worauf alles zuläuft: Die Dividualisierungsthese

Wie bereits angedeutet, gehe ich von der – im Folgenden theoretisch wie empirisch zu untermauernden – Annahme aus, dass gegenwärtige kapitalistische Subjektivierungsbedingungen von einer übergeordneten Dynamik der *Zerlegung der Menschen und ihrer Lebenszusammenhänge* in einzelne, sub-individuelle, eben *dividuelle* Bestandteile und der Zerstörung oder Blockierung von Kohärenz zwischen diesen Bestandteilen gekennzeichnet sind. Diese Dynamik ist in der Entfaltung der kapitalistischen Logik der permanent zu optimierenden Extraktion produktiver Potentiale angelegt und wurde in den letzten Jahrzehnten durch soziale und politische Entwicklungen zusätzlich verstärkt. Hierzu gehören die im zweiten Kapitel zu skizzierenden »Portfolio«-Strategien der Reproduktion mächtiger Klassenfraktionen, der gleichzeitig aus technologischen und ökonomischen Gründen erheblich flexibilisierte und effektivierte Zugriff auf Arbeitskraft in gegenwärtigen Arbeitskräftestrategien und die Überlagerung des Berufs- durch das Kompetenzdispositiv. »Aktivierende« Arbeitsmarktpolitik, als eine politische Strategie, die auf diese veränderten Bedingungen reagiert, ist Trägerin und Verstärkerin dieser Entwicklung, die ich *Dividualisierung* nenne.

Dividualisierung hat mehrere Dimensionen. In ihrer »inhaltlichen« oder *Kompetenz*dimension besteht sie in der *Zerlegung des arbeitenden Subjekts* in einzelne, getrennt voneinander mess-, vergleich- und optimierbare Parameter (»Kompetenzen«), ermöglicht und gefördert durch die wachsende Verbreitung von Wissensprozeduren (Assessment, Kompetenzdiagnostik), Sozialtechnologien (modulares Lernen) und Technologien der Subjektivitätsproduktion (als Anrufungen formulierte stilisierte Praktiken von Selbstevaluation und Selbstoptimierung, Coachingtechniken). Breite soziale Wirksamkeit erlangt diese »kompetenzielle« Dividualisierung durch die seit einigen Jahrzehnten von verschiedenen elitären Klassenfraktionen betriebenen Selbstführungspraktiken als flexibilisierte »Portfolio«-Arbeitskräfte (Kapitel 2.5). »Aktivierende« Politikkonzepte sollen dazu beitragen, diese Orientierungen auch in den »niederen« Zonen der Sozialstruktur verbindlich zu machen. Mit dieser sozial und politisch zu Wirksamkeit

© Campus Verlag GmbH

kommenden »kompetenziellen« überlagert sich aber mindestens eine zweite, *raum-zeitliche* Dimension von Dividualisierung, die sich aus technologischen und ökonomischen Veränderungen im nachfordistischen Kapitalismus ergibt. Stetig gesteigerte, durch die Finanzialisierung der globalen Ökonomie noch weiter befeuerte und mittels neuer Technologien (Mobiltelefonie, Internet) zunehmend besser durchsetzbare Verfügbarkeits- und Effizienzanforderungen verlangen, dass die Fähigkeiten der Einzelnen nicht kontinuierlich und an einem Ort, sondern in *kurzfristig wechselnden Rhythmen* für *diskontinuierliche Zeiträume* und *an verschiedenen Stellen* in die produktiven Prozesse eingespeist werden sollen, was den Zwang erzeugt, alle anderen Lebensbereiche der Arbeit unterzuordnen, so dass verlässliche soziale Bindungen und eine kohärente Lebensführung erheblich erschwert werden. Während in der »Kompetenzdimension« das arbeitende Subjekt selbst im Interesse seiner optimalen Verwertbarkeit der Zerlegung anheimfällt, ist es in der raum-zeitlichen Dimension die zeitliche und/oder räumliche Kohärenz oder Integrierbarkeit seines Lebens, die zur Disposition gestellt wird. In-Dividualität lässt sich unter solchen Bedingungen nur dann herstellen, wenn Ressourcen vorhanden sind, die es ermöglichen, die dividualisierenden Anforderungen (jedenfalls partiell) *zurückzuweisen,* ihre Inkohärenz erzeugenden Wirkungen zu *begrenzen* oder die in der Kompetenzdimension zugleich angelegten potentiell größeren Handlungspotentiale *aufzugreifen* und sie zu nutzen, um sich gleichsam auf höherer Ebene als *In*dividuum zu positionieren.

Es handelt sich also bei der Dividualisierung um eine mehrdimensionale, aus den *ökonomischen* sowie den ökonomisierenden *politischen und sozialen Dynamiken* sowie aus den (umfassend verstandenen) *Klassenkämpfen* in flexibilisierten und finanzialisierten kapitalistischen Gesellschaften resultierende Bewegung. Diese Diagnose beruht auf der Feststellung, dass die von Soziologinnen schon seit langem erkannte und als De-Kollektivierung, als Erosion kollektiver Absicherungen und beruflicher Statusgarantien im Interesse des flexibleren Zugriffs auf die Arbeitskraft der Einzelnen (vgl. zum Beispiel Sennett 1998; Bourdieu 1997a; Boltanski/Chiapello 2003) durchaus richtig erkannte, mit dem Schlagwort der »Individualisierung« (Beck 1986; Castel 2011) aber vorschnell griffig etikettierte Logik der Kleinteiligkeit, Entstandardisierung und des Abbaus von Verbindlichkeiten eben nicht beim Individuum Halt gemacht hat. Sie setzt sich in den Dynamiken der Dividualisierung längst auf der Ebene kurzer, diskontinuierlicher Nutzungszeiträume und sub-individueller, einzeln und bedarfsgenau handelbarer Qualifikationen und Kompetenzen weiter fort. Die daraus folgende Fragmentierung läuft nicht linear und uniform auf Prekarität, Verelendung oder Anomie hinaus, sondern kann klassenmäßig extrem unterschiedlich verarbeitet werden, abhängig davon, über welche Möglichkeiten die Einzelnen und ihr jeweiliges soziales Umfeld verfügen, sich – gegen die dividualisierende Dynamik oder auf mit ihr vereinbare Weise – selbst als In-Dividuen zu behaupten oder

© Campus Verlag GmbH

sich als solche hervorzubringen. Mit anderen Worten: Die subjektiven und lebenspraktischen Folgen von Dividualisierung sind abhängig davon, ob die ihr Ausgesetzten Zugriff haben auf die *Mittel der Produktion ihrer selbst als Individuen*.

Da es der *Markt* ist, über den dividualisierende Anforderungen auf die Menschen wirken, sind »Aktivierungs«politiken mit ihrer »Marktorientierung«, also dem Versuch, die Menschen »dem Markt« anzupassen, selbst strukturell darauf angelegt, dividualisierende Wirkungen zu entfalten. Wie dies genau erreicht werden soll, welche Formen des Wissens über die zu »Aktivierenden« dafür erforderlich sind, welche Praktiken der Einwirkung auf sie dabei eingesetzt werden sollen, wie dies praktisch vor Ort umgesetzt wird und was dabei herauskommt, erörtere ich im empirischen Teil im Detail am konkreten Beispiel. Wichtig ist an dieser Stelle die Feststellung, dass ich die These der Dividualisierung in ihrer hier vertretenen Form *aus den Auswertungen von Programmatik und Praxis der Pilotmaßnahme KapUZe gewonnen* habe, dass also ihr zentraler Status für diese Arbeit nicht aus der – im Arbeitsprozess erst später zur Kontextualisierung meiner Untersuchung hinzugefügten – theoretischen Hinführung des zweiten Kapitels abgeleitet, sondern empirisch begründet ist.

Für das letzte Kapitel des empirischen Teils (Kapitel 11) dient mir die aus der Analyse der Programmatik und der Umsetzungsformen von KapUZe gewonnene These von der dividualisierenden Stoßrichtung »aktivierender« Technologien als orientierende Richtschnur, entlang derer sich gezielt herausarbeiten lässt, *ob* und *wie* sich dieser dividualisierende Impuls in der Erfahrung der von »Aktivierung« Betroffenen manifestiert. Zu fragen ist hier, ob und wie sie ihn wahrnehmen und mit ihm umgehen, welche Auswirkungen auf ihre Denk- und Handlungsweisen und auf ihr Leben sich dabei entfalten und welche *Individualisierungsressourcen* es ihnen ermöglichen, der Dividualisierung mit einem nicht bloß reaktiv-taktischen, sondern *strategischen*, auf In-Dividualität und Herstellung oder Verteidigung von Kohärenz zielenden Handeln zu begegnen. Aus der zunächst verwirrenden Vielfalt der Wirkmodi und Effekte kristallisiert sich dabei heraus, dass es neben der konkreten, regional oder sogar individuell spezifischen Ausformung der äußeren Anforderungen vor allem die Stellung zu jenen Individualisierungsressourcen – Fähigkeit zur aktiven, kompetenzbasierten Selbst-Rekonstruktion als »Portfolio«-Individuum, Beruflichkeit, konventionalistische Orientierung an Subjektfiguren, familiäre Netzwerke – ist, von der die Wirkungen abhängen. Am Ende zeigt sich, welche Klassendifferenzen, also welche Ungleichheiten des Zugangs zu verschiedenen Individualisierungsressourcen, es im Raum der Teilnehmenden selbst bei einer so stark zielgruppenspezifischen Maßnahme schon anfänglich gibt und wie diese Differenzen von den Dividualisierungstechnologien KapUZes modifiziert werden, worin also die *Klassenpolitik dividualisierender Intervention* besteht.

© Campus Verlag GmbH

2. Warum »Aktivierung«?

Warum kam es eigentlich zu jenen diskursiven und technologischen Verschiebungen, jenen Modifikationen in der Struktur politischer Interventionsformen, die unter dem Schlagwort der »Aktivierung« zusammengefasst werden? Viele Studien, die sich vor allem für die Logiken und Auswirkungen der veränderten Politiken interessieren, begnügen sich damit, diese Verschiebungen einfach festzustellen (Ludwig-Mayerhofer u.a. 2009; Möller 2009; Dean 2007; Marston u.a. 2005) oder sie als politisch gesetztes Faktum hinzunehmen (wie der Großteil der arbeitsmarktpolitischen Evaluationsforschung – vgl. etwa FH Frankfurt/M. u.a. 2008; WZB/infas 2006). Die Frage nach dem Arbeitsmarkt und der Arbeitsmarktpolitik als Frage nach den Macht- und Klassenverhältnissen, nach Herrschaft und Ausbeutung zu stellen, wie ich es hier versuche, verlangt aber, zumindest eine Vorstellung davon zu haben, wie eine materialistische Erklärung für die erhebliche internationale Konjunktur von »Aktivierungs«programmen aussehen könnte – welche technischen Entwicklungen sie sowohl ermöglichten als auch zunehmend als notwendig erscheinen ließen, welche Verschiebungen der sozialen Kräfteverhältnisse sie erst denkmöglich und dann auch politisch mehrheitsfähig machten, kurz: mit welchen in den letzten Jahrzehnten stattgefundenen Veränderungen kapitalistischer Gesellschaften die aktuelle Konjunktur »aktivierender« politischer Strategien und Technologien verbunden ist. Ich will hier deshalb in einem ersten Schritt einige Bausteine einer strukturtheoretischen Erklärung anführen, die sich in regulationstheoretischen (2.1) und postoperaistischen Arbeiten (2.2) zum Formwandel des Kapitalismus nach dem Ende von dessen fordistischer Phase finden. Sie liefern Hinweise darauf, wie es zu der Dynamik des veränderten – kleinteiligen, kurzfristigen, fluiden – Zugriffs auf menschliche Arbeitskraft kam, von der das »finanzgetriebene Akkumulationsregime« (Boyer/Aglietta) bzw. der »Biokapitalismus« (Codeluppi 2008; Marazzi 2011) gekennzeichnet sind. Die Ermöglichung und Durchsetzung dieser zunehmend kleinteiligeren Zugriffslogik auf menschliche Potentiale lässt sich als treibender Imperativ hinter den »aktivierenden« Politikstrategien ausmachen. In einem zweiten Schritt ist sodann der entwickelte strukturtheoretische Erklärungsansatz seinerseits zu problematisieren (2.3), insoweit er als auf die Ökonomie fixierte kapitalismusanalytische Perspektive für sich allein nicht hinreicht,

© Campus Verlag GmbH

um die genuin soziale Dimension der Veränderungen zu erfassen, die sich seit den späten sechziger Jahren abgespielt haben. In Auseinandersetzung mit den Arbeiten von Bourdieu u.a. zum Wandel der Klassenreproduktionsstrategien der Eliten im organisierten Kapitalismus arbeite ich dann in den folgenden Abschnitten (2.4–2.5) heraus, dass und wie der Fordismus auch an *subjektive* Grenzen gestoßen war und wie dies dazu führte, dass Dividualisierung auch als aktiv verfolgte Strategie von Teilen der ökonomischen und kulturellen Eliten zu einer sozial wirksamen Kraft werden konnte, die ihrerseits zu einer zunehmenden *Vermarktlichung des Arbeitsmarkts* beitrug. Diese Vermarktlichung ist Resultat einer Gemengelage von mindestens drei – ökonomisch-politischen, technologischen und sozialen – Ursachenkomplexen, und sie geht auf allen drei Ebenen mit dividualisierenden Dynamiken einher (2.6). Politiken der »Aktivierung« lassen sich vor diesem Hintergrund als systematische Versuche der politisch gesteuerten Produktion von marktkonformen, weil dividualisierten, Subjektivitäten entschlüsseln (2.7/2.8).

2.1 Regulationstheorie: Unwiderrufliches Ende des Fordismus, Finanzialisierung und »funktionale« Dividualisierung

Die Ökonomen der französischen regulationstheoretischen Schule gehen für den Zeitraum nach dem zweiten Weltkrieg bis etwa zum Beginn der siebziger Jahre von einem – in den Industriestaaten Westeuropas und Nordamerikas – temporär relativ stabilen fordistischen Akkumulationsregime aus. Es war getragen von einem Klassenkompromiss, der sich auf die Formel *standardisierte Massenproduktion für standardisierten Massenkonsum* bringen ließ: In den industriellen Kernen war die – weit überwiegend männliche und autochthone – Arbeiterschaft zwar in eine hoch automatisierte Form der Arbeitsorganisation mit einem hohen Grad an Fremdbestimmung und Belastungen eingespannt, erhielt dafür aber eine kollektiv ausgehandelte und institutionell garantierte, gegen Risiken abgesicherte materielle Gratifikation, die nicht nur die vollwertige Bürgerschaft in der nationalen Arbeitsgesellschaft, sondern auch ein steigendes Konsumniveau der ganzen Familie des Arbeiters sicherstellte. Die Integration der Arbeitskräfte über den Konsum sicherte im Gegenzug den Unternehmen nicht nur ein hohes Maß an politischer Stabilität, sondern zudem auch eine außerordentlich stetige, im Gleichschritt mit Produktivität und Löhnen konstant steigende Binnennachfrage, also einen von geringen Nachfrageschwankungen und dauerhaftem Wachstum gekennzeichneten Absatzmarkt. Was so bewerkstelligt wurde, war die (in dieser Form begrenzte und temporäre) »Integration der Arbeiter-

© Campus Verlag GmbH

schaft in das Innerste der Zirkulation der unter dem Antrieb des Kapitalismus produzierten Reichtümer« (Aglietta 2000: 27).

Organisationale Plattform dieser Integration waren die Großunternehmen des industriellen Sektors – Montan- und Chemieindustrie, Automobilbau – und die großen Staatsbetriebe, in denen Beschäftigte standardisierte Berufe erlernen, entlang vorgezeichneter Karrierewege aufsteigen und aus denen sie am Ende ihrer normalisierten Erwerbsbiographie in den Ruhestand gehen konnten. Politisches Korrelat dieses »Kapitalismus der Organisation« (Aglietta 2000: 29) war ein expandierender Wohlfahrtsstaat, der die in den ökonomischen Strukturen hergestellte Ähnlichkeit der Lagen und die Stabilität der Lebensumstände auch gesellschaftlich umsetzte, indem er die Angehörigen der Arbeitsgesellschaft durch kollektive Rechtsansprüche gegen Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit absicherte und ein Alter in (bescheidenem) Wohlstand garantierte. Die Fähigkeit des Staates, diese Garantien zu geben, beruhte ebenfalls auf den konstant hohen Wachstumsraten und dem historisch beispiellosen Reichtum, der dadurch als Verteilungsmasse zur Verfügung stand, weshalb Robert Castel ihn als »Wachstumsstaat« bezeichnet (Castel 2000: 326). Dieser war nicht nur vom Wachstum *abhängig*, insofern die anhaltende Expansion der Güterproduktion und der Absatzmärkte seine zentrale Voraussetzung war, sondern er *erzeugte* zugleich auch kollektive Dispositionen einer Wachstums*gesellschaft*, die ihren inneren Zusammenhalt durch die staatlich organisierte Vermittlung des wachsenden Wohlstands gewann. Das betrifft zwei zentrale Dimensionen: Das Verhältnis der Einzelnen zur Gesellschaft und das Verhältnis der Einzelnen zu ihrer eigenen Zukunft.

1. Indem der Wachstumsstaat die Mitglieder der Arbeitsgesellschaft mit (mehr oder weniger) universalisierten, institutionell garantierten Rechten auf bestimmte Leistungen ausstattete, gewährte er den Einzelnen legitime Ansprüche auf Unterstützung, die nicht von Wohlwollen oder Mitleid abhängig, sondern der Gesellschaft gegenüber einklagbar waren. Ob nun als rein »individuelles Recht« oder als ein das Recht des Individuums in den Dienst des gesellschaftlichen Zusammenhalts stellendes »soziales Recht« (Lessenich 2008: 92), darüber ließe sich streiten, in jedem Fall aber als ein *Recht*.
2. Mit diesem Recht nun – ebenso wie mit den tariflich abgesicherten regelmäßigen Lohnerhöhungen – gewährte die Arbeitsgesellschaft ihren Mitgliedern »Wechsel auf die Zukunft« (Castel 2000: 326): Weil die äußeren Bedingungen der individuellen Lage stabil waren und das dauerhafte Wachstum eine konstante weitere Verbesserung derselben quasi zu garantieren schien, erlangte die breite Masse der Lohnabhängigen eine Form des Zugriffs auf die Zukunft, die ihnen zuvor verwehrt gewesen war. Das gilt sowohl individuell (durch das Versprechen plan- und berechenbarer Karrieren im Betrieb) als auch kollektiv: Wenn es immer wieder aufs Neue etwas zu verteilen gibt,

© Campus Verlag GmbH

dann muss der Aufstieg der eigenen Klasse oder Berufsgruppe nicht in harten Konflikten gegen andere erkämpft werden, sondern er kommt von selbst. Somit trug der Zugriff auf die Zukunft zugleich auch zur politischen Befriedung bei – die geringe Intensität der politisch ausgetragenen sozialen Konflikte in den beiden Nachkriegsjahrzehnten ist bis heute legendär. Das *Wachstum* ermöglichte also in dieser Konstellation die Stabilisierung der Gegenwart mit Hilfe der Zukunft:

»Durch seinen Konsum, seine Investitionen in dauerhafte Güter, seine Inanspruchnahme von Krediten geht der Arbeitnehmer Tag für Tag von einem immerwährenden Wirtschaftswachstum aus und knüpft sein Schicksal ganz konkret an den unendlichen Fortschritt. In der Lohnarbeitsgesellschaft ist die Vorwegnahme einer besseren Zukunft in der Struktur der Gegenwart verankert« (Castel 2000: 326).

Die regelmäßigen Lohnerhöhungen, auf denen das Wachstum der Nachfrage in der Breite basierte, wurden ermöglicht durch das gleichzeitige Ansteigen der Produktivität der Arbeit, und sie wurden tarifpolitisch mit eben diesem Ansteigen begründet. Gerade das Produktivitätswachstum war es aber, so die regulationstheoretische Deutung, das die zeitweilig so stabile fordistische Konstellation an ihre immanenten Grenzen kommen ließ: Bis Ende der sechziger Jahre, so argumentieren Boyer (2010) und Aglietta (2000), war die Produktivität so weit gestiegen, dass ein wachsender Anteil der produzierten Waren am Binnenmarkt nicht mehr abgesetzt werden konnte: Die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung nach Häusern, Autos und Küchenmaschinen waren weitgehend gedeckt oder konnten mit einem abnehmenden Teil der produktiven Kapazitäten gedeckt werden, während die Produktivität aber weiter stieg. Dass dies zu einer Krise des fordistischen Regulationsmodus führte, war im Rückblick schon mit den ersten Anzeichen von Wachstumsschwäche in den späten sechziger Jahren klar, gelangte aber erst nach dem Schlüsselerlebnis des »Ölschocks« von 1973 und dem folgenden Wachstumseinbruch ins öffentliche Bewusstsein. Um angesichts der stagnierenden Inlandsnachfrage weiter wachsen zu können, musste die (in Westdeutschland ohnehin schon stark exportorientierte) Industrie ihre Absatzschwerpunkte weiter in Richtung Weltmarkt verschieben. Dabei war die Weltmarktposition der europäischen und nordamerikanischen Unternehmen zunächst stark, weil sie über erhebliche technologische Vorsprünge verfügten, doch brachte die stärkere Weltmarktorientierung einen stetig steigenden Druck auf die Löhne der Beschäftigten in international konkurrierenden Branchen mit sich, weil ein Teil der Konkurrentinnen nicht in fordistische Klassenkompromisse eingebunden waren, daher billiger produzieren konnten und technisch nach und nach aufschlossen. Gleichzeitig globalisierten sich im Zuge dieses – durch die Deregulierung der Güter- und Finanzmärkte politisch geförderten – Internationalisierungsschubs auch die Unternehmen selbst, strukturierten sich durch Expansion oder Fusionen und Übernahmen zu transnationalen Konzer-

© Campus Verlag GmbH

nen mit nachlassender Bindung an ihre geografische Herkunft um: »Produktion und Verteilung des Reichtums lösen sich vom Herkunftsterritorium ab« (Aglietta 2000: 47). Durch Errichtung oder Aufkauf von Produktionsstandorten in Ländern ohne fordistische Regulation konnten sie auch selbst direkt auf »billigere« Arbeitskräfte zurückgreifen und dadurch ihrerseits den Druck auf die Löhne der Beschäftigten an den europäischen Stammsitzen erhöhen. In volkswirtschaftlicher Perspektive verstärkte sich dieser nach innen gerichtete »Rückstoß« der Exportorientierung noch dadurch, dass es auf die Binnennachfrage weniger ankommt, wenn man die eigenen Produkte auch nach außen verkaufen kann. In diesen Entwicklungen sieht Boyer (2010) die Gründe dafür, dass die Löhne in Westeuropa in den letzten Jahrzehnten (real) gesunken sind und sich der fordistische Konnex zwischen Löhnen, Binnennachfrage, Unternehmensgewinnen und Produktivitätszuwächsen aufgelöst hat: Die fordistische Konstellation hat sich aus ihrer inneren Logik heraus so entwickelt, dass sie ihre eigenen Voraussetzungen auffraß und schließlich, mit dem Siegeszug »neoliberaler« Politikkonzeptionen in den achtziger und neunziger Jahren (vgl. etwa Harvey 2005), von der Kapitalseite aufgekündigt werden konnte.

Hinzu kommen allerdings als ein entscheidender Faktor auch die Auswirkungen der Deregulierung und darauffolgenden enormen Expansion der globalen Finanzmärkte seit den frühen siebziger Jahren. Die wegen der Kosten des Vietnamkriegs erforderlich gewordene Aufhebung der Goldbindung des US-Dollar (Graeber 2011a: 361ff.), die systematische Förderung der dadurch möglich gewordenen Spekulationen mit Devisen und Finanzderivaten als angeblicher Stabilisierungsmechanismen der daraus resultierenden Marktschwankungen (Vogl 2010: 87ff.) sowie die Entwicklung der Informationstechnologien bewirkten zusammen eine extreme Dynamisierung der weltweiten Finanzbewegungen, die massive Auswirkungen auf Struktur und Organisationsform der gesellschaftlichen Produktion entfaltete. Die Finanzialisierung wirkte als Katalysator, ja als regelrechter »Brandbeschleuniger« der Erosion des Wachstumsmodells: Orientierung am umkämpften Weltmarkt, wachsende Bedeutung von Börsenwerten und Kapitalrenditen und veränderte Gratifikationsmodi des Managements (Boyer 2005: 9ff.) bedingten das Aufkommen derjenigen unternehmerischen Governanceformen, die unter dem Schlagwort »Shareholder Value« zusammengefasst werden. Weil Aktien immer kurzfristiger gehandelt werden konnten und eine wachsende Zahl von Investorinnen zugunsten kurzfristiger Kursgewinne von den bis dahin üblichen langfristigen Anlagestrategien abrückte, stieg der Druck auf das Management, sie zu bedienen, indem Kosten gesenkt und so die Renditen für die Anteilseignerinnen gesteigert wurden. Zudem wurde die Orientierung an der Rendite auch dadurch gefördert, dass die Interessen des zuvor zwischen den Gewinnansprüchen der Anteilseignerinnen und den Stabilitätsinteressen der Belegschaft gespaltenen Managements durch Ge-

© Campus Verlag GmbH

winnbeteiligungen und die teilweise Umstellung der Vergütung auf *stock options* auf die Linie der *shareholders* gebracht wurden. Schauplatz der intensivierten globalen Konkurrenz sind nun folglich nicht mehr nur und nicht einmal mehr in erster Linie die Güter-, sondern vor allem die Finanzmärkte, auf denen Unternehmen sich im Wettbewerb um die Gunst von Investorinnen befinden, auf die sie für die eigene Handlungsfähigkeit angewiesen sind. Weil diese auf dem deregulierten Kapitalmarkt ihr Geld nach Belieben anlegen und wieder abziehen können, muss ihnen ständig durch das gegenwärtige Managementhandeln ein Eindruck von der *Zukunft* des Unternehmens vermittelt werden, der hohe Gewinnerwartungen als realistisch erscheinen lässt und nach Möglichkeit noch steigert. Weil über die Zukunft aber niemand etwas wissen kann, was über die hypothetische Verlängerung des Wissens über Gegenwart und Vergangenheit hinausgeht, wohnt den auf der Basis des verfügbaren Wissens über das Unternehmen und der daraus abgeleiteten Vermutungen über dessen zukünftige Entwicklung getroffenen Investitionsentscheidungen immer ein Aspekt der Unsicherheit und des Wettens auf eine bestimmte Version der Zukunft – eben ein *spekulatives* Element – inne:

»Die finanzielle Vermittlung katapultiert das Kapital in die Zukunft gemäß der Spekulation über den weiteren Gang der Akkumulation. Die Logik des Finanzsektors trotzt der Ungewissheit, um die ökonomische Zeit zu erschaffen, in die sich die kapitalistischen Projekte einschreiben, und um die besonderen Risiken auf sich zu nehmen, die sich aus der großen Vielfalt der Wetten der Unternehmen ergeben. […] Die finanzielle Logik wird durch den Teufelskreis der Selbstreferenz bedroht, weil sie Information aus der Information herstellt. Dieser Prozess kann jederzeit in bloße Spekulation ausarten, die losgelöst ist von den realen Produktionsverhältnissen, und unruhestiftende Erscheinungen hervorrufen: spekulative Blasen, Überreaktionen, parasitäre Haltungen.« (Aglietta 2000: 48)

Es geht bei der Spekulation also niemals um die »realen«, gegenwärtig vorhandenen materiellen und immateriellen Werte, aus denen das Unternehmen besteht, sondern immer darum, welche Renditen die Investition in der Zukunft abwerfen wird – und als Kriterium hierfür dienen angesichts der fundamentalen Unsicherheit über die Zukunft immer die eigenen Erwartungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung, die Erwartungen anderer potentieller Anlegerinnen und die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung jener Erwartungen (Vogl 2010). Das heißt: Die Erschaffung der »ökonomischen Zeit«, die die Erwartung zukünftiger Gewinne in Form von durch das Wettgeschehen ausgelösten Kursgewinnen zu realen gegenwärtigen Profiten zu machen erlaubt, ermöglicht unter den volatilen und extrem risikobehafteten Bedingungen des Finanzmarkts den Anlegerinnen jenen *Zugriff auf die Zukunft*, den zuvor auf rechtlich abgesicherte und kalkulierbare Art und Weise die institutionellen Ordnungen von Großunternehmen, Tarifvertrag und Wohlfahrtsstaat den in die Lohnarbeitsgesellschaft integrierten Individuen eingeräumt hatten.

© Campus Verlag GmbH

Wie gezeigt hängen Finanzialisierung, Druck auf die Löhne, Beschäftigungsabbau und der schleichende Verlust der wohlfahrtsstaatlichen Kollektivgarantien im Kern miteinander zusammen, so dass es nur allzu logisch scheint, hier eine *Enteignung der Zukunft* der Masse der Arbeitenden und ihre gleichzeitige *Aneignung* durch reiche Investorinnen zu erkennen. Allein: Der Blick auf die Struktur der Anlegerinnen an den internationalen Finanzmärkten offenbart, dass sich hier von einer solchen »Ausbeutung der arbeitenden durch die kapitalistische Klasse« nicht ohne weiteres sprechen lässt. Unter den wichtigsten institutionellen Investorinnen befinden sich nämlich – und hierin liegt ein entscheidendes trojanisches Pferd des Shareholder-Value-Regimes – auch die großen amerikanischen und zunehmend auch europäische Rentenfonds, die Verwalterinnen der kapitalisierten Altersversorgung auch jener Gruppen von Beschäftigten sind, deren Löhne durch die Orientierung der Unternehmensführungen am Shareholder Value immer stärker unter Druck geraten (sowie Investmentfonds, in denen diese aus freien Stücken ihre Guthaben anlegen). Vermittelt über die Fonds – und oftmals, ohne das überhaupt zu wissen – investieren also die Beschäftigten als virtuelle kollektive Akteure selbst in die Unternehmen, die sie beschäftigen, und stützen mit ihren Ersparnissen die renditeorientierten Strategien der Fonds als Finanzmarktakteure, durch die die Unternehmen zu Kostensenkungs- und Renditesteigerungsaktivitäten, oftmals ihrerseits gestützt durch riskante spekulative Manöver an den Finanzmärkten, veranlasst werden: Die Fonds versorgen als Anteilshalterinnen das Unternehmen mit Kapital, operieren dabei aber mit der ständigen Drohung eines Kapitalabzugs, wenn die erwarteten, häufig zweistelligen Zielrenditen nicht erreicht werden (vgl. Aglietta 2000: 48ff.). Das Ergebnis dieser von Ökonominnen als »democratization of finance« (Shiller 2007; kritisch Ertürk u.a. 2007) gefeierten Konstellation besteht im Extremfall darin, dass es – vermittelt über Fonds und Kapitalmärkte – die Beschäftigten eines Unternehmens selbst sind, die im Interesse ihrer Alterssicherung von der Führung desselben Unternehmens radikale Kostensenkungsstrategien fordern (lassen), durch die sie Teile ihres Lohns oder sogar ihren Arbeitsplatz verlieren. Dieses zunächst in den USA zu beobachtende Dilemma reproduziert sich auch in den europäischen Ländern, in denen seit den neunziger Jahren ebenfalls kapitalgedeckte Rentensysteme eingeführt wurden – in Deutschland durch die von der rot-grünen Regierung eingeführte und unter Verweis auf den »demografischen Wandel« für alternativlos erklärte kapitalgedeckte Säule der Altersversorgung, die sogenannte »Riester-Rente«.

Boyer (2010: 350; vgl. auch 2005: 19f.) erklärt mit Bezug auf diese Folgen der Finanzialisierung, warum das Konsumniveau in den europäischen und nordamerikanischen Arbeitsgesellschaften bis dato stabil geblieben ist – und liefert dabei zugleich einen ersten Hinweis auf die dividualisierenden Dynamiken des nachfordistischen Kapitalismus. Denn da, wo der Fordismus eine relative

© Campus Verlag GmbH

strukturelle Homogenisierung der Lagen von Lohnabhängigen bewirkt hatte – Castel spricht von einer »Gesellschaft der Ähnlichen« (2005: 44) bzw. einem »Kontinuum von Positionen« (2011: 13) – erzeuge die von der finanzialisierten globalen Ökonomie hervorgebrachte Ordnung eine *Fragmentierung von Identitäten*. Das betrifft nicht nur eine Ausdifferenzierung und Hierarchisierung der formellen Beschäftigungssituation in »Selbstunternehmerinnen«, relativ stabile Normalarbeitsverhältnisse und verschiedene Stufen mehr oder weniger prekärer atypischer Arrangements, sondern auch neue Spaltungen zwischen divergierenden Interessenpositionen *im* »In«dividuum: Auch wenn Arbeiterinnen in den vormals fordistischen Industriestaaten *als Produzentinnen* real Lohnverluste hinnehmen müssten, bedeute das so lange noch keinen Statusverlust, wie sie über den Weltmarkt zugleich *als Konsumentinnen* von fallenden Preisen für in China oder anderen Niedriglohnökonomien hergestellte Produkte profitieren.[18] Zugleich ermunterte die Finanzialisierung jedenfalls bis 2008 zu einem zunehmenden Konsum »auf Pump«: Weil der Wert der kapitalgedeckten Rentenversicherungen (u.a. aufgrund der eigenen Lohneinbußen) mit den Börsenwerten stieg, sich der wahrgenommene eigene Wohlstand also vergrößerte, und zudem die Immobilienpreise scheinbar unendlich stiegen, erschien die Aufnahme von Krediten kaum noch als ein Risiko. In dem Glauben an eine problemlose Refinanzierung verschuldeten sich Arbeitnehmende in den USA und einigen europäischen Ländern in rapide wachsendem Umfang und konnten auch darüber einen Lebensstil (weiter) finanzieren, der vom Lohnniveau nicht (mehr) gedeckt wurde (vgl. hierzu schon Boyer 2000: 120). Indem sie auf diese Weise eine dritte Teilidentität als »Ponzi speculators« (Boyer 2010: 351) also Teilnehmerinnen an einem Pyramidensystem der Spekulation auf eine nicht einlösbare Zukunft, annehmen, werden Arbeitnehmende (jedenfalls vorübergehend) auch zu Profiteurinnen der Ökonomie der Finanzmärkte – eine Rolle, in der ihre Interessen denen, die sie *als Lohnarbeiterinnen* haben, widersprechen. Durch die Subprime-Krise von 2007ff. ist dieser Traum zwar vorerst geplatzt, doch Boyer befürchtet das Entstehen weiterer Blasen, weil mit der Rettung der Banken auch deren Personal und seine Praktiken geschützt worden seien und ein Teil auch der Lohnabhängigen nach wie vor hoffe, auch weiterhin den eigenen Lebensstandard auf diese Weise sichern zu können:

18 Dieses »Walmart accumulation regime« (Boyer 2010: 350) – man könnte analog auch ein »Aldi-Akkumulationsregime« postulieren – lässt sich für den gegenwärtigen Zeitpunkt als Bestandteil eines neuen, allerdings nur temporär aufrechtzuerhaltenden Klassenkompromisses deuten: Einem Großteil der Lohnabhängigen werden zwar als Folge des internationalen Wettbewerbs Reallohnverluste und Prekarisierung zugemutet, doch führt dies bislang weder zu Verarmung noch zu politischer Instabilität, weil sich aufgrund des – ebenso von den globalen Konkurrenzverhältnissen erzwungenen – Sinkens der Preise für viele Konsumgüter der gewohnte Lebensstandard (noch) aufrechterhalten lässt.

© Campus Verlag GmbH

»On the one side, the general population is now realizing the predatory nature of Wall Street at its zenith, but on the other side, some would dream to enjoy again such easy access to credit to sustain their standards of living, access which has negatively been affected by the recession and the restructuring. In a sense, a fraction of wage-earners is ready again to embark on the pursuit of the dream sold by financiers: getting rich quickly without understanding why.« (2010: 351)

Halten wir an dieser Stelle drei Punkte aus der Auseinandersetzung mit der regulationstheoretischen Sicht als wichtige Voraussetzungen des Folgenden fest:

1. Der fordistische Klassenkompromiss, und mit ihm der von Castel als »Wachstumsstaat« charakterisierte Wohlfahrtsstaat dieser Phase, sind unwiederbringlich dahin. Die ökonomische Konstellation des Fordismus hat durch ihre eigenen Effekte ihre Voraussetzungen aufgehoben und kann nicht wieder hergestellt werden.[19] Für meine Frage nach den Ursachen veränderter arbeitsmarktpolitischer Strategien bedeutet das zunächst, dass es strukturelle Gründe gibt, aus denen das durch den Wohlfahrtsstaat gegebene Versprechen der Integration in die Arbeitsgesellschaft als Recht oder als »Sozialeigentum« (Castel 2000, 2011) – und damit auch die kollektiven Dispositionen des Verhältnisses zur Gesellschaft (als Rechtssubjekt) und zur eigenen Zukunft (als greif- und gestaltbarer) – nicht mehr in der gleichen Form aufrechterhalten werden kann. Diese strukturellen Gründe gehen politischen Entscheidungen zwar nicht einfach nur voraus (sie wurden etwa von der politischen Entscheidung zur Liberalisierung der Finanzmärkte entscheidend mit geschaffen) und determinieren sie auch nicht, sie sind aber ebenso wenig auf politische Diskursverschiebungen oder Hegemoniewechsel zu reduzieren: Es war unumgänglich, dass es nach dem Ende der fordistischen Ära zu einem Paradigmenwechsel oder jedenfalls einer Neufundierung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik kommen musste, aber es ergibt sich aus diesen Analysen noch keine Strukturnotwendigkeit für ein bestimmtes neues Paradigma oder Fundament.
2. Schon die rein ökonomische Struktur der Einbindung der nachfordistischen Lohnarbeiterin in den Produktionsprozess und den Markt erlegt ihr eine innere Spaltung auf: In oberflächlich getrennten, aber strukturell miteinander verbundenen Sphären tritt sie als *produktiv Arbeitende*, als *Konsumentin,* als *am Finanzmarkt aktive Rentenanwärterin,* als *Immobilienspekulantin* und als *Steuerzahlerin* auf[20] – eine Segmentierung in diverse, sämtlich auf das ökonomische

19 Die Regulationstheorie spricht von einem »inneren Stoffwechsel« (»endometabolism«) sozialer Makrostrukturen, durch den jede temporär stabile ökonomisch-politische Konstellation aus sich selbst heraus notwendig ihre eigenen Existenzgrundlagen auflöse (Lordon 2002).

20 Das ist nicht auf die Erkenntnis von Theorien funktionaler Differenzierung zu reduzieren, dass Personen in unterschiedlichen gesellschaftlichen »Teilsystemen« in unterschiedlicher Funktion adressiert und auch so faktisch in verschiedene »Facetten« zerlegt werden (Luhmann

© Campus Verlag GmbH

Feld bezogene Teilidentitäten, die – und das ist das spezifisch neue – im finanzialisierten Kapitalismus nicht mehr widerspruchsfrei nebeneinander bestehen können, sondern teilweise vollkommen konträre Interessenlagen begründen, die sie nunmehr in ihrem persönlichen Lebenszusammenhang verarbeiten und mit Sinn versehen muss. Die Gewerkschaften, die in der »Gesellschaft der Ähnlichen« an ein Primat der Identität als Arbeitende anknüpfen und unter Bezug auf die bewusstseinsprägende Gemeinsamkeit der arbeitnehmerischen Lage und der Berufszugehörigkeit Solidarität organisieren konnten, geraten damit ins Hintertreffen, weil es ihnen nicht gelingt, von den Interessen der Beschäftigten *als Beschäftigte* zu abstrahieren und die verschiedenen Teilidentitäten mit ihren konträren Interessen in einem vereinheitlichenden, neue Formen von Solidarität und kollektiver Handlungsfähigkeit ermöglichenden Deutungsangebot zusammenzubringen. So sind die Einzelnen darauf angewiesen, ihrem Lebenszusammenhang *selbst* Sinn zu geben und Kohärenz zu verleihen. Castel (2005: 56ff.; 2011: 17ff.) und Aglietta (2000: 51ff.) interpretieren das als einen *Individualisierungs*schub – womit sie fraglos Recht haben, solange man Individualisierung mit »Entkollektivierung« (Castel) gleichsetzt: Die Gewerkschaften und die anderen Institutionen der Lohnarbeitsgesellschaft haben nicht mehr die Kraft, eine Kollektivität herzustellen, in die die Einzelne eingebunden ist und die sie schützt. Die Fragmentierung der Identitäten ist aber mehr als das, denn sie lässt ja das »In«dividuum eben nicht als vereinzeltes, aber intaktes stehen, sondern zerlegt es in unterschiedliche, teilweise im Widerspruch zueinander befindliche Teile und trägt ihm selbst die Aufgabe an, derart fragmentiert zu leben oder aber selbst eine Vermittlung der eigenen widerstreitenden Interessen zu leisten und den eigenen Lebenszusammenhang (und damit sich selbst) erst in-dividuell zu machen.[21]

3. Damit hängt etwas Drittes zusammen: Infolge des allgemeinen Zugangs zu spekulativen Kapitalanlagen und insbesondere der Kapitalisierung der Altersversorgung durch die Einführung von Pensionsfonds ist es gelungen, in einer Landnahme enormen Ausmaßes große Teile der Vermögen der Lohnabhängigen als spekulative Verfügungsmasse den Finanzmärkten zuzufüh-

1994). Es handelt sich hier nicht um eine Verortung in jeweils getrennten, eigenlogischen Sinnsphären, sondern im finanzialisierten Kapitalismus ist das »In«dividuum in mehreren Sektoren *eines* Feldes der Kapitalakkumulation und -zirkulation zugleich als Akteurin präsent.

21 Diese »funktionale« Dividualisierungsdimension führe ich hier eher der Vollständigkeit halber auf, um den Gesamtkontext dessen zu markieren, was ich »Dividualisierung« nenne. Sie wird im empirischen Teil dieser Arbeit jedoch keine Rolle spielen, weil sie am empirischen Gegenstand der arbeitsmarktpolitischen »Aktivierungs«technologien nicht untersucht werden kann und zudem für die befragten Jugendlichen, die sich erst als Mitglieder der Arbeitsgesellschaft zu etablieren versuchen, (noch) wenig Relevanz besitzt.

© Campus Verlag GmbH

ren.[22] Das bedeutet, dass das Eigentum an den Unternehmen – und damit verbunden sowohl Chancen auf Spekulationsgewinne als auch enorme Verlustrisiken – in einem zuvor undenkbaren Maße über (fast) den ganzen gesellschaftlichen Raum der vormals fordistischen Länder verteilt ist. In der Eigentumsordnung dieses finanzialisierten kapitalistischen Regimes lassen sich keine klaren Grenzen mehr zwischen besitzenden »Kapitalistinnen« und besitzlosen, ausgebeuteten Arbeiterinnen ziehen – die Gewichte beim Besitz sind zwar weiterhin zugunsten der größten Vermögen verteilt, doch ein einfaches Kriterium wie die »Stellung zu den Mitteln der materiellen Produktion« ergibt als Definition der Klassenlage keinen Sinn mehr. Das bedeutet überhaupt nicht, dass die Gesellschaft des finanzialisierten Kapitalismus keine Klassengesellschaft mehr ist – wohl aber, dass ein ihr angemessenes Konzept gesellschaftlicher Klassen sich nicht länger auf eine Analyse der Verteilung des *Besitzes an ökonomischen Kapitalien* im herkömmlichen Sinne zurückziehen kann.[23] Das ist für meine Fragestellung deshalb zentral, weil die zunehmend über den Markt und insbesondere den *Arbeits*markt vermittelten Herrschaftsmechanismen, denen ich auf der Spur bin und die sich in den Politiken der »Aktivierung« verdichten, nur als Formen einer enorm dynamisierten und auf der Verfügung über eine verwirrende Vielfalt an Produktionsmitteln beruhenden *Klassen*herrschaft verstanden werden können.[24]

---

22 Vgl. Boyer 2000. Marazzi weist darauf hin, dass ein gleichzeitig stattfindender analoger Landnahmeprozess mit den Reichtümern der Länder des globalen Südens vor sich geht (deren Zukunft damit in ähnlicher Weise enteignet wird – vgl. Graeber 2011a):

»Die Quellen, aus denen sich die Finanzialisierung heute speist, beschränken sich längst nicht mehr nur auf den Anteil des industriellen Gewinns, der nicht neu in Anlagen investiert wird oder in Lohnzahlungen fließt, sondern sie haben sich vervielfacht: Zu jenen klassischen Quellen kommen Gewinne aus der Rückführung von Dividenden und Lizenzeinkünfte aus direkten Auslandsinvestitionen, Zinserträge aus den Schulden der sogenannten Dritten Welt sowie Kapitalflüsse aus internationalen Bankdarlehen an Schwellenländer, Extragewinne aus Rohstoffgeschäften ebenso wie von Einzelnen oder Familien akkumulierte Geldvermögen, die auf den Wertpapiermärkten, in Pensions- oder Investmentfonds investiert werden.« (Marazzi 2011: 29)

23 Anders sieht es möglicherweise aus, wenn man stattdessen eine Definition von »Kapital« als Macht, genauer: als *Kontrolle* über erwartete zukünftige Erträge zugrunde legt, wie sie Nitzan und Bichler (2009) vorschlagen. Auch diese Konzeption richtet sich gegen die von der neoklassischen wie der marxistischen Theorie tradierte Reduktion von »Kapital« auf materielle Ressourcen und Anlagen und erlaubt damit grundsätzlich eine Berücksichtigung der Einbeziehung von nicht-materiellen Gegenständen wie von Subjektivitäten in den kapitalistischen Macht-/Verwertungszusammenhang. Da der damit einhergehende Begriff von Produktionsmitteln aber bisher nicht näher ausformuliert ist, ist schwer zu sagen, ob die dort gezogenen Schlussfolgerungen sich mit meinen eigenen vereinbaren lassen.

24 Dieser Punkt der Vervielfältigung der Kapitalformen würde eigentlich eine ausführliche Ausarbeitung verdienen, in der aufzuzeigen wäre, inwiefern das für den Handels- und Industriekapitalismus kennzeichnende Kapitalverhältnis, in dem der Wert abwechselnd die Formen »Geld« und »Ware« annimmt und sich in einer unendlichen, von der Zirkulation ausgehenden

© Campus Verlag GmbH

2.2 Postoperaismus: »Biokapitalismus« und die raum-zeitliche Dimension von Dividualisierung

In der postoperaistischen Argumentation kommt der Finanzialisierung der globalen Ökonomie eine noch zentralere Bedeutung zu als in der Regulationstheorie. Marazzi (2011) wendet sich in seiner Analyse der Finanzkrise gegen die Annahme der Vergleichbarkeit der aktuellen Finanzialisierungsdynamik mit früheren Schüben finanzieller Expansion am Ende von Akkumulationszyklen: Der Finanzialisierungsprozess der Weltwirtschaft sei diesmal so fundamental, dass die gewohnte Unterscheidung zwischen »realen« Produktions- und »fiktiven« Finanzprofiten irreführend geworden sei. Die Industrieunternehmen hätten sich selbst, ausgehend von der Notwendigkeit, ihre Profite trotz sinkender Akkumulationsrate durch eine Steigerung ihres Börsenwerts zu sichern, in einem so hohen Maße finanzialisiert und erzielten einen so großen Teil ihrer Profite am Finanzmarkt, dass es nicht länger gerechtfertigt sei, »Kapitalismus mit Industriekapitalismus zu identifizieren« (2011: 33) – eine an Giovanni Arrighi gerichtete Kritik, die aber auch gegenüber den regulationstheoretischen Ansätzen Gültigkeit beanspruchen kann. Es sei zudem nur bedingt richtig, nunmehr von einem »Finanzkapitalismus« zu sprechen, weil die Finanzialisierung vor allem als Symptom für eine noch größere Veränderung zu verstehen sei. Die Transformation des Kapitalismus, deren Teil sie ist, bestehe im Kern darin, dass die Produktionssphäre ihren Status als privilegierter Ort der Produktion des Werts verliere und die Verwertungsprozesse in die Gesamtheit des gesellschaftlichen Gewebes hinein diffundierten:

»In den vergangenen 30 Jahren hat sich […] eine richtiggehende Metamorphose der Art und Weise vollzogen, wie Mehrwert produziert wird. Die Verwertungsprozesse haben eine Transformation durchlaufen, die Produktion des Werts und die Extraktion der

---

Akkumulationsbewegung nach der Marxschen »allgemeinen Formel« G-W-G' selbst vermehrt (Marx 1962: 161ff.), durch die Veränderungen in der Struktur der Eigentumsverhältnisse und durch die (von der postoperaistischen Theorie zentral gestellte) teilweise Immaterialisierung der Kräfte der Werterzeugung seine Form wandelt und in modifizierter Form verstanden werden muss. Aus meiner Sicht liegt die Vermutung nahe, dass in dieser Konstellation die *Produktion von Subjektivität als inkorporiertem Wert*, die sich nicht (mehr) auf die *Reproduktion der Arbeitskraft* reduzieren lässt, zunehmend selbst einen spekulativen und auf Wertvermehrung angelegten Charakter annimmt und aus diesem systematischen Grund die Mittel der immateriellen Produktion von Wissen, Subjektivität und, allgemeiner, des Gesellschaftlichen überhaupt einen Status neuer Qualität erlangen: »today, cognitive capacity is becoming the essential productive resource« (Berardi 2009a: 34). Verfügung über diese Produktionsmittel gewähren eben jene Ressourcen, die die Voraussetzung einer erfolgreichen (Selbst-)Individualisierung darstellen und die Bourdieu – in diesem Kontext theoriesystematisch absolut angemessen – als kulturelles und soziales *Kapital* bezeichnet. Weil ein solches Vorhaben an dieser Stelle aber nicht im Ansatz angemessen zu unternehmen ist, begnüge ich mich damit, im Folgenden einige empirische Folgen dieses Formwandels des Kapitals aufzuzeigen.

© Campus Verlag GmbH

Mehrarbeit beschränken sich […] nicht länger auf bestimmte privilegierte Orte der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, sondern haben gewissermaßen die Fabrikmauern hinter sich gelassen und sind unmittelbar in die Zirkulationssphäre des Kapitals eingetreten […]. Im Zuge einer Ausweitung greifen die Prozesse der Produktion und Extraktion des Werts massiv auf die Reproduktions- und Distributionssphäre über – etwas, das, nebenbei bemerkt, Frauen seit langer Zeit sehr wohl kennen.« (Marazzi 2011: 50)

Als greifbare, erkennbar in der technologischen Entwicklung begründete Beispiele für dieses Überschwappen, die sich ausweitende Landnahme tendenziell aller gesellschaftlichen Beziehungen durch die Wertproduktion, nennt Marazzi die Inwertsetzung von Freizeitaktivitäten durch das Web 2.0 (dazu auch Terranova 2010) oder die »Koproduktion« (Marazzi 2011: 51f.) von Gütern und Dienstleistungen durch Kundinnen, wie sie etwa die Möbelhauskette IKEA praktizieren lässt, aber auch die ständig auf breiter Front vor sich gehende Aneignung von in unbezahlter Sorge- und Beziehungsarbeit verausgabter Zeit gehört hierher. Die durch diese verallgemeinerte Verwertung von menschlicher Tätigkeit organisierte *Akkumulation*, und nicht etwa eine aus marxistischer Sicht postulierte *Unterakkumulation*, sei die Quelle der enormen Werte, die der zeitgenössische Kapitalismus abschöpft, multipliziert und schließlich durch seine unausweichlichen Krisen wieder vernichtet. »Akkumulation«, so Marazzi weiter,

»ist nicht länger – wie noch zu Zeiten des Fordismus – identisch mit Investitionen in konstantes und variables Kapital (Lohn), sondern gründet im Gegensatz dazu auf Investitionen in außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses situierte Dispositive und Relationen, in denen Wert produziert wird.« (Marazzi 2011: 55)

Damit sind Profite nicht länger das Ergebnis produktiver *Arbeit* im engen Sinne, sondern das Wertverhältnis verallgemeinert sich so, dass tendenziell alle *Aktivitäten* der Menschen zum Anwachsen der Wertmenge beitragen – statt der Arbeitskraft wird das *Leben* als solches ausgebeutet, weshalb postoperaistische Autorinnen diese Formation als »Biokapitalismus« bezeichnen,

»jene Form, die sich durch ihre zunehmende Verflechtung mit dem Leben der Menschen auszeichnet. Früher rekurrierte der Kapitalismus in der Hauptsache auf Prozesse, in denen durch den Einsatz von Maschinerie oder auch durch unmittelbar körperliche Arbeit Ausgangsstoffe verarbeitet wurden; der Biokapitalismus hingegen produziert Wert nicht allein aus dem arbeitenden, als stoffliches Arbeitsmittel agierenden Körper, sondern es ist der Körper in seiner Gesamtheit, dem Wert extrahiert wird.« (Codeluppi 2008, zit. nach Marazzi 2011: 50f.)

Von hier aus lässt sich die Bedeutung erahnen, die Politiken der »Aktivierung« in dieser Konstellation zukommen muss: Im Sinne der Sicherstellung der Kapitalakkumulation erscheint sie nun schlicht als Notwendigkeit. Wenn es im Biokapitalismus nicht länger ausschließlich (Erwerbs-)Arbeit, sondern *Aktivität* überhaupt ist, die die an der Börse gehandelten Werte erzeugt, dann muss die

© Campus Verlag GmbH

Generierung von Aktivität auch zum vorrangigen Ziel einer an »Wachstum« (weiterer Expansion der Akkumulation) orientierten Politik werden.

Einen etwas anders gelagerten, den Zugriff auf Arbeitskraft in seiner nachfordistischen Form betreffenden Punkt steuert der postoperaistische Medientheoretiker Berardi (2009a) bei. Er stellt die *Prekarität* als kennzeichnende Bedingung der Existenz arbeitender Subjekte im gegenwärtigen Kapitalismus in den Mittelpunkt und bestimmt diese unter Bezug auf die lateinische Etymologie des Worts – es kommt von *precari*, was »bitten«, »anflehen« oder »beten« bedeutet – als den Zustand derjenigen, die nicht weiß, was morgen sein wird, sich keinen Zugriff auf die eigene Zukunft verschaffen kann, und der daher nur die Möglichkeit bleibt, für eine glückliche Wendung zu beten.[25] Seine Analyse der Prekarität der Arbeit nimmt ihren Ausgangspunkt zwar ebenfalls auf der Ebene der Entwicklung der Produktivkräfte, doch ihr Ausgangspunkt ist nicht die Finanzialisierung, sondern die massive Verbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und die von ihnen eröffneten technischen Möglichkeiten der Organisation von Arbeit. In formaler Hinsicht sei die um sich greifende Verbreitung unsicherer Arbeitsverhältnisse zunächst nichts anderes als die Wiederkehr der grundsätzlichen Prekarität kapitalistischer Lohnarbeit als einer strukturell von den Unwägbarkeiten des Marktes abhängigen, zukunftsunsicheren Lage, die in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts lediglich vorübergehend durch kollektiv erkämpfte Zugeständnisse des Kapitals an die arbeitende Klasse abgefedert werden konnte.[26] Neu seien aber die technischen und kulturellen Bedingungen, unter denen das geschehe – und damit auch die gesellschaftlichen Konsequenzen. Die »Digitalisierung des produktiven Zyklus« erlaube eine immer weitergehende Zerlegung der (immateriellen) Produktionsprozesse und ihre an maximal effizienter und reibungsloser Werterzeugung orientierte Neuverteilung in Zeit und Raum, und diese führe zur »dissolution of the person as active productive agent, as labor power« (Berardi 2009a: 32). Die informationstechnologisch ermöglichte Fragmentierung der Arbeitsvorgänge

25 Wenn *Entfremdung* als eine Störung der Weltaneignung definiert werden kann (Jaeggi 2005), dann lässt sich Prekarität in diesem Sinne als *Störung der Aneignung der Zukunft* bestimmen, mithin also als eine spezifische Form von Entfremdung: Was im eigenen Leben passiert (genauer: passieren wird), erscheint als getrennt vom eigenen Handeln, als den eigenen Bedürfnissen gegenüber indifferentes Ergebnis des Wirkens fremder Mächte, das durch eigenes Tun vielleicht partiell beeinflusst, aber nicht kontrolliert werden kann. Zu Prekarität als Entfremdung übrigens auch Bourdieu 2010a: 270.

26 Castel (2000; 2011) argumentiert mit seiner Annahme vom Verlust des »Sozialeigentums« und von der »Wiederkehr der Unsicherheit« in diesem Punkt genauso, bleibt aber anders als Berardi an dieser Stelle stellen und begnügt sich mit der Diagnose eines sozialen Problems, statt dieses mit den technischen und kulturellen Bedingungen seines Auftauchens in Verbindung zu bringen, was verlangen würde, es eben nicht als eine bloße »Wiederkehr« zu deuten, sondern es in Anbetracht der veränderten Umstände zugleich als etwas Neues anzuerkennen (Eversberg 2011b).

© Campus Verlag GmbH

treibe den Prozess der Abstraktion der Arbeit, ihrer Ablösung von für die Arbeitenden selbst sinnvollem und nützlichem Tun, auf die Spitze, so dass die Zeit der Arbeitenden nicht nur rein rechtlich (Marx 1962: 182), sondern auch praktisch und politisch in immer kleineren Einheiten handelbar werde:

»The atom of time of which Marx speaks is the minimal unit of productive labor. But in industrial production,[27] abstract labor time was impersonated by a physical and juridical bearer, embodied by a worker in flesh and bone, with a certified and political identity. Naturally capital did not purchase a personal disposition, but the time for which workers were its bearers. But if capital wanted to dispose of the necessary time for its valorization, it was indispensable to hire a human being, to buy all of its time, and therefore needed to face up to the material needs and trade union and political demands of which the human was a bearer. When we move into the sphere of info-labor there is no longer a need to have bought a person for eight hours a day indefinitely. Capital no longer recruits people, but buys packets of time, separated from their interchangeable and occasional bearers.« (Berardi 2009a: 32; vgl. auch 2009b: 191ff.)

Das Ziel sei dabei immer die Realisierung maximalen Profits bei minimalen Kosten, der alle Lebensinteressen der Arbeitenden untergeordnet werden:

»The time of work is fractalized, that is, reduced to minimal fragments that can be reassembled, and the fractalization makes it possible for capital to constantly find the conditions of minimum salary.« (Berardi 2009a: 33)

Hier lassen sich ohne viel Mühe die Folgen der Finanzialisierung als Triebkraft des Beschriebenen ins Bild zurückholen: Der Imperativ der Optimierung des Unternehmenswerts an der Börse ist es, der von den Unternehmen verlangt, alle technisch, rechtlich und organisatorisch umsetzbaren Möglichkeiten der Kostensenkung, konkret des möglichst zielgenauen Zugriffs auf genau die benötigten Fähigkeiten für genau den benötigten Zeitraum und zu den minimal möglichen Kosten zu nutzen. Die Konsequenzen reichen von Strukturentscheidungen großen Maßstabs, wie Standortverlagerungen und technischer Rationalisierung, bis hinunter auf die Ebene des mikrosozialen Zugriffs auf die Zeit der einzelnen Arbeitskräfte, der tendenziell so zu organisieren ist, dass er im Einklang mit den momentanen Bedarfen jederzeit kurzfristig möglich, aber nie mit langfristigen Verpflichtungen und fixen Kosten verbunden ist. Der Stand der Technologie ermöglicht es dabei, diesen Zugriff unter Verwendung des Internets effektiver zu koordinieren und mittels des Werkzeugs Mobiltelefonie auch in die Materialität von Raum und Zeit hinein lückenloser umzusetzen als das jemals zuvor möglich war: Theoretisch sind alle ständig erreich- und abrufbar, wenn die global vernetzte Verwertungsmatrix ihre Zeit braucht (Berardi 2009b: 193; 2009a: 33).

27 Genauer gesagt: Im organisierten Industriekapitalismus der fordistischen Ära.

© Campus Verlag GmbH

Berardi schildert das aus der Perspektive des Kapitals, aber er deutet damit zugleich auch an, was es aus der Sicht der Arbeitenden bedeutet: Nicht als ›ganze‹ Arbeitskraft mit der vollen eigenen Arbeitszeit ausgebeutet zu werden, unterwirft sie nicht nur einem zerstückelten und diskontinuierlichen Zeitregime, in dem sie je nach dem Bedarf der Kapitalseite unterschiedlich lange, nicht sinnhaft miteinander verbundene und von den eigenen Lebensbedürfnissen völlig getrennte Abschnitte ihrer Zeit verkaufen und den Rest ihres Lebens um diese von außen aufgezwungenen, kommodifizierten »packets of time« herum organisieren müssen. Damit verweist Berardi auf die zweite, die *raum-zeitliche Dimension* der dividualisierenden Dynamik, der Menschen sich in der gegenwärtigen kapitalistischen Formation ausgesetzt sehen: Im Interesse der Optimierung des Zugriffs auf die jeweils für den aktuellen Bedarf geeignetsten und zugleich billigsten »Humanressourcen« können sie ohne festen, dauerhaft vorhersehbaren Rhythmus an unterschiedliche Orte versetzt werden, an denen sie unterschiedliche Tätigkeiten zu verrichten haben. Die Formen, die das annimmt, sind vielfältig: Zwischen befristeten Beschäftigungsverhältnissen und Projektstellen von mehreren Jahren Dauer, für die jeweils in eine neue Stadt oder auch in ein anderes Land umgezogen werden muss, »Multijobbing« zur Sicherung des Lebensunterhalts, Leiharbeitsverhältnissen mit monate-, wochen- oder tageweise wechselnden Einsätzen in völlig unterschiedlichen Arbeitsbereichen und Formen von faktischer Tagelöhnerinnenarbeit im informellen Sektor gibt es unzählige Abstufungen. Teil der gleichen Entwicklung sind aber auch Formen der »flexiblen Arbeitszeitorganisation« innerhalb des Kernbereichs der – empirisch zwar weiter zahlenmäßig majoritären, aber eben nicht mehr »normalen« – »Normalarbeitsverhältnisse«, darunter Arbeitszeitkonten, Gleitzeit, »Vertrauensarbeitszeit« oder Telearbeit, sowie insbesondere in der Krise auch in der politisch subventionierten Form der Kurzarbeit.[28] Die entscheidende Ge-

28 Es gibt eine Vielzahl verdienstvoller arbeits- und industriesoziologischer Arbeiten, die man heranziehen könnte, um Berardis Argument auch empirisch in den unterschiedlichsten Facetten und unter unterschiedlichem theoretischem Fokus zu untermauern – genannt seien nur zur innerbetrieblichen »Flexibilisierung« die Arbeiten zur »Entgrenzung« (Kratzer 2003; Gottschall/Voß 2003; kritisch Wagner 2001; Minssen 2000) und »Vermarktlichung« von Arbeit (Sauer 2010; Bosch 2005); zu den Formen und Auswirkungen prekärer und den Rückwirkungen auf »Normalarbeit« die Befunde der Prekarisierungsforschung (Brinkmann u.a. 2006; Dörre 2006; Holst u.a. 2009; Castel/Dörre 2009; Kraemer/Speidel 2004; Pelizzari 2009; Reckinger 2010; Scherschel u.a. 2012) und zu den Zusammenhängen zwischen veränderten Strukturen von Erwerbsarbeit und Veränderungen »reproduktiver« Praktiken und Arrangements diverse Arbeiten aus der geschlechtersensiblen Arbeitsforschung (Jürgens 2009; Aulenbacher u.a. 2007). Wenn ich hier auf eine Auseinandersetzung mit dieser Literatur verzichte und stattdessen die theoretisierende Version Berardis ins Zentrum stelle, dann geschieht dies einerseits aus Platzgründen, andererseits aber auch, weil er mit seinem Verständnis von Prekarität als einer spezifischen, von der Logik des Kapitalismus erzwungenen Zeitstruktur aufzeigt, wie eine Reihe von Kernbefunden dieser Forschungen auf einen Nenner gebracht und in kapitalismusanalytischer Absicht gebraucht werden können.

© Campus Verlag GmbH

meinsamkeit all dieser Formen ist ihre entstetigende Zeitökonomie, die Auftrennung der Arbeitskraft in Serien von räumlich und inhaltlich voneinander ebenso wie von den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen isolierten »Zeitpaketen« ihrer Verausgabung, der sich alles andere im Leben unterordnen muss.

Der raum-zeitlich diskontinuierliche, inhaltlich nicht notwendig kohärente Zugriff auf die Zeit der Arbeitenden weist zudem in der Kontrastierung mit dem früheren »pauschalen« Kauf der Arbeitskraft der beruflich zertifizierten und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterin eine weitere Problematik auf: Weder der Beruf noch eine kollektive politische Identität sind in dieser Konstellation noch geeignet, den Arbeitenden ein kohärentes, in-dividuelles Selbstbild zu vermitteln. Auch in dieser Hinsicht werden sie – diesmal durch die wechselnde Zuordnung zu verschiedenen Tätigkeiten in Raum und Zeit – fremdbestimmt in unterschiedliche Einzelsegmente zerlegt, aus denen einen übergreifenden Sinn und eine zukunftsgerichtete Handlungsfähigkeit zusammenzusetzen sie allenfalls selbst leisten können. Es ist gar nicht nötig, den allzu totalisierenden Überschwang der Rede von der »Immaterialisierung« der Produktion und der Arbeit und vom »Semiokapitalismus« in den Arbeiten Berardis und anderer postoperaistischer Autorinnen zu teilen (dazu kritisch Graeber 2011b: 87ff.), um die Gültigkeit dieser Analyse anzuerkennen: Selbst dort, wo die praktischen Vollzüge und die Produkte der Arbeit weiterhin sehr materiell sind, so wird sich im empirischen Teil dieser Arbeit zeigen, spielt diese raumzeitlich dividualisierende Dynamik unabweisbar eine wachsende Rolle im Leben großer Gruppen von Beschäftigten.

Halten wir also fest: Auch *Prekarisierung*, verstanden als eine in ihren aktuellen Formen durch die Technologien von Internet und Mobiltelefonie ermöglichte und von den Imperativen des finanzialisierten Kapitalismus erzwungene Entstetigungs- und Fragmentierungsdynamik der Arbeit in räumlicher und vor allem zeitlicher Hinsicht, lässt sich deuten als eine Dimension der *Dividualisierung* der ihr ausgesetzten, einer diskontinuierlichen und den Zugriff auf Zukunft systematisch verbauenden Zeitstruktur unterworfenen Menschen.

2.3 Zwischenfazit: Die Grenze des Ökonomismus

An diesem Punkt gilt es innezuhalten und die bis hierher verfolgte Erkenntnisperspektive zu problematisieren. So bestechend die bis hierher referierten regulationstheoretischen und postoperaistischen Diagnosen der kapitalistischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte klingen mögen, müssen sie aus soziologischer Sicht doch als unbefriedigend gelten, weil als Begründungen für das Aufkommen eines Politikmusters viel zu abstrakt, auf Strukturlogiken fixiert und

© Campus Verlag GmbH

meilenweit entfernt vom Handeln und der Erfahrung konkreter Menschen, auf die es in einer qualitativen empirischen Studie wie der vorliegenden ankommt. Dieser Eindruck ist nicht nur berechtigt, sondern sogar gewollt, basiert er doch auf einer bewussten strukturalistischen Perspektivverengung und Fixierung allein auf die »objektive« Produktivkraftentwicklung, die ich mir bis zu dieser Stelle auferlegt habe. Dieses bewusste Aufsetzen ökonomistischer Scheuklappen dient einem epistemologischen Zweck: Wir haben gesehen, dass eine materialistische, ja ökonomistische Analyse »harter« Faktoren auf der Ebene der Entwicklung der Produktivkräfte, die von sozialer Praxis bewusst abstrahiert, durchaus einen erklärenden Hintergrund für das politische Geschehen, also das Aufkommen und den Siegeszug des »Aktivierungs«-Paradigmas, eröffnen kann. Allein: Erklärungsansätze bietet das Gesagte eigentlich nur dafür, *dass* unter veränderten kapitalistischen Strukturbedingungen auch veränderte Formen der Produktion des Sozialen erforderlich sind, die in der Absetzung von den inzwischen historischen fordistischen Figuren des »Massenarbeiters« und der »Hausfrau und Mutter« auch die subjektive Verfasstheit der Arbeitenden unter neue Voraussetzungen stellen. Deutlich ist der Bedarf an einem neuen Modus der politischen Problembearbeitung, aber *wie* dieser aussehen soll, lässt sich aus all diesen Analysen nicht ableiten.

So stark sie darin sind, zu benennen, was an der zeitgenössischen Struktur der Produktivkräfte neu ist: Strukturtheoretische Ansätze wie die hier referierten unterliegen einer grundsätzlichen Schwäche, die einem Gutteil der an Marx anknüpfenden Theorietradition immanent ist. Indem sie – gut materialistisch – aufzeigen, wie die gesellschaftliche Produktion in ihren Strukturzusammenhängen der menschlichen Existenz »bestimmte Formen und Dynamiken vorgibt und spezifische Hierarchisierungen sowie versachlichte Herrschaftsverhältnisse hervorbringt« (Meißner 2011), ermöglichen sie zwar eine Kritik dieser Herrschaftsverhältnisse, die über deren moralisches Anprangern hinausgeht. Damit verbleiben sie aber strukturell notwendig auf der Ebene einer augenscheinlichen Eigenlogik des Ökonomischen, was dazu verleitet, zu verkennen, »dass man mit der Kapitalismusanalyse noch keine Gesellschaftsanalyse geleistet hat« (ebd.), und die identifizierten Veränderungen der Produktivkräfte als umstandslos wirksames Movens gesellschaftlichen und politischen Wandels anzunehmen. Die Verkürzung ist eine doppelte: Zum einen ist es grundsätzlich problematisch, politische Strategien wie die der »Aktivierung« direkt aus der Produktivkraftentwicklung herzuleiten (Candeias 2005) und dabei tendenziell zu vergessen, dass diese nur vermittelt durch das Handeln von Menschen oder Gruppen von Menschen, die zu diesen Produktivkräften in unterschiedlichem Verhältnis stehen – sprich: durch Klassenhandeln – real werden. Und zum anderen wird die ökonomische Struktur des Kapitalismus, indem sie als Triebkraft gesellschaftlicher Veränderung dargestellt wird, in allzu einseitiger Kausalität zum

© Campus Verlag GmbH

Motor der Geschichte überhöht, weil in den Hintergrund gerät, dass und wie diese ökonomische Struktur selbst von nichts anderem hervorgebracht und aufrechterhalten wird (und auch von nichts anderem verändert werden kann) als vom alltäglichen wie außeralltäglichen, individuellen wie kollektiven Handeln der Menschen, die sie bevölkern – und das kann eben nicht einfach aus ihrer Entwicklungslogik hergeleitet werden. Es gibt keine Eigendynamik eines kapitalistischen »Systems«, die jenseits dessen läge, was wir alle jeden Tag tun, weil dieses Tun stets mehr und anderes ist als nur der Vollzug struktureller Zwänge – auch wenn sich seine Konsequenzen »hinter unserem Rücken« in Struktureffekte umsetzen, die ihrerseits unsere Handlungsbedingungen beeinflussen.

Es gilt also im nächsten Schritt der Suche nach einer Erklärung für das Aufkommen von »Aktivierung« auf das soziale Handeln scharf zu stellen. Welche auf ökonomisch-rationales Agieren nicht zu reduzierenden Strategien des (Klassen-)Handelns es waren, die das Ende der fordistischen Ära sowohl mit hervorbrachten als auch auf die veränderte Situation danach gestaltend reagierten, lässt sich konzeptionell an den Arbeiten Pierre Bourdieus zur französischen Klassenstruktur (Bourdieu 1982; Bourdieu u.a. 1981), empirisch für die (west)deutsche Gesellschaft an den Studien von Vester u.a. (2001; Vester 2006; Lange-Vester/Bremer 2006) zum Wandel der Milieustruktur nachzeichnen. Der fordistische Klassenkompromiss, so zeigen diese Untersuchungen, war schon vor dem Auftreten erster äußerer Anzeichen seiner Destabilisierung in einem schleichenden Prozess auch von innen her brüchig geworden[29]: Der Austausch »Akzeptanz entfremdender Arbeitsorganisation gegen Teilhabe am Konsum« mag in den Frühzeiten des organisierten Kapitalismus, als tayloristische Produktionsmodelle dem Stand der Technik entsprachen und Alternativen dazu nicht in Sicht waren, als begründender Kompromiss für die fordistischen Institutionen tragfähig gewesen sein – bis in die späten sechziger Jahre hatte er sich aber auch als Arrangement zwischen den Klassen tendenziell verbraucht: Der »Schub der Produktion langlebiger Konsumgüter« (Vester u.a. 2001: 395), der mit der Etablierung der fordistischen Konstellation durch die von ihr generierte Binnennachfrage selbst ermöglicht worden war, und der schnelle technische Fortschritt führten gerade in der Elektro- und Automobilindustrie und angrenzenden Branchen zu steigenden Ansprüchen an die Qualifikation der Arbeitskräfte, die zugleich mit größeren Autonomiespielräumen und stärker für Sinngebung geeigneten Arbeitsinhalten einher gingen. Gleichzeitig ging die Bereitschaft zur Übernahme harter und anspruchsloser Tätigkeiten so schnell zurück, dass schon ab Mitte der fünfziger Jahre Arbeitskräfte im Ausland angeworben wur-

29 Zur Ehrenrettung der Regulationstheorie sei gesagt, dass sie dies selbst auch anerkennt (Aglietta 2000: 31f.).

© Campus Verlag GmbH

den, um die Bedarfe der Unternehmen in den Grundstoffindustrien (Kunststoff, Metall, Chemie) und des Bausektors zu decken (Vester u.a. 2001: 394).[30]

Die Vorteile, die den in tayloristische Produktionsordnungen eingespannten Arbeitskräften aus dem fordistischen Kompromiss entstanden waren – Teilhabe am Konsum und das Bewusstsein der Greifbarkeit und Gestaltbarkeit der eigenen Zukunft – hatten in den Jahren des »Wirtschaftswunders« also sehr schnell dazu geführt, dass gerade die in den am stärksten entfremdenden Tätigkeitsbereichen beschäftigten Arbeitskräfte diese Situation nicht länger hinzunehmen bereit waren und sich nach oben orientierten. Dies gelang ihnen auch häufig, weil das gleichzeitige – teils staatlich finanzierte, teils von der Konsumnachfrage angetriebene – Wachstum der Büro-, Handels- und Dienstleistungstätigkeiten und die Expansion der avancierteren Industriesektoren vielfältige Möglichkeiten zu Wechseln oder intergenerationalen Aufstiegen boten. Parallel zu den Aufstiegsstrategien der männlichen Industriearbeiter waren es zudem Frauen aus allen sozialen Milieus, die sich mit der ihnen im Rahmen der fordistischen Konstellation zugewiesenen Rolle als »Hausfrau und Mutter« nicht abzufinden bereit waren und – wiederum vor allem in den Dienstleistungsbranchen und im staatlich finanzierten Sozialsektor – selbst an der (Lohn-)Arbeitsgesellschaft teilhaben wollten. Sie nahmen Erwerbsarbeit in den alltäglichen Zusammenhängen ihres Lebens als privilegierten Weg zu selbstbestimmter Lebensführung und gesellschaftlicher Partizipation wahr, und auch ihnen gewährte der Wohlfahrtsstaat soziale Rechte, auf die sie ihre Zukunftsvorstellungen gründen konnten.[31] Als abhängige Familienmitglieder konnten sie aber bisher lediglich vom kollektiven Statusgewinn nach außen hin profitieren, während sie sich innerhalb der Familie den Wünschen des Mannes und den Notwendigkeiten des Haushalts unterzuordnen hatten. Den Konflikt zwischen den verbal universalistischen Autonomieversprechen der Arbeitsgesellschaft und des Sozialstaats auf

30 Zweifellos waren zudem die Folgen zweier Weltkriege für diese Nachfragedynamik zentral mit verantwortlich: Die hohe Güternachfrage in den zwei Nachkriegsjahrzehnten war in den meisten europäischen Ländern auch auf die Notwendigkeit zurückzuführen, die vom Krieg zerstörten Infrastrukturen und sozialen Substanzen wiederherzustellen – eine häufig ignorierte zentrale Voraussetzung des »Wirtschaftswunders«. Anders gesagt: Die auf die rüstungswirtschaftliche Landnahme der 30er Jahre folgende »Landpreisgabe« des Krieges hatte so große Potentiale für neuerliche industrielle Landnahmen der »friedlichen« Art geschaffen, dass diese für einige Jahrzehnte sogar von einer relativen Dekommodifizierung der Arbeitskraft begleitet werden konnten (vgl. Lessenich 2008; Dörre 2009). Auch die virulente Unterversorgung mit männlichen Arbeitskräften war natürlich in hohem Maße dem Krieg geschuldet. Dennoch: Dass es bei der Anwerbung von »Gastarbeitern« von Anfang an um die untersten, unattraktivsten Beschäftigungskategorien ging, zeigt an, dass die Absetzbewegung der heimischen Arbeitskräfte von diesen Tätigkeiten – die für den organisierten Kapitalismus typische kollektive Aufwärtsbewegung – bereits eingesetzt hatte.

31 Wenn auch lange mit Einschränkungen – zu nennen sei etwa die bis in die siebziger Jahre gültige Abhängigkeit der Aufnahme einer Erwerbsarbeit oder der Eröffnung eines Bankkontos von der Zustimmung des Ehemanns.

© Campus Verlag GmbH

der einen und der oftmals als (reale oder drohende) Unterdrückung erlebten eigenen privaten Situation auf der anderen Seite verarbeiteten sie nun zunehmend, indem sie sich selbst von den familiären Erwartungen emanzipierten und Ausbildung, Studium oder Arbeit aufnahmen.

Nicht nur in ökonomischer, sondern auch in sozialer Hinsicht hatte der fordistische Klassenkompromiss also schon in den sechziger Jahren durch seine eigenen Auswirkungen die Voraussetzungen »aufgefressen«, auf denen er errichtet war. Spätestens die Protestbewegungen der späten sechziger Jahre – Studierenden- und Lehrlingsbewegung, neue Frauenbewegung – waren beredter Ausdruck dafür, dass wachsende Gruppen insbesondere in der jungen Generation der arbeitnehmerischen Milieus das Integrationsangebot der fordistischen Arbeitsgesellschaft für sich nicht länger als vorteilhaft ansahen und die ihnen angedienten Rollen als untergeordnete Befehlsempfänger in industriellen Großorganisationen oder als Hausfrau am Herd als inakzeptabel zurückwiesen.

Gleichzeitig setzte mit der ab dem Ende der sechziger Jahre verstärkt politisch geförderten Expansion der Bildungsinstitutionen auf allen Ebenen eine Dynamik ein, die auf genau diese Unzufriedenheiten zurückging und darauf angelegt war, den Konflikt zwischen den durch die kollektive Aufstiegsdynamik erzeugten gewachsenen Erwartungen an sozialen *Aufstieg*, aber eben auch an *Emanzipation* durch Bildung auf der einen und den hierarchisch erstarrten Institutionen auf der anderen Seite auf dem Wege einer sozialen Öffnung zu befrieden. Diese Öffnung war zwar für die Unternehmen im Ergebnis hoch funktional – sie trug entscheidend zu den folgenden raschen technologischen Fortschritten und damit auch zum späteren Status der BRD als »Exportweltmeisterin« bei – wurde politisch aber dennoch erst dann gegen die konservativen Eliten der Bundesrepublik durchsetzbar, als sie zum Gegenstand breit ausgetragener gesellschaftlicher Kämpfe geworden war und durch Wahlentscheidungen auch von einer Mehrheit indirekt gefordert wurde.[32] Das heißt: Die sich verstärkende Dynamik der zunehmenden Inanspruchnahme weiterführender Bildung und der Verbreitung höherer Bildungsabschlüsse – Vester geht so weit, von einer »Kompetenzrevolution« (Vester u.a. 2007; Vester 2011) zu sprechen – entsprach zwar rückblickend betrachtet dem Bedarf von Unternehmen und Verwaltungen an Arbeitskräften, die für die steigenden qualifikatorischen Anforderungen der Arbeit gerüstet waren. Politisch durchgesetzt wurde sie aber eben nicht durch den Druck der Wirtschaft – der »Sputnik-Schock« und die Befürchtungen einer »Bildungskatastrophe« (Picht 1965) führten in den sechziger Jahren nur zu zögerlichen Reformansätzen (Vester u.a. 2001: 395) – sondern als

32 Mit der Bildungsöffnung war allerdings, wie Vester (2004) betont, keine soziale Öffnung verbunden: Die vertikalen Ungleichheiten zwischen Klassen und Klassenfraktionen blieben erhalten oder verfestigten sich sogar, die suggerierte »Chancengleichheit« blieb, wie am französischen Beispiel schon von Bourdieu und Passeron (1971) beschrieben, eine Illusion.

© Campus Verlag GmbH

tatsächlich weitreichende Reform erst durch eine breite gesellschaftliche Bewegung, die sich auf Emanzipation richtete und sich schon während der ganzen sechziger Jahre auf alltagspraktischer und im Gefolge von 1967/68 auch auf politischer Ebene artikulierte.

Diese Bewegung war zwar selbst erst von den Zeitstrukturen und Partizipationschancen der fordistischen Industriegesellschaft ermöglicht worden, suchte die den Einzelnen von dieser Gesellschaftsordnung auferlegten Begrenzungen und Bevormundungen aber zugleich in emanzipatorischer Absicht in Richtung von mehr (und *anderer*) Partizipation und Selbstbestimmung zu überwinden (vgl. Vester u.a. 2001: 79).[33] Ihre Kritik an den entfremdenden Tendenzen der Arbeit in Fabrik und Büro und an den entmündigenden Anwandlungen des Wohlfahrtsstaats ist in den letzten vier Jahrzehnten, wie bei Boltanski und Chiapello (2003; vgl. auch Lessenich 2008: 75ff.) nachzulesen, in weiten Teilen durch die kapitalistischen Dispositive assimiliert und in erneuerte kapitalistische Funktionslogiken – und zwar auch und gerade die der »Aktivierung« – integriert worden. Hier, bei dieser Welle vom Fordismus selbst hervorgebrachter anti-fordistischer Subjektivierung, gilt es also anzusetzen, um in einem zweiten, diesmal soziologisch fundierten Durchgang durch die Geschichte des Nachkriegskapitalismus die hinter dem politischen Schwenk zur »Aktivierung« stehenden Kräfte *in ihrer sozialstrukturellen Dimension* zu erhellen. Als interpretative Richtschnur dieses Unterfangens dienen mir die Arbeiten Pierre Bourdieus zur Klassenreproduktion im Frankreich der Nachkriegszeit – und zwar weniger das auf die Praktiken des Kulturkonsums fokussierte Monumentalwerk *Die feinen Unterschiede* (Bourdieu 1982) als vielmehr die weitgehend vergessenen, in deutscher Sprache als *Titel und Stelle* (Bourdieu u.a. 1981) erschienenen Vorstudien, in denen die »Reproduktion sozialer Macht« gerade im Verhältnis zwischen Bildungsinstitutionen und Arbeitsmarkt untersucht wird.

2.4 Klassenreproduktion im Übergang zum organisierten Kapitalismus

Die Analysen Bourdieus und seiner Mitarbeiterinnen nehmen ihren Ausgang bei der Neuorganisation der Wirtschaftsstruktur im Übergang vom Eigentümer- zum organisierten Kapitalismus, der Ende des 19. Jahrhunderts begann und sich

33 Ganz ähnlich auch die postoperaistische Deutung:

»The process of the becoming autonomous of workers away from their disciplinary role has provoked a social earthquake which triggered capitalist deregulation. The deregulation that entered the world scene in the Thatcher-Reagan era can be seen as the capitalist response to the autonomization from the disciplinary order of labor.« (Berardi 2009a: 76).

© Campus Verlag GmbH

spätestens nach dem zweiten Weltkrieg flächendeckend durchsetzte. Dieser führte zu einer zuvor ungekannten Verflechtung und gegenseitigen Abhängigkeit der Unternehmen (Bourdieu u.a. 1981: 24f.), die mit der Ablösung der »personalen Herrschaft« des Unternehmers durch eine »strukturelle Herrschaft« (ebd.: 38) im Zuge eines Prozesses der Bürokratisierung einherging.[34] Demnach

»beruht der neue Organisationsmodus auf der Unterscheidung zwischen den institutionalisierten Positionen, deren Systemzusammenhang den Unternehmensapparat bildet,

34 Es mag mit Recht befremdlich erscheinen, dass ich erst einfordere, das Handeln der Menschen ohne ökonomistische Verkürzungen zentral zu setzen, um dann doch direkt wieder beim fordistischen Unternehmen anzusetzen: Ist nicht die Herleitung von Klassenstrategien aus den Strukturveränderungen der Unternehmen selbst eine verkürzte, weil produktivistische – auf der Gleichsetzung der Produktivkräfte mit den *industriellen* Produktionsmitteln beruhende – Argumentation? Zunächst mal: ja. Allerdings geht es hier um die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, und für eine Phase, in der jedenfalls anfangs noch großer materieller Mangel herrschte und die Wiederherstellung zerstörter Substanzen für mehrere Jahrzehnte vordringlich blieb, erscheint es doch gerechtfertigt, der Sphäre der industriellen Produktion analytisch einen höheren Stellenwert einzuräumen, als das für heute akzeptabel wäre. Im Vorgriff auf eine Terminologie, die erst im übernächsten Kapitel entwickelt wird, ließe sich die fordistische Konstellation zugespitzt als ein Dispositiv interpretieren, das das Wachstum der industriellen Produktivität kanalisierte, um die schnelle und effiziente Bedienung der Lebensbedürfnisse der Menschen (Interesse der »Arbeit«) und die Wiederherstellung zerstörter materieller und sozialer Infrastrukturen (Interesse des Staats) bei gleichzeitig steigenden Akkumulations- und Profitraten (Interesse des Kapitals) miteinander zu vereinbaren – daher die typisch tripartistische Struktur der fordistischen Arrangements. Der Fordismus *war* produktivistisch, weil es mit der zentralen Funktion der Produktivität in diesem Dispositiv einen materiellen Grund gab, aus dem die Industrie in diesen Jahren eine zentrale Stellung im gesellschaftlichen Gefüge einnahm. Dieser immanente Produktivismus wurde zudem durch die vom »Wachstumsstaat« organisierten Formen der Produktion des Sozialen zur Grundlage des Zusammenhalts der gesamten Gesellschaftsformation gemacht: Der Wohlfahrtsstaat produzierte die »Industriegesellschaft«, indem er die Produktivität der Industrie politisch als zentralen Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts installierte – deshalb war sie eben nicht nur eine *Gesellschaft mit Industrie*, sondern eine ihrer eigenen inneren Logik nach *industrielle Gesellschaft*. Inzwischen hat sich dieser Nexus aber, wie oben beschrieben, kraft seines eigenen Erfolgs aufgelöst. Weil die industrielle Produktivität in den westeuropäischen Gesellschaften ihren zentralen Stellenwert verloren hat (was eben nicht bedeutet, dass die industrielle Produktion gar keine Rolle mehr spiele – vgl. etwa Vester 2011: 636f.), kann die Entwicklung der industriellen Produktionsstrukturen – da hat die Kritik recht – nicht mehr in gleicher Weise als erklärender Faktor für post-produktivistische Formen der Regulation des Sozialen herangezogen werden. Es genügt auch nicht, sich nunmehr auf den Dienstleistungssektor als seither expandierendes Feld formeller Beschäftigung zu stürzen, sondern es gilt, den Blick über die Praktiken und Strategien *im* Arbeitsverhältnis hinaus zu weiten und die *Produktion des Lebenszusammenhangs* ebenso wie der Subjektivität tätiger Menschen insgesamt zum Gegenstand zu machen. Hierzu können Bourdieus Analysen zumindest den Weg weisen, indem sie, wie zu zeigen sein wird, das Diffundieren der Werterzeugung aus dem Betrieb hinaus und in immer weitere Lebensbereiche und gesellschaftliche Zonen hinein nachzuzeichnen erlauben. Ich verstehe diese Bewegung weniger als kolonialisierende, prinzipiell restlose »Ökonomisierung des Sozialen« (Bröckling u.a. 2000) denn als eine mit immanenten Grenzen versehene *Unterwerfung des Lebens* unter das kapitalistische Maximierungsprinzip, die immer auch auf Widerstände und Blockaden trifft.

© Campus Verlag GmbH

und den Personen, die diese Positionen oft nur auf Zeit innehaben. Diese Positionen sind relativ spezialisiert, auf spezifische Aufgaben ausgerichtet, hierarchisch geordnet und durch eine Reihe formell definierter Beziehungen miteinander verbunden, sie kommunizieren über standardisierte Informationskanäle nach rationalisierten Verfahren (schriftlich fixierte Regeln und Anweisungen), so daß eine funktionale Aufteilung der Verantwortung, eine Abgrenzung und Hierarchisierung der Funktionen sowie eine Rationalisierung der Entscheidungen möglich werden.« (ebd.: 26f.)

Die Folge war, dass das Unternehmen nicht nur zu einer rationalisierten Bürokratie, sondern auch zu einem *Feld* wurde, in dem Eigentum und Herrschaft nicht mehr strukturell zusammenfallen, sondern verschiedene Gruppen unter Einsatz unterschiedlicher Kapitalien Einfluss auf die strategische Positionierung des Unternehmens als Ganzem nehmen (vgl. auch Bourdieu 2002: 209–211; 2005: 217–219).

Umstellungsstrategien: Bildung wird Kapital

Der Zugang zu den dominanten Positionen im Feld des bürokratisierten Großunternehmens war in der Ära des organisierten Kapitalismus nicht mehr an einen *Besitz*titel (also direkt an die *Familie*), sondern an einen *Bildungs*titel, in Frankreich damals konkret ein Diplom einer »Grande École« (und damit, weniger personalisiert, an die *Klassen*zugehörigkeit) gebunden (Bourdieu u.a. 1981: 28). Im Feld des Unternehmens trafen nun

»jeweils die Strategien der Besitztitel-Inhaber auf die Strategien der angestellten Führungskräfte, deren Interessen mit der Expansion des Unternehmens in dem Maß übereinstimmen könnten, in dem die Expansion ihnen die beste Rechtfertigung für höhere Bezüge und weiteren Machtzuwachs den Kapitaleignern gegenüber liefert.« (ebd.: 37)

Die Expansion und weitere Bürokratisierung (Wachstum der Zahl der leitenden Angestelltenpositionen) gewann damit eine Eigendynamik – und zwar eine, die sich nicht aus der Eigengesetzlichkeit der Kapitalakkumulation herleitet, sondern aus dem Interesse einer bestimmten Gruppe an der Vergrößerung ihrer kollektiven Macht (und die sich damit auch einer strukturtheoretischen Sichtweise nicht erschlösse). Das bedeutet nicht, dass die Macht über die Unternehmen nun von *einer anderen Klasse* übernommen wurde, sondern dass die ökonomisch herrschende Klasse sich die Unternehmensgewinne *auf veränderte* (ihre Herrschaft zusätzlich verschleiernde) *Weise* aneignete. In von angestellten Führungskräften geleiteten Unternehmen wurden »Kapitalgewinne als vorherrschender Einkommensmodus der eigentlich herrschenden Fraktion der herrschenden Klasse ersetzt [...] durch das Gehalt (und direkte monetäre Profite)« (ebd.: 37). Die Legitimation zur Aneignung großer Anteile des Unternehmens-

© Campus Verlag GmbH

profits konnte statt aus dem Eigentum am Unternehmen aus der eigenen Qualifikation hergeleitet werden:

»Im Ergebnis wird der Besitztitel als Instrument zur Aneignung der Profite aus dem ökonomischen Kapital durch den Bildungstitel tendenziell ersetzt. […] Dank ihrem wachsenden Gewicht im System der Rekrutierungskriterien für die Führungspositionen werden die Bildungstitel tendenziell zur wichtigsten Vermittlung zwischen dem Bereich der sozialen Schichtung und dem Wirtschaftsbereich.« (ebd.: 38)

Dazu merkt Bourdieu in einer Fußnote (ebd.: 37, Fn. 17) an, dass diese Konversion von Besitz- auf Bildungstitel als Basis der eigenen Macht bei den Angehörigen der dominierenden Fraktion der herrschenden Klasse ein »verändertes Verhältnis zur Zeit, wie es den Übergang vom Modus der sofortigen zum Modus der verzögerten Gewinnabschöpfung entspricht,« erzeuge, das sich wiederum auf deren »Denkweisen, Berufspläne, Konsumgewohnheiten« und überhaupt ihren Lebenszyklus auswirke. Dieser Befund ist zentral, zeigt er doch, dass (jedenfalls ab diesem historischen Punkt) Bourdieus Rede vom »kulturellen Kapital« keine bloße Metapher, sondern strikt wörtlich zu nehmen ist.

Greifen wir die oben in der Auseinandersetzung mit den postoperaistischen Überlegungen zur Finanzialisierung angesprochene Zeit-Wert-Relation noch einmal auf, um das zu durchdringen: Der ›Eigentümer-Kapitalist‹ einer früheren Phase hatte seine Herrschaft im Unternehmen auf in Geld und Dingen *objektivierte*, teils familiär weitergegebene, teils selbst den Arbeitskräften und ihren Angehörigen extrahierte Zeit – also auf ökonomisches Kapital – gestützt, das sich durch die laufende Enteignung weiterer Zeit vergrößerte. Der mit der bürokratischen Rationalisierung der wirtschaftlichen Praxis einhergehende wachsende Stellenwert der Befähigung für zunehmend anspruchsvolle und differenzierte Aufgaben in der Unternehmensführung – zertifiziert durch den Bildungstitel – setzt nun aber vor den Zugang zu den dominierenden Positionen im Unternehmen die Notwendigkeit, zunächst selbst Zeit aufzuwenden, um durch die Aneignung von Bildungsinhalten Wert zu generieren. Dieser kann dann in *inkorporierter* (Wissen und Fähigkeiten), zunächst aber vor allem in *institutionalisierter,* symbolisch wirksamer Form (Diplome) eingesetzt werden, um in den Zugang zu Herrschaftspositionen konvertiert zu werden und auf diesem Umweg die Aneignung fremder Zeit – nunmehr institutionell legitimiert – zu erlauben. Eine *Reproduktions*strategie war dieses Umstellen auf Bildung deshalb, weil die Nachkommen der bereits gesellschaftlich mächtigen Gruppen aufgrund der familiär weitergegebenen ökonomischen (Geld, Befreiung von der Notwendigkeit, selbst zum Auskommen der Familie beizutragen) wie kulturellen Ressourcen (frühe Gewöhnung an den Umgang mit Bildungsinhalten, Verfügbarkeit von kulturellen Gütern im Haushalt), über die sie verfügten, einen kaum aufholbaren Vorsprung beim Zugang zu den höheren und höchsten Bildungsinstitutionen genossen und auch innerhalb dieser Institutionen wirksame Selektionsme-

© Campus Verlag GmbH

chanismen die soziale Exklusivität sicherstellten (vgl. Bourdieu/Passeron 1971; Bourdieu 2004).[35] Ergebnis: Diejenigen, die zuvor gesellschaftlich oben standen, taten es auch weiterhin, waren aber (wenn auch unter privilegierten Bedingungen) gezwungen, neben der anderen abgepressten Zeit zunächst auch eigene Zeit zu investieren und zu verwerten, um ihre Herrschaft zu legitimieren.

Die strukturelle Längerfristigkeit dieses Reproduktionsmodus (»verzögerte Gewinnabschöpfung«) bewirkte allerdings Veränderungen des Lebensstils dieser Gruppen, die noch verstärkt wurden durch die Tatsache, dass das Unternehmen-als-Feld »in einem um so größeren Teil seiner Eigenheiten bestimmt [ist] durch seine Position im wirtschaftlichen Gesamtfeld, je zahlreicher, vielfältiger und intensiver die Beziehungen zwischen den Unternehmen (und die zu anderen Instanzen wie zum Beispiel dem Staat) werden« (Bourdieu u.a. 1981: 40). Das stärkte die Positionen an den ›Knotenpunkten‹ zwischen den Einzel-/Subfeldern und zog »Akteure einer neuartigen Spezies« dorthin, die den neuartigen Anforderungen an diplomatisch-vermittelndes Handeln gewachsen waren. Die Umstellung des Herrschaftsmodus brachte so eine »innere Umstrukturierung der herrschenden Klasse« mit sich, die sich durch eine »neue Symbolik der Spitzenklasse« (ebd.: 41) ausdrückte. Statt der Rauhbeinigkeit des alten Unternehmers waren nun die *social skills* der jungen, dynamischen Führungskraft gefragt, statt dem »Truppenführer« der »Spitzenbeamte« (ebd.: 42), der zuallererst ein guter Diplomat sein musste. Die neuen Eliten stammten »aus beherrschten Fraktionen der Herrschaftsklasse, den Mittelschichten oder, was am häufigsten ist, durch Kapitalumwandlung und Habituswandel aus den traditionellen herrschenden Klassenfraktionen« (ebd.: 44).

Dass sich damit die »herrschende Klasse« nach wie vor weitgehend erfolgreich reproduzierte, ließ sich wegen des Übergangs zur strukturellen, von Personen losgelösten und daher scheinbar »objektiveren« Klassenherrschaft aber besser verschleiern: »Die über das Bildungswesen als unabhängige Instanz vermittelte Reproduktion verhält sich zur Reproduktion durch die Familie wie die strukturelle Herrschaft zur personalen« (ebd.). Der indirekte Reproduktionsmodus über das Bildungswesen war weniger auffällig (weil es auch Gegenbeispiele gab), aber statistisch nachweisbar: Es kam zur »Ablösung der Familie durch das Bildungswesen« (ebd.: 45) und damit durch die Klasse als Ganze, die sich statistisch betrachtet zuverlässig reproduzierte. »Kurz, die neuen Strategien und Mechanismen [der Klassenreproduktion] sind den alten entgegengesetzt, aber nur im Sinne einer jeweils neuen *Art und Weise*, die alten Funktionen zu erfüllen« (ebd.: 46, Hervorhebung im Original).

Zur Verschleierung der Klassenherrschaft trug auch die formalrechtliche Angleichung des Status der ökonomisch Mächtigen an den der Mehrheit der

35 Dass das in Deutschland trotz der abweichenden Struktur der Bildungsinstitutionen im wesentlichen nicht anders ablief, lässt sich bei Hartmann (2002) nachlesen.

© Campus Verlag GmbH

Arbeitenden, ihre rechtliche Integration in die »Lohnarbeits-« (Castel) bzw. »Arbeitnehmergesellschaft« (Vester) bei: Mit der Umstellung auf Bildungstitel wurden sie zu einer »Gehaltsempfänger-Bourgeoisie« (ebd.: 50) in einer zwiespältigen Lage zwischen dem Besitz von (vorrangig kulturellem) Kapital auf der einen und abhängiger Beschäftigung auf der anderen Seite.[36]

Einen analogen Wandel zu dem der Eliten beobachten Bourdieu u.a. auch für die Mittelklassen bzw. das »Kleinbürgertum« (vgl. auch Bourdieu 1982: 500ff.): Der einfache, wenig spezialisierte kleine Handel wurde zunehmend durch Großunternehmen wie Supermarktketten verdrängt, während sich im Handwerk Strukturverschiebungen hin zu Kunsthandwerk und Luxuswarenherstellung einstellten. Zudem schaffte der Wohlstand der Konsumgesellschaft den Raum für die »Entstehung eines sehr bedeutenden Marktes symbolischer Dienstleistungen« (Bourdieu u.a. 1981: 57) – Betätigungsfeld eines modernisierten Kleinbürgertums, das die tradierte kleinbürgerliche Sozialfunktion der Herstellung von Konformität in anderer, symbolischer Form erfüllt:

»Neben das traditionelle Kleinbürgertum mit seiner äußeren und innerlichen Disziplinierungsaufgabe (Polizist, Werkmeister, Schulmeister usw.) tritt ein neues Kleinbürgertum der Präsentations- und Repräsentationsberufe, das im Kleinen und zu herabgesetzten Preisen Beratung und ›unechte‹ symbolische Güter vertreibt und alles daransetzt, den Unterschied, der es von den legitimen Verkäufern derselben Güter und Dienste trennt, zu verringern (Beispiel: Heilgymnastik/Masseur – Arzt).« (ebd.)

Wie das traditionelle Kleinbürgertum hat für Bourdieu auch das neue die Aufgabe, zwischen den Klassen zu vermitteln (die von oben kommenden Regeln und Anforderungen nach unten durchzustellen), es erfüllt sie aber anders, nämlich primär durch »neue Instrumente symbolischer Manipulation«. Damit begründet sich eine neue Form von Herrschaftsverhältnissen, die nicht auf Kontrolle und Disziplinierung beruht, sondern aufgenötigte Bedürfnisse erzeugt, in deren Verfolgung sich die Beherrschten selbst disziplinieren (»Verführung statt Zwang, Öffentlichkeitsarbeit statt Staatsgewalt, Werbung statt Anordnung«, ebd.: 59). Die kleinbürgerlichen Umstellungsstrategien von Kleinhandel, Handwerk und Ordnungsberufen auf symbolische Dienstleistungen und Luxusgüterherstellung stehen für eine Transformation im Herzen der fordistischen Konsumgesellschaft, durch die diese erneut über sich selbst hinausweist: Das neue Kleinbürgertum bedient die von der ökonomisch-politischen Normierung und Kollektivierung der Lebensverhältnisse zugleich ermöglichten und angetriebe-

36 Besonders auffällig wird das bei der »intellektuellen Fraktion« dieser Klasse: Die technische Entwicklung und die der kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen machten es ihnen tendenziell unmöglich, weiter als selbständig Freischaffende zu arbeiten, und zwangen sie in die Position von Angestellten kultureller und wissenschaftlicher Großbetriebe (weil etwa große wissenschaftliche Gerätschaften nur noch von solchen finanziert werden konnten), in denen sich also sowohl das objektivierte als auch das inkorporierte kulturelle Kapital konzentrierten.

© Campus Verlag GmbH

nen Bedürfnisse nach individuellem, ent-standardisiertem Genuss und Konsum (Castel 2011; Eversberg 2011b) und befeuert sie zugleich weiter, arbeitet also in tragender Funktion mit an der Konstitution jenes industriegesellschaftlichen Wunschhaushalts, der Ende der sechziger Jahre aus dem Gleichgewicht gerät.

Die von Bourdieu einseitig als neue Form der Disziplinierung interpretierte Versorgung mit ausdifferenzierten Konsumangeboten, so zeigt die spätere, von ihm hier nicht mehr berücksichtigte Entwicklung, mag zeitweise die unterstellte Funktion einer repressiven Integration in die Konsumgesellschaft erfüllt haben, doch sie trug zugleich dazu bei, Bedürfnisse zu schaffen, die von dieser Formation nicht befriedigt werden konnten und die sich um 1968 in einer Welle politischen Protests Ausdruck verliehen. Damit sind nicht nur die Bedürfnisse der Konsumierenden der neuen Dienstleistungen nach Individualität und Selbstverwirklichung gemeint, sondern auch die Wünsche der Dienstleistenden selbst nach einem Aufschließen zu den »legitimen« Positionen ihrer Berufsfelder, also nach mehr Bildung für sich selbst oder ihre Kinder. Mit der Öffnung der Bildungsinstitutionen in den siebziger Jahren wurden diese Bildungs-(wenn auch nicht die Aufstiegs-)Wünsche erhört, und es partizipierten daran nicht nur die von Bourdieu als »Kleinbürgertum« zusammengefassten Gruppen, sondern mehr oder weniger alle sozialen Milieus (vgl. Vögele u.a. 2002: 275ff) – inklusive der liberalen (ebd.: 278f.) und konservativen (ebd.: 300f.) Bildungseliten, unter denen sich die Anteile der höchsten Bildungsabschlüsse bei weitem am stärksten erhöhten, so dass sie ihren Vorsprung zu wahren verstanden.

Vordergründig ist das Ergebnis also in der Tat eine Form von Reproduktion der Klassenstruktur, weil, wie Bourdieu u.a. selbst betonten, alle Konversions- und Aufstiegsstrategien im Ergebnis in einer Art Fahrstuhleffekt dazu führten, dass sich die *ordinale* Position jeder einzelnen Klassenfraktion gegenüber allen anderen nicht änderte und die bestehenden Ungleichheiten konserviert wurden. »Reproduktion der Klassenstruktur«, so die Schlussfolgerung, bedeute nicht »Beharrung« oder »Verewigung der jeweils empirisch beobachtbaren sozialen Klassen« (Bourdieu u.a. 1981: 71), sondern den Erhalt beherrschender und das trotz aller Bemühungen immer wieder erneuerte Verwiesensein auf beherrschte Positionen auch und gerade im gesellschaftlichen Wandel. Besonders deutlich wird das für Bourdieu u.a. am »Klassenschicksal« absteigender subalterner Klassenfraktionen wie den bäuerlichen Milieus des ländlichen Frankreich: Diese sahen sich mit der wachsenden Bedeutung der Bildung als Reproduktionsvoraussetzung als einer von außen an sie gestellten, aber gleichsam unausweichlichen Anforderung konfrontiert. Weil der Umgang mit schulischem Lernen ihren tradierten Reproduktionsgewohnheiten überhaupt nicht entsprach, erzwang die Unterordnung unter die neuen Gegebenheiten eine Zerstörung ihres gesamten, bis dahin relativ stabilen, Lebenszusammenhangs: Unter dem Druck, den Anschluss an die Konsumgesellschaft zu halten, zugleich aber auch ihre landwirt-

© Campus Verlag GmbH

schaftliche Existenzbasis aufrechtzuerhalten, schickten sie meist ihre Töchter vom Dorf zum Schulbesuch in die Stadt, während die Söhne die lokale Subsistenz sicherten. Weil aber die schulische Integration der jungen Frauen sie von ihrer – nun als rückständig und beengend wahrgenommenen – dörflichen Herkunft entfremdete, kehrten sie häufig nicht zurück, was in eine Spirale von Ehelosigkeit der Männer, Überalterung und Verarmung führte. Indem sie sich durch die Verallgemeinerung der Hierarchie der Bildungspositionen als universelles gesellschaftliches Rangordnungssystem in einen Vergleichswettbewerb mit allen anderen sozialen Gruppen gezwungen sahen, in dem sie zwangsläufig ganz unten landen, wurden sie der zuvor für sie entscheidenden lokalen Hierarchien im Bezugssystem des Dorfs als eines Schutzmechanismus gegen die Deklassierung beraubt. Sie (und andere Benachteiligte) konnten sich also die für sie fremden Anforderungen der schulischen Reproduktion nicht aneignen – und damit auch die versprochenen »Chancen« kaum nutzen – sondern die neuen Verhältnisse nur mehr oder weniger hilflos anerkennen:

»Mit der Etablierung des Wertes von Bildung wird die Schule zu einem Herrschaftsinstrument der bürgerlichen Kultur, wodurch auf der anderen Seite eine Entwertung der traditionellen bäuerlichen bildungsfernen Kultur erfolgt […]. Was die Schule den Bauern – Bourdieu zufolge – vermittelt, ist also nicht die *Aneignung* der herrschenden Kultur, sondern vielmehr die *Durchsetzung* der Legitimität dieser Kultur.« (Heim u.a. 2009: 260, Hervorhebung im Original)

Die Befunde von Vester u.a. zu den Folgen der deutschen Bildungsexpansion fallen optimistischer aus, doch lässt sich auch hier den Daten entnehmen, dass gerade die Nachfahren der ehemals bäuerlichen Milieufraktionen in vergleichsweise geringem Maße an den neuen Möglichkeiten partizipierten und sich die untergeordneten Positionen dieser Gruppen in der Sozialstruktur verfestigten[37] – von den wenige Jahre zuvor eingewanderten nicht-deutschen Familien, die ja von Anfang an die vakanten Plätze am unteren Rand der Arbeitsgesellschaft eingenommen hatten (und die in Vesters Daten nicht gesondert zu identifizieren sind), ganz zu schweigen. Mit Blick auf die Verhältnisse zwischen den sozialen Gruppen insgesamt erkennen auch Schichtungssoziologinnen inzwischen an, dass die Bildungsexpansion zwar eine allgemeine Bewegung zu Höherqualifizierung und auch zu höheren Berufspositionen mit sich gebracht, dabei aber an den sozialen Hierarchien wenig geändert habe: »Sie hat die Bildungschancen aller Schichten verbessert, ohne gleichzeitig gravierende schichttypische Ungleichheiten zu beseitigen« (Geißler 2002: 350).

Man mag sich über die zugespitzte Reproduktionsthese Bourdieus streiten – zentral ist für uns aber etwas anderes, nämlich die Feststellung, dass sich die

37 Dies trifft insbesondere auf die Fraktionen der *Resignierten Traditionslosen*, der *Statusorientierten Kleinbürger* und der *Traditionellen Kleinbürger* zu (Vögele u.a. 2002: 400–402; 367–369; 361–363). Den *Modernen Kleinbürgern* dagegen gelang es, den Anschluss zu halten (ebd: 373–375).

© Campus Verlag GmbH

veränderte Reproduktionsstrategie der mächtigsten Elitefraktionen im Verlauf von etwa drei Jahrzehnten als Vorbild auf allen »Etagen« der Sozialstruktur durchgesetzt hat. Mit der Konvergenz des formalen Rechtsstatus zuvor ganz verschieden gestellter Gruppen auf eine große, die breite Mehrheit der erwerbstätigen Gesellschaft stellende Kategorie von abhängig beschäftigten Arbeitnehmenden (Vester u.a. 2001: 72) ging auch die Vereinheitlichung und Standardisierung der Voraussetzungen des Zugangs zu den Positionen auf allen Ebenen einher. Den Bildungsinstitutionen kam nunmehr die Aufgabe zu, die als Zugangsberechtigungen für Positionen in einer rechtlich vereinheitlichten, aber deshalb nicht minder hierarchisierten und geschlechtlich segmentierten Ordnung von *Stellen* funktionierenden *Titel* in ebenso hierarchisierter und segmentierter Weise als standardisierte »Massenware« auszustoßen. So konnten alle Berufe in ihrer gemeinsamen Eigenschaft als Produkte des Bildungssystems »in das hierarchisch gegliederte Universum des schulischen Berechtigungswesens« (Bourdieu u.a. 1981: 106), also in eine imaginäre Kontinuität zwischen den am wenigsten respektierten Handlangerinnentätigkeiten und den Positionen der höchsten Würdenträgerinnen eingeordnet werden: »Im Ergebnis dehnt sich auch die Tendenz zur Sanktionierung und Zementierung der einmal eingeführten sozialen Unterscheidungen, wie sie das Bildungssystem aufgrund seiner eigenen Trägheit begünstigt, allmählich auf die gesamte Sozialstruktur aus« (ebd.). Dem Ideal nach gab es für jede Stelle den passenden Titel, und die Trägerinnen einmal erworbener Titel ordneten sich mehr oder weniger reibungslos den für sie vorgesehenen Stellen zu (was, solange mehr Stellen als Titelträgerinnen da waren, auch einigermaßen funktionierte). Damit waren Konflikte um den Zugang zu Reproduktions- und Aufstiegschancen verlegt in das dem Bildungserwerb vorgelagerte Feld von schulischen und Berufsentscheidungen:

»Im Unterschied zur unmittelbaren Übertragung der gesellschaftlichen Position vom Inhaber auf den von ihm selbst bestimmten Erben […] beruht die Übertragung durch die Zwischeninstanz Bildungswesen auf der statistischen Zusammenfassung der je einzelnen Handlungen individueller oder kollektiver Akteure, die ein und derselben Gesetzlichkeit, nämlich den Gesetzen des Bildungsmarktes, unterliegen.« (ebd.: 44)

Vermittels der Vereinheitlichung des Feldes von Berufspositionen und der formalen Eingliederung auch der mächtigsten Eliten in dieses Feld war es damit gelungen, den Klassenkampf effektiv von der Frage des Besitzes zu lösen und ihn in eine Reihe von Konflikten um Bildung, genauer: um den Zugang zu Bildungs*titeln* als legitimer Zugangsberechtigung zu Arbeits*stellen* zu transformieren.[38] Weil der Weg zur Aneignung des durch produktives menschliches

38 Sicher fanden in dieser Zeit auch Verteilungskonflikte statt, und sicher waren die dabei erkämpften Lohnerhöhungen auch von erheblicher Bedeutung. Der zentrale Aspekt der Hoffnung auf ein besseres Leben, der es gerechtfertigt erschienen ließ, die Eigentumsordnung nicht mehr grundsätzlich in Frage zu stellen und sich mit dem status quo zu arrangieren, lag für die

© Campus Verlag GmbH

Handeln generierten Werts nun nicht mehr über ökonomisches Kapital verlief, sondern über kulturelles Kapital, war »Klassenkampf« nun nicht länger zu reduzieren auf den Kampf um Eigentum an und Verfügung über die Mittel der materiellen Produktion, sondern die Bildungsinstitutionen, denen die Erzeugung und Legitimierung von Wert in der Form kulturellen Kapitals oblag, wurden zu seinem zweiten »Einsatz«. Dabei gelang es den ökonomischen und kulturellen Eliten, die Kontrolle über die Produktionsmittel von Bildung weitgehend bei sich zu monopolisieren, dies aber zugleich effektiv zu verschleiern, weil der Erwerb von Bildungstiteln – jedenfalls formal und dem Anschein nach – allen gleichermaßen offen stand. Der Bildungstitel – Zertifikat über verausgabte Zeit, das zugleich verschleierte, dass in diese verausgabte Zeit in Form ererbten ökonomischen und familiär weitergebenen inkorporierten kulturellen Kapitals bereits angeeignete fremde Zeit mit einfließen und ihren Inhaberinnen systematische Vorteile verschaffen konnte – war zu einer in den Zugang zu mehr oder weniger vorteilhaften Erwerbspositionen konvertierbaren *Währung* geworden, und trennte sich in dieser *Tauschwert*funktion vom *Gebrauchswert* des zertifizierten Wissens. Titel wurden zunehmend nicht mehr um des Wissens und der Kenntnisse willen, sondern im Interesse ihres Tauschwerts, ihrer Konversion in weitere, größere Werte erworben und waren damit im Wortsinne zu *Kapital*, zu nur um der Akkumulation weiteren Werts willen akkumuliertem Wert, geworden.

Arbeitsmarkt im organisierten Kapitalismus: mechanische Allokation

So gut wie keine systematische Bedeutung kommt in dieser institutionellen Konstellation jedoch dem *Arbeitsmarkt* zu: Einerseits verallgemeinert er sich zwar tendenziell, weil nun fast alle Männer und eine wachsende Zahl von Frauen ihre Arbeitskraft warenförmig verkaufen, andererseits ist er aber in hierarchischer wie funktionaler Hinsicht so stark qualifikatorisch segmentiert, dass er sich idealtypisch auf eine Art *mechanischer Allokation* zwischen Titeln und Stellen reduziert. So scheinen ihn jedenfalls Bourdieu und Boltanski in dem für das deutschsprachige Buch titelgebenden Aufsatz *Titel und Stelle* zu sehen. Sie definieren ihn als das »System der objektiven Beziehungen [...], die in der Realität den ›Verkehr‹ zwischen den Inhabern der durch das Bildungssystem abgesicherten Titel und den Besitzern von Arbeitsplätzen bestimmen, gleichgültig, ob es sich dabei um Individuen oder Institutionen handelt« (ebd.: 95).

Gegen eine materialistisch-deterministische Sichtweise, die nur den technischen und wirtschaftlichen Wandel als Bestimmungsgrund für Veränderungen

Arbeitenden auf den unteren Ebenen der Berufsordnung aber in dem Versprechen, den eigenen Kindern durch eine gute Bildung zuverlässig dazu verhelfen zu können, es später einmal »besser zu haben« als sie selbst.

© Campus Verlag GmbH

der Berufsordnung anerkennt, heben sie aber hervor, dass das Bildungssystem, als »Produktionsapparat von Arbeitskräften« (ebd.: 89), wegen seiner relativen Autonomie nicht einfach nur mechanisch die Bedarfe des »ökonomischen System[s]« (ebd.) decke, sondern sich ihnen erst mit einer gewissen Verzögerung (»Remanenz«) anpasse. Wie sich die Berufsstrukturen und die korrespondierenden Habitusformen entwickeln, gehe demnach erst aus den Wechselwirkungen »zwischen den Veränderungen des Produktions- und denjenigen des Bildungssystems« hervor: »Man muß also die Beziehung analysieren, die zwischen den Gesetzen des Wandels im ökonomischen Produktionssektor und denjenigen im Bereich der Produktion von Arbeitskräften besteht« (ebd.: 90). Letztere finde zwar nicht nur in den schulischen Institutionen, sondern auch in der Familie statt, aber in einer differenzierten und spezialisierten Ökonomie, in der der Umgang mit komplexen Formen von objektiviertem (kulturellem) Kapital beherrscht werden muss, werde das Bildungssystem strukturell »zur beherrschenden Instanz für die Produktion von Arbeitskräften« (ebd.: 90f.).

Auf diese Weise als bloßer Zwischenraum zwischen dem die Produktion der Arbeitskräfte monopolisierenden Bildungssystem oder -apparat und den ihre Konsumtion bestimmenden Bedarfen der Unternehmen konzipiert, ist der Arbeitsmarkt faktisch zur Restgröße reduziert: Es gibt ein vom Bildungssystem produziertes Arbeitskräfteangebot und eine im ökonomischen Feld wurzelnde Nachfrage, aber die Allokation zwischen beiden Seiten findet keine Beachtung – jedenfalls nicht als eigenständiger sozialer Prozess, der nicht auf eine von ihnen oder beide reduziert werden kann. Nun hatte Bourdieu seinen Begriff des *Feldes*[39] zu dem Zeitpunkt, als er und Boltanski dies schrieben, noch nicht systematisch zu einem theoretischen Konzept entwickelt – das erklärt, warum hier von Bildungs- und Produktions*systemen* die Rede ist. In seiner späteren Terminologie hätte Bourdieu den Systembegriff (und erst recht den des »Apparats«) als zu funktionalistisch verworfen (Bourdieu/Wacquant 2006: 132ff.) und zumindest im Hinblick auf die »Konsumtions«seite vom »ökonomischen Feld« (Bourdieu 2002) gesprochen. Hinsichtlich der Bildungsinstitutionen liegen die Dinge etwas komplizierter (in ihrer Gesamtheit billigte er ihnen keinen Feldcharakter zu), aber entscheidend ist: Der *Arbeitsmarkt* ist in dieser Konzeption ganz sicher *kein* Feld – er ist nicht autonom, hat keine eigenen Regeln, er ist kein Schauplatz von (Klassen)kämpfen, kurzum: er hat keine eigenständige theoretische Bedeutung, seine Logik ist reduziert auf die anderer Felder. Die »unzähligen Konfrontationen«, die sich in ihm abspielen, sind nicht als Kämpfe zu verstehen, sondern »alle gleichermaßen vorgezeichnet, wenn man die Akteure im Rahmen der Kräfteverhältnisse betrachtet, die in einem gegebenen Moment zwischen den Inhabern eines bestimmten Titels und denen einer Stelle bestehen« (ebd.: 95).

39 Eine systematische Auseinandersetzung mit dem Feldbegriff folgt im nächsten Kapitel.

© Campus Verlag GmbH

Allerdings war das quasi mechanische Entsprechungsverhältnis von Titel und Stelle wohl nie wirklich mehr als ein Ideal oder eine gewerkschaftliche Wunschvorstellung – und damit war auch der Klassenkampf nie völlig aus dem Verhältnis zwischen beiden verbannt. Denn in jeder einzelnen »Konfrontation« ist die Macht der Titelinhaberin abhängig von ihrem kulturellen Kapital als Ganzem, zu dem neben dem Titel (als institutionalisiertem) auch Können, Wissen und Fähigkeiten (als inkorporierte Faktoren) gehören. Aus diesem Grund ist das Verhältnis zwischen Titel und Stelle auch schon in der von Bourdieu und Boltanski beschriebenen Konstellation notorisch umkämpft – und zwar sowohl auf politischer Ebene als auch in den direkten, lokalen Beziehungen zwischen (potentiellen) Arbeitskräften und Unternehmen.[40] Auch diese Auseinandersetzungen sind Teil der Klassenkämpfe:

»Man entdeckt sie in den individuellen Strategien, deren sich die Handelnden bei der Abwehr von Ausbeutung bzw. bei deren Ausübung – in den täglichen Klassenkonflikten – bedienen, um entweder den größten Nutzen aus ihren Titeln oder den größten Profit aus ihren Stellen zu ziehen. Gleichermaßen steckt sie in den kollektiven Strategien, deren sich die Gewerkschaften mit dem Ziel bedienen, durch Konflikt oder Verhandlung eine feste Beziehung zwischen Titel und Stelle zu etablieren.« (ebd.: 98)

Dass diese Kämpfe immer vorrangig *symbolische* Kämpfe sind, ändert nichts an ihrer handfesten Bedeutung, denn die in ihnen etablierten legitimen Klassifikationen haben keine rein logischen, sondern *praktische Funktionen*. Die Klassen- und Berufstaxonomien haben Rechtscharakter, weil sie »Gegenstand und Hauptinstrument des in symbolischer Weise ausgetragenen Klassenkampfes um die Definition der sozialen Welt, d.h. um die Konstitution der sozialen Ab- und Einstufung« (ebd.: 106) sind. Diese Ab- und Einstufung, deren Konsequenzen beileibe nicht rein symbolisch sind, versuchen die Beteiligten durchzusetzen oder zu vermeiden, indem sie den in der Aushandlung des Verhältnisses zwischen an den Titel gebundenen Rechten und mit der Stelle verbundenen Pflichten immer gegebenen »Spielraum zwischen dem, was dem Namen nach, und dem, was wirklich ist« (ebd.: 103), ausnutzen. In Frankreich, wo die schulischen Institutionen des Staates die Produktion legitimer Titel in besonders hohem Maße monopolisieren konnten, mündeten diese Konflikte in eine Polarisierung zwischen diesen Institutionen und der Wirtschaft. Die Unternehmen waren dabei daran interessiert, die Autonomie des Bildungssystems möglichst weit-

40 Das musste auch so sein, weil die »positivistischen Taxonomien« der die gesamte Gesellschaft in ihrer funktionalen wie hierarchischen Gliederung erfassenden Berufsverzeichnisse (ebenso wie reduktionistische, nach Berufsgruppen unterscheidende Klassenmodelle) nur zum Schein eine objektive Repräsentation der sozialen Verhältnisse darstellen. In Ausübung ihrer Klassifizierungsfunktion erfüllen diese Wissensformen zugleich auch eine Machtfunktion, indem sie den momentanen Stand der ständigen Klassifizierungskämpfe zu einer fixen realen Ordnung erklären (Bourdieu u.a. 1981: 104f.).

© Campus Verlag GmbH

gehend zu schwächen, um in Zukunft möglichst passgenau qualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten, ohne von deren Seite mit auf den Rechtscharakter des Titels gegründeten Ansprüchen konfrontiert zu werden:

»Da der Titel den Arbeitnehmern eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber dem ökonomischen System verleiht, haben die Unternehmer erklärlicherweise kein Interesse an ihm. Je autonomer zudem die Produktionsinstanz von Titeln gegenüber der Wirtschaft ist, um so mehr verleiht auch der von ihr vergebene Titel Unabhängigkeit von der Wirtschaft.« (ebd.: 99)

Die Bildungsinstitutionen dagegen mussten ebenso wie die Inhaberinnen der von ihnen verliehenen Titel (und diese umso mehr, je wertvoller ihr eigener Titel) daran interessiert sein, eben jene Autonomie zu verteidigen:

»Dabei ist die Macht, die ein Titel verleiht, nicht persönlicher, sondern kollektiver Natur, weil dem einzelnen seine legitime Macht bzw. seine Rechte, die ihm der Titel vorschreibt, nicht zu nehmen sind, ohne daß zugleich die Macht aller Titelträger sowie die Autorität des dahinterstehenden Bildungssystems in Zweifel gezogen wird.« (ebd.: 99f.)

Weil die Spitzen der Unternehmen sich aber selbst über Bildungstitel legitimierten, konnten sie zumindest die von ihnen selbst gehaltenen Titel und die sie verleihenden Institutionen nicht offen angreifen. Dem Interesse, die Ausbildung von Führungs- und Arbeitskräften für die Wirtschaft von der des akademischen Nachwuchses zu trennen und die entsprechenden Einrichtungen zu stärken, entsprach in Frankreich die Aufteilung des Bildungssystems in Grandes Écoles (Reproduktion der herrschenden Klasse), Universitäten (wissenschaftliche Reproduktion) und (berufs)schulisches Bildungssystem (Produktion von Arbeitskräften) (ebd.: 101), in Deutschland die Trennung zwischen beruflicher und tertiärer Bildung, zwischen Fachhochschulen und Universitäten und, sozial noch mächtiger, zwischen dem Gymnasium und anderen weiterführenden Schulen.[41] Der Ausbau nicht-autonomer, von den Unternehmen kontrollierter Ausbildungsinstitutionen, die »illegitime« Titel verleihen, liegt auf der gleichen Linie und dient der Abwehr von kollektiven Strategien der Titelinhaberinnen.

Ergebnis dieser ersten Welle von – ausgehend von den ökonomischen Eliten Schritt für Schritt nach unten hin durchgesetzten und parallel dazu politisch verbindlich gemachten – Umstellungsstrategien war also eine Gesellschaft, die sich als *hierarchisiertes Kontinuum aneinander gekoppelter Bildungs- und Berufspositionen*

41 Das französische Beispiel ist in der Vereinheitlichung der Bildungs- und Berufspositionen und der Polarisierung zwischen Titel produzierendem Bildungssystem und Titel »konsumierender« Wirtschaft ein Extremfall, insofern die große Mehrheit der Titel von staatlichen, von der Wirtschaft getrennten und ihrem Einfluss weitgehend entzogenen Institutionen produziert wurde. Das deutsche duale Modell der Berufsausbildung hat eine solche Polarisierung verhindert, weil die Unternehmen selbst an der Produktion der Fachqualifikationen beteiligt waren und den Ausstoß an Fachkräften durch ihre eigene Ausbildungspraxis steuern konnten. Dadurch kam es hier in deutlich geringerem Maß zu symbolischen Konflikten dieser Art.

© Campus Verlag GmbH

darstellte und in der der Zugang zu Bildung als universeller Schlüsselressource formal demokratisiert, im Hinblick auf die höchsten Hierarchiestufen aber praktisch weiterhin von den schon zuvor mächtigsten Gruppen monopolisiert war. Erst als politisch sanktioniertes Ergebnis von Klassenkämpfen innerhalb der Formation des organisierten Kapitalismus kommt es also zu der von Beck noch in den achtziger Jahren als doppelte Abhängigkeit von Bildung und Erwerbsarbeit beschworenen »Institutionenabhängigkeit« des Individuums:

»Der Schlüssel der Lebenssicherung liegt im Arbeitsmarkt. Arbeitsmarkttauglichkeit erzwingt Bildung. Wem das eine oder andere vorenthalten wird, der steht gesellschaftlich vor dem materiellen Nichts. Ohne entsprechende Ausbildungszertifikate ist die Lage ebenso verheerend wie mit ihnen, aber ohne darauf bezogene Arbeitsplätze.« (Beck 1986: 214)

Das Auseinandertreten von Titel und Stelle

Genau diese strikte wechselseitige Kopplung zwischen Bildung und Arbeit ist aber, wie wir gesehen haben, eine von vornherein instabile, und sie beginnt sich schon in der Blütezeit der sechziger Jahre durch die um sie ausgetragenen symbolischen Kämpfe zu lockern. Die »Lücke« zwischen Titel und Stelle weitete sich nach und nach. Den Auslöser hierfür sehen Bourdieu und Boltanski im Wandel der Berufsstruktur:

»Der Wert, den die Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt erzielen, hängt um so mehr von ihrem Bildungskapital ab, je genauer die Beziehung zwischen Titel und Stelle kodifiziert ist. Je mehr dagegen die Bestimmung des Titels und des Arbeitsplatzes, mithin auch deren Beziehung zueinander, im Fluß und unpräzis ist, wie es bei den neuen Berufen (der Repräsentation usw.) der Fall ist, um so größer ist der Raum für Täuschungsstrategien, und um so mehr können zum Beispiel die Inhaber von sozialem Kapital (wie gesellschaftlichen Beziehungen, Umgangsformen und Auftreten) zusätzlichen Nutzen aus ihrem Bildungskapital ziehen.« (Bourdieu u.a. 1981: 97)

Weil es immer eine zeitliche Verzögerung zwischen der Etablierung einer Klasse von Berufspositionen und ihrer Institutionalisierung gibt, hat solches strategische, nicht allein auf dem Titel beruhende Handeln gerade in neuen und im Wandel befindlichen Berufsfeldern besonders große Spielräume. In der Bundesrepublik der sechziger Jahre betraf das in erster Linie die rasch wachsenden Dienstleistungsbranchen, und in ganz besonderem Maße diejenigen Tätigkeitsbereiche, durch die die wachsenden Konsumbedürfnisse der in zunehmendem materiellem Wohlstand lebenden arbeitnehmerischen Mehrheit in ihrer immateriell-symbolischen Dimension bedient werden konnten. Presse, Verlagswesen und Massenmedien, Kulturvermittlung und die Werbebranche – alles Bereiche, für die es bis dahin keine spezifischen Qualifikationen auf akademischem

© Campus Verlag GmbH

Niveau gab – wuchsen und deckten ihren steigenden Personalbedarf durch Rekrutierung von Quereinsteigerinnen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und teilweise gebrochenen Biographien.[42] Sie wurden damit zu Sammelbecken der jungen Generation der bildungsbürgerlichen Elitemilieus, deren Eltern entweder freiberuflich tätig oder, wie von Bourdieu beschrieben, in die wissenschaftlichen und kulturellen »Großbetriebe« der Industriegesellschaft integriert worden waren.[43] Für den Zugang zu den anspruchsvollen, aber wenig standardisierten Tätigkeiten in den Branchen der symbolischen Produktion konnten sie, eben weil es keine fest an die Stellen gebundenen Titel gab, neben zum Beispiel geisteswissenschaftlichen Universitätsabschlüssen oftmals ihre sozialen Beziehungen, die Sicherheit ihres Auftretens und ihre habituelle Nähe zu den Vorgesetzten sowie auch autodidaktisch angeeignete tätigkeitsrelevante Fähigkeiten ins Feld führen und auf bereits geleistete Arbeiten als Referenzen verweisen.

Im Feld der unternehmerischen Eliten gab es mit den *social skills* der von Bourdieu identifizierten »neuartigen Spezies« von Führungskräften die Keimzelle eines ähnlichen Prozesses: Noch bevor sich die Akademisierung der Führungspositionen vollständig durchgesetzt hatte, traten dem Bildungstitel als institutionalisiertem kulturellem Kapital und notwendiger Bedingung des Zugangs zu Spitzenpositionen bereits weitere, weniger stark formalisierte Ressourcen an die Seite, indem die hochwertigsten Stellen vor allem denjenigen offen standen, die als hinreichende Bedingung zugleich über das soziale Kapital dieser »Spezies« verfügten.[44]

---

42 Zu den Zugangswegen zum Journalismus s. Neuberger 2002: 8–12, für die »Kulturberufe« insgesamt Schnell 2007: 25ff.

43 Vester u.a. verorten diese Berufsgruppen vor allem in der *Progressiven Bildungselite*, also dem seit Generationen etablierten Teil des bildungsbürgerlichen Milieus, sowie teilweise auch im inzwischen verschwundenen *Alternativen Milieu* (Vögele u.a. 2002: 279f., 293f.).

44 Zu den Veränderungen in der Zusammensetzung und den Rekrutierungsmodi der Gruppe der »Topmanager« in den bundesdeutschen Unternehmen seit den sechziger Jahren s. Hartmann 1996: 58–147. Hartmann kann zeigen, dass in Westdeutschland – anders als in Frankreich und wohl infolge von Krieg und Entnazifizierung – die direkte Nachkriegsgeneration der höchsten Führungskräfte sich nur zu gut der Hälfte aus den etablierten Eliten rekrutierte und damit sozial vergleichsweise durchlässig war, dass sich dies aber mit dem in den späten sechziger Jahren beginnenden Generationenwechsel zugunsten einer erneut verstärkten Selbstrekrutierung der Eliten änderte (ebd.: 59f.). Bis in die neunziger Jahre hatten sich die Gewichte so weit verschoben, dass »die soziale Rekrutierung der Topmanager zu ungefähr zwei Dritteln aus einem kleinen Spektrum am oberen Ende der Gesellschaftshierarchie erfolgt« (ebd.: 67). Zugleich hat sich der Katalog der Auswahlkriterien für die Besetzung der Spitzenpositionen erheblich ausdifferenziert. Hartmann nennt neben dem Bildungsabschluss unter anderem »Auslandsaufenthalte und Fremdsprachenkenntnisse« (ebd.: 96), die bisherige Berufsbiographie (ebd.: 101), »ehrenamtliche Aktivitäten [...] und Hobbys« (ebd.: 109), »Wehrdienst und Familienstand« (ebd.: 113), »äußere Erscheinung und Auftreten« (ebd.: 118), »Optimismus und Allgemeinbildung« (ebd.: 126) sowie »soziale Kompetenz und Teamfähigkeit« (ebd.: 141) als bedeutende Faktoren. Daran wird deutlich, dass die Durchsetzung dieses schwächer formalisierten, scheinbar offeneren Rekrutierungsmodus eben keine soziale *Öffnung*, sondern effektiv eine

© Campus Verlag GmbH

Aus diesen Gründen wurde die Vergrößerung der Lücke zwischen Titel und Stelle, vermittelt durch das taktische Agieren der Angehörigen der – kulturellen wie ökonomischen – Elitefraktionen in der Konkurrenz um die besten Stellen, zu einem sich selbst verstärkenden Prozess. Das gezielte Ausnutzen der Lücke durch Einbringen zusätzlicher Ressourcen und gezielte Selbstdarstellung gewann an Bedeutung und wurde nach und nach auch zur bewusst verfolgten und sozialtechnologisch unterstützten aktiven Strategie, statt »nur« aus der mehr oder weniger zufälligen Passung der inkorporierten Dispositionen zu den Anforderungen und der habituellen Nähe zu den Einstellungsverantwortlichen zu resultieren. Und in dem Maße, wie sich die Zahl der Faktoren, die neben dem Titel in die Bestimmungsgrößen des Zugangs zu Stellen eingingen, auf diese Weise erhöhte, wurde nun auch der Arbeitsmarkt selbst – jedenfalls für diese Gruppen – zu einem *Feld*: Einem Schauplatz ständiger taktischer Kämpfe um Positionen und strategischer Auseinandersetzungen um symbolische Wertigkeiten, in die die verschiedenen Akteure und Gruppen jeweils unterschiedliche spezifische Ressourcen als Machtmittel einbringen.

2.5 Die zweite Welle von Umstellungsstrategien

Der große Bruch, der dafür sorgen sollte, dass dies kein reines Elitenphänomen blieb, kam aber erst einige Jahre später, mit der Rückkehr der Massenarbeitslosigkeit ab 1973. Rückblickend ist klar, was damals passierte: Der fordistische Wachstums-*Tradeoff* zwischen Produktivitätssteigerungen und Massenkonsum hatte sich totgelaufen, die Verschiebung der Gewichte hin zum Weltmarkt verlangte – nach einiger Zeit noch zusätzlich verstärkt durch die Effekte der Finanzialisierung – nach Kosteneinsparungen, und durch technischen Strukturwandel wie die Verlagerung der industriellen Gewichte in andere Weltgegenden wurden zudem große Teile der alten Industrien in Europa obsolet. Die Unternehmen bekämpften ihre Profitkrise durch Personalabbau, innerhalb von zwei Jahren stieg die Arbeitslosenzahl Mitte der siebziger Jahre auf fast das Vierfache an, und die Institutionen des Wohlfahrtsstaats sahen sich mit sinkenden Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Kosten für ihre (nun häufiger in Anspruch genommenen) Leistungen konfrontiert. Die Arbeitsgesellschaft war ihrer Selbstwahrnehmung nach in die Krise geraten. Weil eine *Krise* aber – anders als eine Situation des *Umbruchs* oder ein dauerhafter *Wandel* (vgl. Eversberg 2005) – etwas ist, was sich in Richtung einer Rückkehr zum *status quo ante* überwinden lässt, war auf politischer Ebene der »kurze Traum immerwährender Prosperität«

Schließung der obersten Etagen der Managementprofession, einen Rückgewinn an Boden durch die alten Eliten bedeutet.

© Campus Verlag GmbH

(Lutz 1984) noch lange nicht ausgeträumt. Mit den verbreiteten Krisendiagnosen gingen ebenso viele Versuche der Krisenüberwindung durch Wiederherstellung der verlorenen Wachstumsdynamik einher – allein, selbst wenn das Wachstum wieder »ansprang«, führte das kaum zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Auf der alltäglichen Ebene des Handels mit Arbeitskraft freilich hatten die Akteure keine Zeit zum Träumen, mussten sie doch mit einer Situation umgehen, in der das vormals als selbstverständlich angesehene Entsprechungsverhältnis zwischen Titel und Stelle nun auf allen Qualifikationsniveaus nicht mehr galt und die mit dem Titel verbundenen Rechte immer häufiger nicht mehr wahrgenommen werden konnten, weil eine wachsende Zahl von Titelinhaberinnen um eine gleichzeitig sinkende Zahl von Stellen konkurrierte. In der breiten Mitte der fachlich qualifizierten Beschäftigten, für die das Entsprechungsverhältnis am stärksten kodifiziert gewesen war, führte das allerdings nicht umstandslos in einen offenen Wettbewerb um Stellen im Sinne von »entry tournaments« (Marsden 2007), sondern zu einer verstärkten Segmentierung des Arbeitsmarkts, genauer gesagt: zu einer Verschärfung der Schließungseffekte der schon in den sechziger Jahren verfestigten »betriebszentrierten Arbeitsmarktsegmentation« (Lutz 1987). Die internen Arbeitsmärkte der großen Industriebetriebe schotteten sich stärker ab, wobei die statusmäßig stabilen, aber langsam schrumpfenden Kernbelegschaften aus männlichen Facharbeitern und Angestellten im Normalarbeitsverhältnis zunächst durch gewerkschaftliche Solidaritätsstrategien vor negativen Auswirkungen geschützt waren. Diese Strategien verhinderten, dass die Logik der sich zunehmend dynamisierenden Extraktion menschlicher Potentiale und ihrer Zerlegung in kleinere Einheiten, die sich infolge von verschärftem Wettbewerb und Finanzialisierung nun (wieder) verstärkt als Handlungsmaxime der Unternehmen durchzusetzen begann, in ihren Wirkungen auf diese Gruppen durchschlagen konnte. Erkauft wurde das jedoch durch erhöhte Zugangsbarrieren für Titelinhaberinnen außerhalb dieser Kerne, die sich auf Plätze in den »flexiblen«, nicht dauerhaft beschäftigten und im Interesse der gewerkschaftlich verteidigten Stabilität der Kerne umso stärker von der kleinteiligen Zugriffslogik betroffenen Randbelegschaften verwiesen sahen oder – wie zudem und vor allem eine große Zahl von Nicht-Titelinhaberinnen, die verschärfter Konkurrenz am »Jedermannsarbeitsmarkt« ausgesetzt waren – arbeitslos blieben.[45] Über die genaue Struktur der verschiedenen Segmente und ihr Verhältnis zueinander ist viel diskutiert worden – hier ist aber einstweilen nur die Feststellung wichtig, dass mit dem Aufkommen von Massenarbeitslosigkeit der Arbeitsmarkt auf allen seinen »Etagen« tendenziell zu einem Konkurrenzraum wird, diese Konkurrenz aber meist nicht in individuellen Zugangs-

45 Zur Segmentationstheorie s. Sengenberger 1978; 1987; Lutz 1987. Für eine nähere Auseinandersetzung ist hier kein Platz, vgl. aber aus Sicht der Prekaritätsdebatte Pelizzari 2009.

© Campus Verlag GmbH

kämpfen, sondern in kollektiven Kampfformen (gewerkschaftliche »Insider«-Solidarität, aber auch zum Beispiel Kampagnen für Übernahme von Auszubildenden) verarbeitet wird.

Zudem intervenierte auch der Staat massiv. Zum Einsatz kam nun auf breiter Front die 1969 mit dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) eingeführte *aktive Arbeitsmarktpolitik*, deren Interventionen sich vor allem darauf richteten, das Verhältnis zwischen Titel und Stelle zu korrigieren, indem durch geförderte Weiterbildungen der Titel verbessert, durch Förderung der regionalen Mobilität ein räumlicher Ausgleich (durch Umzug an einen Ort, wo es Arbeit im erlernten Beruf gab) angestrebt oder durch staatlich geförderte Beschäftigung in »Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen« am »zweiten Arbeitsmarkt« Ersatz für die fehlenden Stellen geschaffen wurde.[46] Weil der Mangel an Stellen im Verhältnis zu vorhandenen Titeln aber strukturell war, mündeten diese Praktiken schon nach wenigen Jahren in Formen von »Beschäftigungstherapie« (Bust-Bartels 1988: 57) und Qualifizierung »auf Halde« (Baethge/Andretta 1998: 28) in der Hoffnung auf eine Rückkehr der früheren Wachstumsdynamik (vgl. Oschmiansky/Ebach 2009).

Mit dem Aufkommen von Massenarbeitslosigkeit schiebt sich der Arbeitsmarkt also neben dem Bildungssystem als zweite Zwischeninstanz und zweiter Schauplatz »verlagerter« Klassenkämpfe zwischen den Raum der Klassenpositionen auf der einen und die Struktur der Erwerbspositionen auf der anderen Seite. Um den Zugang zu einer Stelle zu erlangen, deren materielle und symbolische Erträge es erlauben, die eigene Position in der gesellschaftlichen Hierarchie zu reproduzieren, müssen nun zeitlich versetzt zwei Kämpfe ausgetragen werden: Zuerst der um den Zugang zu den Bildungsinstitutionen und den von ihnen verliehenen Titeln, und dann der um den Zugang zu Erwerbspositionen, die den Titel – nunmehr nur noch als *Mindest*bedingung – voraussetzen:

»Bildungsgrade gerieten angesichts der Bildungsexpansion und schlechter Arbeitsmarktchancen seit Mitte der siebziger Jahre von der zureichenden, aber oft nicht notwendigen, zur notwendigen, aber oft nicht zureichenden Bedingung für den Eintritt in höher entlohnte und angesehene Berufsfelder. Bildungsgrade inflationierten. Neben der formalen Bildung spielen heute nachweislich zum Beispiel ›Beziehungen‹ [d.h. soziales Kapital] eine wachsende Rolle beim Berufseintritt.« (Hradil 1990: 82; zit. nach Vester u.a. 2001: 397, Ergänzung in Klammern durch Vester u.a.)

46 Hiermit fand auch die »keynesianische Komponente in der Begründung der Arbeitsmarktpolitik« der tripartistisch verfassten Bundesanstalt für Arbeit, »derzufolge die (passiven) Lohnersatzleistungen die Nachfrage stabilisieren« (Schmid 2009: 5), ihre Fortsetzung: Durch die Schaffung des »zweiten Arbeitsmarkts« sollten nicht nur überschüssige Arbeitskräfte verwahrt, sondern auch in Form des ihnen gezahlten Einkommens ein weiteres Einbrechen der Nachfrage verhindert werden.

© Campus Verlag GmbH

Ihren Ausgangspunkt nahm diese strukturelle Veränderung des Modus sozialer Positionszuweisung, wie oben schon angedeutet, erneut bei den Reproduktionsstrategien der Eliten. Hatten sie in der ersten Welle der Umstellungsstrategien die Generierung der Werte, die sie einsetzen konnten, um sich weiterhin große Teile der ökonomischen Profite aneignen zu können, von der ökonomischen auf die kulturelle Ebene verschoben, Bildungstitel zu Kapital und damit neben dem Unternehmen auch die Bildungsinstitutionen zur Stätte der (»immateriellen«) Werterzeugung gemacht, so gingen sie nun einen Schritt weiter und stützten ihre Reproduktionsstrategien zunehmend auf weitere, heterogene und schwach formalisierte Zusatzressourcen, die sie über ihre Titel hinaus mobilisieren konnten, um sich im Wettbewerb um Stellen (also um Aneignungschancen) Vorteile zu verschaffen. Neben dem auch von Hradil benannten sozialen Kapital (das Bourdieu ja als besondere Spezialität eines Teils der Managementeliten hervorhebt) umfassen diese Ressourcen auch kleinteiligere Formen von institutionalisiertem (Zertifikate über Weiterbildungen, Sprachkurse, Fahrerlaubnisse und Ähnliches) und insbesondere inkorporiertes kulturelles Kapital (früh erworbene Umgangsformen und Wissensbestände, Erfahrungswissen, objektive habituelle Angepasstheit an Handlungsnormen des angepeilten Arbeitsfeldes).

Erinnern wir uns, dass sich an den Bedingungen für die Strategien gerade der ökonomischen Eliten erhebliches geändert hat: Zum einen hat der finanzialisierte Kapitalismus eine tiefgreifende Veränderung der Funktion und des Umgangs mit *Besitz*titeln (Aktien, andere Wertpapiere) hervorgerufen, durch die der Besitztitel ebenfalls weitgehend von Person und Familie getrennt worden ist, so dass der *Bildungs*titel wiederum relativ an Gewicht verloren hat. Zudem sind Besitztitel und dominierende Positionen im Unternehmen aber auf *struktureller* Ebene und mit umgekehrter Kausalität – nicht Besitz gewährt mächtige Positionen, sondern mächtige Positionen gewähren Besitz – wieder aneinander gekoppelt worden (Gewinnbeteiligung, Vergütung in *stock options*). Damit haben sich die Voraussetzungen des Zeitbewusstseins dieser Akteure und ihres Verhältnisses zur Zukunft erneut geändert – der langfristig-planungsbedachte »ökonomische Habitus« (Bourdieu 2000) wird (so er sich denn hier je durchgesetzt hatte) wieder durch einen kurzfristig-unternehmerischen ersetzt.

Für die ökonomischen Eliten war, wie oben gezeigt, schon im entwickelten organisierten Kapitalismus nicht so sehr der Bildungsabschluss entscheidend für den Zugang zu den mächtigsten Positionen im Unternehmen, sondern das geschickte Ausnutzen des Spielraums zwischen Titel und Stelle, wobei versucht wurde, unter Aufbietung möglichst großer zusätzlicher Ressourcen den größtmöglichen Nutzen aus dem eigenen Titel zu ziehen. Zu diesen Zusatzressourcen gehören neben den erwähnten *social skills* auch weitere, ihrerseits durch Zertifikate bestätigte oder im Lebenslauf dokumentierte, für die Arbeit in der angestrebten Position relevante Fähigkeiten, Sprachkenntnisse, Referenzen frü-

© Campus Verlag GmbH